

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die rote Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Einzelhefte in die Postbestellungen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsmonatliche Annoncenzeit oder deren Raum 10 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zulage für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 13. April 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Vergewaltigung!

Der blauschwarze Bloß hat am Dienstag das infame Nachwerk angenommen, durch das die nur auf die unerhörte Dreifassenschmäh, auf die agrarische Wahlkreiseinteilung und den auf dem Lande den Abhängigen gegenüber geübten Terror begründete Uebermacht der Junker und Pfaffen aufrecht erhalten werden soll. Eine Wahlreform war angekündigt, eine organische Fortentwicklung des Wahlrechts unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Ein Königswort hatte das verheißt! Aber die ultramontanen Mitberantwortlichen der Schnapsbloßausplünderung schlossen schleunigst mit den Konservativen den Bund zur Vereitelung der Wahlreform, zur Hintertreibung selbst so geringfügiger Verbesserungen, wie sie die Nationalliberalen zugestehen bereit waren! Auch der gewaltige Proteststurm, der sich im ganzen Lande erhoben hatte, auch der Unwille, der sich eines Teils der Zentrumswähler selbst wegen des perfiden Volksverrats der Zentrumsfraktion bemächtigte, hat den schwarzen Judas nicht zu veranlassen vermocht, noch in letzter Stunde von dem verbrecherischen Bunde mit den junkerlichen Wahlrechtshoffern zurückzutreten!

Aber dem blauschwarzen Bloß sind trotz der zur Schau getragenen Panzerung mit der Rhinoceroshaut der Gleichgültigkeit die sozialdemokratischen Brandmarkungen doch so peinlich und unbequem, daß er beschloß, die Sozialdemokraten zwar in der Generaldebatte reden zu lassen, ihnen dafür aber in der Spezialdiskussion rückwärts das Wort abzuschneiden! Die Verschärfung der Volksrechte sollte so rasch als möglich zu Ende gebracht werden. Als sich nun die Sozialdemokraten zu den verschiedensten Paragraphen zum Wort meldeten, schob man schleunigst jedesmal einen konservativen Redner vorher ein, um durch einen Schlußantrag den Sozialdemokraten quillotinierten zu können. Das ist ein Verfahren, das bei dieser Gelegenheit nicht zum erstenmal geübt wurde. Diesmal freilich gingen die Herren Konservativen so skrupellos vor, daß sie ihre Redner nicht einmal das Wort ergreifen, sondern beim Namensaufruf auf das Wort verzichten ließen! Dann wurde vom Präsidenten der Schlußantrag zur Abstimmung gebracht, der vom Zentrum und auch der Rechten natürlich angenommen wurde.

Ein solches ebenso saloppes wie brutales Vorgehen ist aber zweifellos geschäftsordnungswidrig. Für die sozialdemokratische Fraktion erhob denn auch sofort Genosse Ströbel Einspruch gegen das geschäftsordnungswidrige Gebaren, die Debatte zu schließen, bevor sie überhaupt in Wirklichkeit eröffnet worden sei und wenigstens ein Redner zur Sache gesprochen habe.

Herr v. Röcher glaubte, über diesen Einspruch mit der gemüthlichen Bemerkung hinwegkommen zu können, daß das angefochtene unerhörte Verfahren keineswegs geschäftsordnungswidrig sei. Wenn das der Fall gewesen wäre, würde er, der Präsident, es überhaupt nicht zugelassen haben. Die Abstimmungen über die einzelnen Paragraphen nahmen ihren weiteren Verlauf. Immer und immer wieder wurde den sozialdemokratischen Rednern nach dem bewußten Schema das Wort abgeschnitten. Schon war man im Handumdrehen mit dem Aufruf und der Abstimmung der einzelnen Paragraphen zu Ende und wollte nunmehr zur Abstimmung über die ganze Vorlage übergehen, als Genosse Ströbel abermals zur Geschäftsordnung das Wort ergriff, um unter Berufung auf die Geschäftsordnung und die von Direktor Plate gegebenen historischen Erläuterungen nachzuweisen, daß es tatsächlich geschäftsordnungswidrig sei, eine Debatte zu schließen, bevor auch nur ein Redner sich zur Sache geäußert habe! Wohl sei seinerzeit im Jahre 1862 ein Antrag abgelehnt worden, der auch mit aller formalen Schärfe einem solchen Unfug ein Ende habe machen wollen, doch habe der Berichterstatter der betreffenden Kommission mit aller Schärfe und Klarheit hervorgehoben, daß von dem Tatgefühl des Hauses zu erwarten sei, daß niemals ein solcher Schluß der Diskussion, der in einem einzelnen Ausnahmefall wohl möglich sei, zu einer Vergewaltigung der parlamentarischen Redefreiheit gemißbraucht werden könne. Heute aber sei der für ausgeschlossen gehaltene Fall der brutalen Vergewaltigung der Minderheit unter Mißachtung des Geistes der Geschäftsordnung tatsächlich eingetreten!

Vergebens suchte der Zentrumsabgeordnete Porich seinem ob seiner Geschäftsordnungsunkenntnis in arge Verlegenheit geratenen Präsidialkollegen dadurch beizuspringen, daß er, der ja in einem früheren Falle in der gleichen Weise

Gestüpte, unserem Genossen vorwarf, einen Satz nicht verlesen zu haben, in dem die Zulässigkeit von Ausnahmen gegeben sei. Genosse Ströbel wies in einer Replik nach, daß der angeblich den springenden Punkt bildende fortgelassene Satz in der Tat nichts anderes enthält, als was ja auch logisch der verlesene übrige Teil des Absatzes ergibt. Das Präsidium des Schnapsbloß erlebte denn auch den Schmerz, daß sich auch die Redner des Freisims, Herr Fischel und Herr Müller-Sagan, und der nationalliberale Abg. Friedberg völlig auf den Standpunkt stellten, daß hier tatsächlich eine Vergewaltigung der Redefreiheit der Minderheit vorliege, wie sie geschäftsordnungsmäßig nicht beabsichtigt sei! Der Ausnahmefall, auf den man sich berufe, liege eben nicht vor.

Die Debatte, die über eine Stunde dauerte, verlief außerordentlich stürmisch. Vergebens schickten die Konservativen die Herren Pappenheim und Richt-hofen vor, um ihr Verhalten unter heftigen Anschuldigungen gegen die Sozialdemokratie zu beschönigen. Die sozialdemokratischen Redner, die Genossen Hirsch und Liebknecht, zahlten den reaktionären Stimmführern mit Zins und Zinseszins heim und brandmarkten gleich Ströbel mit den schärfsten Worten, unbeirrt durch einen Hagel von Ordnungsrufen, den verbrecherischen Gewaltakt des blauschwarzen Bloßes. Als gar noch der konservative Abgeordnete Schulze-Pelkum sich in seinen Ausführungen unter stürmischer Peiterkeit der Linken ständig verhedderte, sahen die Wahlrechts- und Geschäftsordnungsmehrheit gleich begoffenen Pudeln da.

Mit einer ärgeren Blamage konnten die Wahlrechtsverhandlungen, die ja in ihrer Gesamtheit nur eine brutale Vergewaltigung und Verhöhnung der Volksmassen darstellten, gar nicht enden! Sache des Volkes wird es sein, draußen im Lande die Abrechnung mit aller Latkraft und unerbittlicher Schärfe fortzusetzen!

## Das Rainzeichen.

Wie dem Dreiklassenwahlsystem das Rainzeichen eines schändlichen Verfassungsbruchs anhaftet, so wird das neue Wahlgesetz für Preußen, das am Dienstag vom Abgeordnetenhaus an das Herrenhaus zur weiteren Erledigung gelangt ist, mit dem Rainzeichen eines nichtswürdigen Bruchs der Geschäftsordnung besetzt sein. Der konservativ-kerikalen Mehrheit genügt es nicht, daß das Volk entrechtet wird, sie macht auch die wenigen Volksvertreter, die es im Landtage gibt, mundtot, indem sie sie durch eine selbstenhafte Auslegung der Geschäftsordnung hindert, ihre Ansichten vorzutragen.

Zwischen den Mehrheitsparteien war ein Uebereinkommen dahin erzielt worden, daß sich ihre Redner auf kurze programmatische Erklärungen beschränken, keinerlei Änderungsanträge mehr stellen, und der Vorlage in der Form, die sie in der dritten Beratung erlangt hat, zustimmen. Wäre alles programmatisch verlaufen, so hätte die Erledigung der Wahlrechtsvorlage knapp eine Stunde gedauert und die Beratung selbst wäre höchst eintönig und langweilig verlaufen. Daß es anders gekommen ist, daß sich zum Schluß noch hochdramatische Szenen abgepielt haben, die mehr zur Aufklärung der Massen beitragen dürften als alles andere, das ist der kleinen sozialdemokratischen Fraktion zu danken, die es sich nicht gefallen ließ, daß man mit ihr Schindluder spielte, sondern den Volksvertretern und Volksbeträgern, die im trüben fischen zu können glaubten, die heuchlerische Maske vollends vom Gesicht gerissen und ihr schamloses Treiben gebrandmarkt hat.

Geschäftsordnungsmäßig hat sich die nochmalige Abstimmung, die vierte Lesung, in den Formen der dritten Lesung zu vollziehen, das heißt es findet zunächst eine allgemeine Besprechung und dann die Spezialdiskussion über jeden einzelnen Paragraphen statt. In Wirklichkeit hatten wir jedoch nur eine Generaldebatte, die Spezialberatung ist gewaltsam vereitelt worden.

Eingeleitet wurde die Debatte, der als Vertreter der Regierung nur der Minister des Innern mit einigen Kommissaren beizuwohnte, während Herr v. Bethmann Hollweg es nicht für nötig hielt, im Hause zu erscheinen, durch die Erklärung des ungekrönten Königs von Preußen, des Abg. Dr. v. Henning Brand, daß seine Freunde dieselbe Abstimmung vollziehen würden wie am 16. März. Kein Wort zur Rechtfertigung ihres Verhaltens, kein Versuch, auf die übrigen bürgerlichen Parteien einzuwirken! Im Geßel ihrer Stärke halten die Konservativen diese kurze Erklärung für ausreichend. Ja, wenn materielle Interessen der Junker auf dem Spiele ständen, dann hätten die Herren Zeit genug gehabt, ausführlich zu reden, aber um des Volkes Rechte und Freiheiten wegen viel Worte zu verlieren, dafür halten sich die preußischen Junker für zu schaden.

Wichtiger, wenn auch nicht viel länger war die Rede des Nationalliberalen Dr. Friedberg, der zwar erklärte, daß seine Freunde gegen die Beschlüsse dritter Lesung auch jetzt wieder stimmen würden, aber doch durchblicken ließ, daß die Nationalliberalen bereit seien, mit sich handeln zu lassen, wenn man ihnen die Dreiteilung über die ganze Gemeinde konzediere. Die Dreiteilung in den Bezirken in Verbindung mit der Regimierung, meinte er, bedeute die Entrechtung der Industrie des Westens. Wir wollen die Frage, ob dem wirklich so ist, dahin-

gestellt sein lassen, aber das steht fest, daß die Dreiteilung über die ganze Gemeinde die völlige Entrechtung des ohnehin schon so gut wie rechtlosen Proletariats bedeutet. Auffallend war es auch, daß Herr Dr. Friedberg mit keinem Worte andeutete, daß seine Fraktion an den Beschlüssen des Magdeburger Parteitages — geheime und direkte Wahl sowie andere Wahlkreiseinteilung — festhält.

In ganz unzweideutiger Weise, ja sogar ohne einen Ausfall gegen die Sozialdemokratie, forderte Abg. Cassel (fortf. Pp.) die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Mit Recht betonte er, daß das Zentrum und die Konservativen nur ihre politische Herrschaft aufrecht erhalten und eine wirkliche Reform verhindern wollen. Das verdroß natürlich den Führer des Zentrums, Herrn Herold, der nochmals dadurch, daß er die Tatsachen auf den Kopf stellte, den Verrat seiner Partei zu veranschaulichen suchte.

Nachdem sodann der Pole v. Jagdzewski eine Erklärung gegen die Vorlage abgegeben hatte, kam als Redner der Sozialdemokratie Genosse Borgmann zu Worte. Hatte bisher im Hause lautlose Stille geherrscht, so begannen die Mitglieder der Mehrheitsparteien in dem Augenblick, wo unser Redner anfing, laute Unterhaltungen, die sie die ganze Zeit hindurch fortsetzten. Man will eben im Junkerparlament die Wahrheit nicht hören; aber man irrt sich, wenn man durch so plumpe Manöver die Wahrheit erlösen zu können glaubt. Das Vorgmann ausführte, das wird hinausdringen ins Land und Millionen die Augen über die Niedertracht der Junker und Pfaffen öffnen. Schlagend wies er nach, daß die Vorlage weder den berechtigten Forderungen des Volkes noch den Verprechungen der Thronrede entspricht, scharf geißelte er die „Staatskunst“ unserer Minister, die nur ausführende Organe einer herrschenden Klasse sind, gründlich rechnete er mit dem Zentrum ab, dieser Judaspartei, die das Volk verrät und sich zum Schlepptier der Junker macht. Jedes zog er sich, als er dem Zentrum eine verlogene Politik vorwarf, einen Ordnungsruf zu, aber die Tatsache, daß das Zentrum lügt, wird dadurch nicht aus der Welt geschafft.

Da Vorgmann auch den tödlichen Verlauf der Demonstrationen vom Sonntag gestreift und leise angedeutet hatte, daß dem Volke noch stärkere Mittel zu Gebote stehen, war für den Oberscharfmacher Herr v. Jedlitz der Anknüpfungspunkt gegeben. Mit dem Säbel, der Haut, und der Hinte, die schlecht, will dieser edle Menschenfreund gegen das Volk zu Felde ziehen, die Armee will er mobil machen, wenn die Massen sich nicht endlich beruhigen. Herr v. Oldenburg-Januschau, der in seiner Nähe sah, lachte über das ganze Geschäft, schöner hätte er auch nicht reden können. Daß im übrigen Herr v. Jedlitz die Vereitelung der Dreiteilung in den Urwahlbezirken verlangte, um die Sozialdemokratie aus dem Hause hinauszujagen, versteht sich von selbst. Im Parlament durch Gesetzänderung, außerhalb des Parlaments durch brutale Waffengewalt die Sozialdemokratie zu töten, das ist das Ziel, das ihm von Jugend an vor Augen geschwebt hat. Erreichen wird er es nicht, im Gegenteil, sein neuerer Erfolg wird uns ungezählte Scharen von neuen Kämpfern zuführen.

In den Streit, der sich nach der Jedlitzschen Rede zwischen Zentrum und Nationalliberalen entspann, griff plötzlich auch Genosse Veinert ein. Durch eine Ueberrumpelung der Konservativen war es ihm gelungen, sich das Wort zu verschaffen, und da er es einmal erhalten hatte, nahm er kein Blatt vor den Mund, sondern hielt gründliche Abrechnung mit den Pfaffen und den Junkern, die Preußen einem neuen Jena entgegenreiben und dann noch glauben, daß das Volk den Staat retten wird.

Zur Spezialdiskussion waren die Genossen Hirsch, Liebknecht und Ströbel gemeldet. Aber sie hatten die Rechnung ohne die Mehrheit gemacht oder besser gesagt, den Anstand der Mehrheit überschätzt. Die kerikal-konservative Koalition wütete darüber, daß Veinert zu Worte gekommen war, beantragte zu jedem Paragraphen, zu dem einer unserer Genossen gemeldet war, Schluß der Besprechung, noch bevor die Besprechung überhaupt begonnen hatte, ein schamloses Verhalten, das nicht nur unsere Genossen, sondern sogar die Freijüngigen und die Nationalliberalen in scharfen Worten brandmarkten. Es waren stürmische Auftritte, mit denen die Wahlrechtskommission schloß, die Ordnungsrufe hagelten nur so auf unsere Genossen hernieder, aber wenn man uns auch mundtot gemacht hat, der Epitaphen hat man dadurch, wenn auch wider Willen, neue Nahrung gegeben. Wir werden die neu geschaffene Situation ausnützen, und die Waffen, die uns die Gegner jetzt wieder geliefert haben, gebrauchen, bis alle Wahlrechtsfeinde zerquetscht am Boden liegen!

## Die englische Presse über die Berliner Massenversammlungen.

Die großen englischen Blätter berichten durchweg sehr ausführlich über die am letzten Sonntag in Berlin abgehaltenen Massenversammlungen; und alle erkennen nicht nur die vorzügliche Haltung und Entschlossenheit der Versammlungsbesucher an, sondern erklären auch in dem Verlauf der Demonstration einen entscheidenden Beweis der politischen Reife der sozialdemokratischen Arbeiterklasse.

So berichtet beispielsweise die „Morning Post“:

Die Massenversammlung in Treptow war ein wunderbares Beispiel der sozialdemokratischen Organisation. Von einer kleinen Anzahl aus überschaut man ein ganzes Meer von Köpfen; ein in Preußen bisher nicht dagewesenes Erlebnis. Die Parteiführer sagten mir, sie schätzten die Teilnehmer auf ungefähr 250 000 bis 300 000 Personen.

Die Ordner waren überall, und ihren leiseren Wink wurde genau Folge geleistet. Es waren zehn Tribünen errichtet, doch es gelang mir nicht, nahe genug heranzutreten, um die Redner sprechen zu hören. Pünktlich um 1/2 11 Uhr — offenbar auf ein verabredetes Zeichen, obwohl ich keines wahrnahm — wurde die Resolution verlesen. Sofort hoben sich eine Viertelmillion Hände. Darauf brachte die Menge ein dreimaliges Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht aus. Dann sang die große Versammlung die Arbeiter-Marschlied und mit der allergrößten Ruhe schritten die Leute nach Hause zurück. Schulkinder waren nicht zu sehen. . . Die Teilnehmer der heutigen Demonstration waren, wie bei den beiden letzten, meist sehr anständig gekleidete Männer und Frauen, und sie benahmten sich so ernsthaft, als wenn sie einem Gottesdienst beiwohnten. Die Demonstration ist ein großzügiger Erfolg der sozialistischen Organisation und rechtfertigt den Anspruch der sozialistischen Partei, als ernsthafter Faktor in der preussischen Politik betrachtet zu werden. Die frühere Verweigerung der Genehmigung einer öffentlichen Demonstration unter freiem Himmel durch den Polizeipräsidenten ist als Irrtum erwiesen worden, und die Sozialisten haben, wie Herr Wedel sich ausdrückte, ein Schotenelegel gedreht, da sie wieder einmal von den Dummköpfen ihrer Gegner profitieren können.

### Die „Times“:

Infolge der plötzlichen und vollständigen Veränderung der Politik des Polizeipräsidenten war die Genehmigung zur Abhaltung von Demonstrationen unter freiem Himmel erteilt worden. Die Sozialisten haben heute ein Beispiel von politischer Disziplin gegeben, wie es selbst in Deutschland nie erlebt worden ist und in fast allen anderen Ländern gänzlich ausgeschlossen wäre. Die Veranstaltung war viel eindrucksvoller als die vor fünf Wochen, wo es die Sozialisten fertig gebracht hatten, an einem anderen Orte als an dem zu demonstrieren, wo die Polizei sie erwartete.

Durch einige Stunden vorher getroffene einfache Maßnahmen wurde die große Kamee der Berliner Sozialisten nach bestimmten Versammlungsorten geführt, dort ein in jeder Einzelheit vorgeschriebenes Programm ausgeführt und dann der Rückmarsch nach Hause angetreten. Störungen waren nicht zu beobachten; auch der Verkehr wurde nicht unterbrochen. Die Polizei war nicht zu sehen. Die Sozialisten haben selbst alles, von der Generalsekretärarbeit bis zum Samariterdienst, gemacht. In ihren Gesprächen mit dem Polizeipräsidenten gaben die sozialistischen Führer diesem die Versicherung, daß sie Einrichtungen für die Kontrolle ihrer eigenen Truppen treffen würden und daß ihren Anordnungen bestimmt gefolgt werden würde. Ihre Genossen, folgten sie, sind „preussisch erzogen“ und würden auch preussische Gehorsamkeit zeigen. Sie haben ihre Wort gehalten.

Obwohl die nach dem Humboldtthain im Norden Berlins einberufene Versammlung von einer nichtsozialistischen Organisation — der Demokratischen Vereinigung — einberufen worden war, spielten diese nur eine kleine Rolle. Selbst im Humboldtthain waren sie in der Minderheit. Die anderen zwei Versammlungen, im Friedrichshain und im Reptovier Park, waren rein sozialistisch. Die Einrichtungen waren sehr einfach. Der Polizeipräsident hatte die Bedingung gestellt, daß der Verkehr nicht gestört werde, und es auch keine geschlossenen Märsche geben dürfe. Die erste Bedingung ist ohne weiteres erfüllt worden, die zweite, soweit sie möglich war. Die kleinen Gruppen traten mit großen Intervallen ihren Weg an und kamen erst zusammen, als sie am Versammlungsorte anlangten. Bei den Kreuzungs- und Verkehrspunkten, wo der Verkehr natürlicherweise hinst, konnte man die Fähigkeit der Ordner geradezu bewundern. Ohne irgendwelche Störung marschierten die ruhigen, schweigenden Truppen, während die Straßenbahnen und Droschken sich durch ihre Mitte bewegten.

### Der „Daily Telegraph“:

Die heutige Demonstration verlief höchst eindrucksvoll. Sie war fast übermäßig. Für diejenigen, die glauben, die Organisation der Massen auf marxistischen Grundlagen wäre eine von den größten Katastrophen, die die Menschheit erleben könnte, konnte es kein schauerlicheres Bild geben, als die dunklen Massen von Leuten, die die Straßen von Berlin heute mittag überfüllten und die wie eine Sturmflut nach ihren Zielen, den für die Versammlungen bestimmten öffentlichen Plätzen, strömten. Wie viele es waren, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen, mindestens 150 000, wenn nicht gar eine Viertel Million. Aber nicht ihre Zahl wirkte bedrohlich, sondern ihre Disziplin, ihre Ordnung und vor allem ihre Schweigensart. Wie ein Kreuzzug nahm es sich aus. Keine Kapelle, keine Fahnen, kein Gesang, kein Hochrufen, keine Stürme erhob sich über den gewöhnlichen Gesprächston. Die Parteigruppen hatten befohlen, daß es nicht sein sollte, und so geschah es. Kein Reich, ob Mann, Frau oder Kind, konnte sich über irgendeine Grobheit oder Störung beklagen, und das Wunderbare ist, die Ordnung wurde von den Sozialisten selber befohlen.

### „Daily Chronicle“:

Bezeichnet die Demonstration als das größte Ereignis in der Geschichte der preussischen Sozialdemokratie. Sie schätzte die Zahl der Demonstranten auf 200 000 und bewundert das Organisations-talent der Sozialisten, die es fertigbrachten, so viele Leute ganz ruhig durch Berlin ohne polizeiliche Hilfe zu bringen. Sie prophezeit, daß die Folge ein großer Sieg für die Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen sein werde.

## Die Reichswertzuwachssteuer.

Dem Reichstage ist heute der Entwurf eines Reichswertzuwachssteuergesetzes zugegangen, über dessen Inhalt wir bereits gestern kurz berichteten. Im ganzen hält sich der Entwurf ziemlich genau an das Steuerprogramm, das im vorigen Jahr der blau-schwarze Block aufgestellt hat. In einem Punkt ist sogar die Regierung den Wünschen der Reichstagsmehrheit nachgegeben. Nach dem § 9 des Reichstempelgesetzes war sie lediglich verpflichtet, bis zum 1. April 1911 das Gesetz einzubringen. Sie hat es also fast ein Jahr früher vorgelegt. Wahrscheinlich haben sie die erheblichen Mindereinnahmen aus verschiedenen der im vorigen Jahre eingeführten neuen Steuern zur Hilfe angefordert.

In der Ausgestaltung der Steuer sucht der Entwurf den Gedanken möglichst rein durchzuführen, daß die Steuerpflicht mit der Veräußerung des Grundstücks eintritt, d. h. in dem Zeitpunkte, in welchem der Zuwachs in Geldwert umgesetzt wird, und daß der Zuwachs selbst sich in dem Unterschiede zwischen Erwerbs- und Veräußerungspreis darstellt. Abzugelassen sind dabei die besonderen Auswendungen, durch welche das Grundstück eine Werterhöhung erfahren hat. Auf die Bemessung der Steuer ist einerseits die prozentuale Höhe des Wertzuwachses und andererseits die Verjährung von Einfluß.

Der Ertrag der Zuwachssteuer soll nach den Bestimmungen der Vorlage zur Hälfte an die Reichshauptkasse fallen, während

die Gemeinden 40 Proz. und die einzelnen Bundesstaaten zur Verteilung der Kosten der Steuererhebung 10 Proz. erhalten. Doch können die Gemeinden zu dem vom Reiche erhobenen Steuerbetrag für ihre Rechnung noch Zuschläge erheben. Erreicht der Anteil der Gemeinden, in denen eine Zuwachssteuer am 1. April 1909 in Geltung war, nicht den bis zu diesem Zeitpunkt erzielten jährlichen Durchschnittsertrag, so ist ihnen für einen Zeitraum von fünf Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes der Unterschied aus dem auf das Reich entfallenden Anteil am Ertrage zuzuwenden.

Die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs besagen:

Die Zuwachssteuer beträgt 5 Prozent bei einem steuerpflichtigen Wertzuwachs von nicht mehr als 10 Prozent des Gewerbespreises, sie steigt um 0,5 Prozent, bei einer Vermehrung des Wertzuwachses um je 10 Prozent und zwar bis zu 100 Prozent, bei 100—200 Prozent des Gewerbespreises beträgt sie 10 Prozent, bei 200—400 Prozent 11 Prozent, über 400 Prozent 12 Prozent.

Diese Abgabe erhebt sich, sofern zwischen Erwerb und Veräußerung ein Zeitraum von nicht mehr als 30 Jahren liegt, für jedes Jahr der kürzeren Befristung um 7 Prozent des Steuerbetrags. Beträgt der Zeitraum zwischen Erwerb und Veräußerung mehr als 10 Jahre, so werden von dem steuerpflichtigen Zuwachs für das erste Jahr der längeren Befristung 4 Proz. und für jedes fernere Jahr weitere 2/10 Proz. des Erwerbspreises bis zum Höchstbetrage von 10 Proz. steuerfrei gelassen.

Die Steuer wird erhoben beim Uebergange des Eigentums an inländischen Grundstücken. Die Steuerpflicht wird begründet durch die Übertragung der Rechtsänderung in das Grundbuch. Erfolgt der Uebergang des Eigentums nicht innerhalb eines Jahres nach Abschluß des zur Übertragung des Eigentums verpflichtenden Veräußerungsgeschäfts, so gelangt die Steuer aus Anlaß dieses Rechtsgeschäfts zur Hebung. Als Rechtsgeschäfte sind auch anzusehen: 1. Die Übertragung der Rechte der Erwerber aus Veräußerungsgeschäften und aus Anträgen zur Schließung eines Veräußerungsgeschäfts, die den Veräußerer binden, 2. nachträgliche Erklärungen des aus einem Veräußerungsgeschäfte berechtigten Erwerbers, die Rechte für einen Dritten erworben oder die Pflichten für einen Dritten übernommen zu haben, 3. die Abtretung der Rechte aus dem Reizgebot.

Die Steuer wird nicht erhoben bei Erbschaften und Schenkungen, bei letzteren sofern nicht anzunehmen ist, daß diese Form gewählt ist, um die Steuer zu sparen, bei der Veräußerung und Fortsetzung der ehelichen Gütergemeinschaft, bei Teilungsverträgen, beim Austausch von Grundstücken zum Zweck der Zusammenlegung und Umlegung. Als steuerpflichtiger Wertzuwachs gilt der Unterschied zwischen dem Erwerbspreis und dem Veräußerungspreis. Dem Erwerbspreis sind hinzuzurechnen die vom Veräußerer nachweislich aufgewendeten Kosten des Erwerbs einschließlich der Vermittlungsgebühren, falls der Erwerb im Wege der Zwangsversteigerung erfolgt ist und der Veräußerer zurzeit der Einleitung der Zwangsversteigerung Hypotheken- oder Grundschuldgläubiger war, der nachweisliche Betrag seiner ausgefallenen Forderungen.

Von dem Veräußerungspreis sind in Abzug zu bringen: die Aufwendungen für Bauten und Verbesserungen, soweit sie eine zur Zeit des Eintritts der Steuerpflicht noch fortbestehende Wertsteigerung zur Folge haben und weder der laufenden Unterhaltung oder ordnungsmäßigen Bewirtschaftung dienen, ferner die Anliegerbeiträge, die dem bisherigen Eigentümer zur Last fallenden Kosten der Uebertragung und schließlich vier Prozent von dem Erwerbspreis unbehauener Grundstücke, die vom Veräußerer vor der Veräußerung bebaut worden sind, für einen Zeitraum von nicht mehr als 60 Jahren vor der behördlichen Gebrauchsabnahme. Die Entrichtung der Steuer liegt dem Verkäufer ob. Die Verwaltung der Steuer erfolgt durch die von der Landesregierung hierzu bestimmten Stellen. Ueber steuerpflichtige Rechtsgeschäfte im Sinne dieses Gesetzes haben den Steuerbehörden Mitteilung zu machen, die Grundbuchämter, die Registerbehörden, die Staats- und Kommunalbehörden und die Notare. Der zur Steuer Verpflichtete muß der Steuerbehörde eine Steuererklärung einreichen, die die Behörde mit einem Steuerbescheide beantwortet. Beschwerde ist zulässig.

Mit dem Tage des Inkrafttretens (der Termin ist offen gelassen) treten die kommunalen Zuwachssteuern mit der Maßgabe außer Kraft, daß die vor dem 1. April 1910 eingetretenen Rechtsgeschäfte auch dann nach den alten Gesetzen der Zuwachssteuer unterliegen, wenn das Verfahren zur Feststellung der Steuer erst nach dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes zum Abschlusse kommt.

## Der Wahlfonds der Scharfmacher.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller hielt Dienstag eine stark besuchte Delegiertenversammlung ab, die zu den wichtigsten, dem Reichstage zugegangenen sozialpolitischen Gesetzentwürfen Stellung nahm. Die Reichsregierung und die königlich preussische Staatsregierung hatten Vertreter entsandt, außerdem waren zahlreiche Reichs- und Landtagsabgeordnete erschienen. Generalsekretär Dr. Bued. Berlin gab zunächst bekannt, daß der vom Ausschuss des Zentralverbandes im vorigen Jahre einstimmig gefasste Beschluß auf Schaffung eines industriellen Wahlfonds verwirklicht worden ist. (Schaffter Beifall.) Mit Hilfe des Zentralverbandes ist ein aus Mitgliedern aller Teile Deutschlands zusammengesetztes Komitee gebildet worden zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung dieses industriellen Wahlfonds. Dann aber ist dieses Komitee vollständig vom Zentralverband abgetrennt worden, und es hat seine eigene Verwaltung und seine eigene Geschäftsführung. Zum Vorsitzenden ist Rechtsanwalt Wilhelm Meier-Dannover gewählt worden, zum Geschäftsführer Herr Plathmann, der große Erfahrungen in dem Verhalten der Parteien zueinander gesammelt hat. Erstreckungsweise kann ich Ihnen mitteilen, daß die Aktien dieses Komitees in vollem Maße als gelungen angesehen ist (Ordnung). Bis zu den Wahlen wird der Kommission ein sehr bedeutender Fonds zur Verfügung stehen, der jedenfalls zur Erfüllung ihrer Aufgaben ausreichen wird. Aus den sorgfältigen Vorarbeiten des Komitees habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß wir alle Aussichten haben, bei den nächsten Wahlen Erfolge zu erzielen. (Beifall.)

Nun wir hoffen, daß die nächsten Wahlen diese Hoffnungen gründlich zu schanden machen werden. Mit Geld läßt sich viel ausrichten und diese Reichsten der Ausbeuter haben sicher die Mittel, ihren Korruptionsfonds zu füllen. Aber das deutsche arbeitende Volk läßt sich nicht kaufen und läßt sich nicht korrumpieren. Die amerikanischen Methoden, die die Herren auf die deutsche Politik übertragen wollen, werden ihnen nicht viel nützen, und nur bis eine Schlussfolgerung darf man ziehen: Wenn die Herren so viel überflüssiges Geld zu unnützen Ausgaben haben, so ist das nur ein neuer Beweis, daß ihr Wider-

stand gegen die sozialpolitischen Forderungen jeder Begründung entbehrt.

Der Organisierung dieses Widerstandes war dann die weitere Beratung gewidmet. Regierungsrat Dr. Schweighoffer begründete eine Resolution gegen die späteren Verbesserungen der Gewerbesteuer. Sie mündet sich vor allem gegen die Bestimmung, wonach den Polizeibehörden die Befugnisse zur Einführung von Lohnbüchern für bestimmte Gewerbe vermehrt werden soll; lediglich der Bundesrat und die Landesregierungen sollen zuständig sein. Dringender Einspruch sei zu erheben gegen die in der Novelle beibehaltene Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf weibliche Arbeiter bis zu 18 Jahren.

Der Syndikus der Handelskammer Hauen, Dr. Dietrich, behandelte den Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes. Er verlangte, daß man nicht den Reichstag zum Zusammenbrüche sozialpolitischer Bestrebungen (1) machen dürfe. Die angenommene Resolution erklärt sich mit dem Entwurfe insoweit einverstanden, als die zu erlassenden Maßnahmen die Erhaltung der Hausindustrien und den Wettbewerb auf den ausländischen Märkten nicht gefährden. Bei der überaus großen Verschiedenheit der Hausindustrien sei deshalb zu fordern, daß dem Erlaß von Bestimmungen für sie sorgfältige Erhebungen sowohl bei den beteiligten Gewerbetreibenden als auch bei den Hausarbeitern vorausgehen. Als allgemein zwingende Vorschrift wird nur die Führung von Listen anerkannt. Die Bestimmungen zwecks Sicherung gefahrloser Betriebes zur Wahrung der Gesundheit usw. seien im allgemeinen zu billigen, doch solle nicht die Polizeibehörde kompetent sein. Die Vorschriften betreffs Führung von Lohnbüchern sollen nicht zwingender Natur sein, sondern dem Bundesrate und der Landesregierungen überlassen bleiben.

Dann wurden Resolutionen gegen das Stellenvermittlungsgesetz und das Arbeitskammergesetz angenommen. Dieses erscheint den Scharfmachern überhaupt unnötig. Namentlich dürften die Arbeitsekretäre nicht als Vertreter der Arbeiter zugelassen werden.

Zum Schluß sprach Direktor Messmann-Mainz über die Reichsversicherungsordnung. Er begründete eine längere Resolution, in der eingehend die Forderungen des Zentralverbandes zur Reichsversicherungsordnung wiedergegeben werden. In dieser Resolution erkennt der Zentralverband an, daß die Reichsversicherungsordnung gegenüber den bestehenden Gesetzen verschiedene Verbesserungen aufweist, so betreffs der Erweiterung des Kreises der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, und in der Schaffung größerer Rechtssicherheit und eines einheitlichen Instanzenganges. Nachdrücklich aber protestiert der Verband gegen die unübersichtliche und unpraktische Zusammenfassung aller Versicherungsgesetze in ein Gesetz von 1784 Paragraphen und gegen die Schaffung eines sogenannten Unterbaues von mindestens 1000 Versicherungskämtern. Unannehmbar sind weiter die Bestimmungen über das Verhältnis der Rassen zu den Vergütungen, die einseitig im Interesse der Rasse abgefaßt sind und die notwendige Rücksicht auf die Existenzbedingungen der Rassen vermissen lassen. Die Resolution macht dann eine Reihe weiterer Vorschläge zur Abstellung von in der Reichsversicherungsordnung vorhandenen Mängeln. Bei der weittragenden Bedeutung des Gesetzes verlangt die Resolution eingehende Beratung und Erörterung. Eventuell müsse die Hinterbliebenenversicherung durch ein besonderes Gesetz eingeführt werden.

Die Verhandlungen und Beschlüsse zeigten unsere Industriellen wieder einmal in ihrer ganzen sozialpolitischen Rückständigkeit. Sie bieten gutes Material zur Aufklärung der Wähler. Und keine noch so großen Wahlfonds werden bewirken, daß das arbeitende Volk sich verleiten läßt, die Hörigen der Scharfmacher bei den nächsten Wahlen zu seinen Vertretern zu bestellen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. April 1910.

### Schutz von Kunstwerken.

Aus dem Reichstag, 12. April. Bei Beginn der ersten Sitzung nach den Ferien gedachte der Präsident Graf Schwerin mit einigen warmen Worten der mittlerweile verstorbenen freistündigen Abgeordneten Hermes und Deibrick, deren ersterer eines der Ältesten, der letzterer einer der jüngsten Mitglieder des Hauses war. Deibricks Schicksal erweckt deshalb besondere Teilnahme, da er seinem Streben die Dufschiffahrt zu fördern, zum Opfer gefallen ist. Das Haus erhob sich zum Ankenken der Verstorbenen.

Dann trat das Haus in die erste Beratung des Gesetzesentwurfs ein, der bezweckt, das Urheberrecht in Einklang zu bringen mit einigen auf Grund internationaler Vereinbarungen in der Berner Konvention festgelegten Bestimmungen. Es handelt sich da wesentlich um Maßregeln, die durch die neuen Kinematographen notwendig gemacht sind. Die Meinungen gehen da stark auseinander, wie weit der Schutz von Kunstwerken gegen die Verbreitung durch Kinematographen gehen soll. Genosse Dieh, der für die Sozialdemokratie das Wort nahm, betonte, daß man die Kinematographen nicht nur als Unterhaltungsmittel ansehen dürfe, da sie auch wissenschaftlichen Zwecken dienen. Jede unnötige Beschränkung werde der Vervollkommenung dieser Instrumente hinderlich sein. Sie seien aber ein stetig an Bedeutung gewinnender Industrieartikel. Das die internationale Regelung des Urheberrechts überhaupt anbetrifft, so wies Dieh darauf hin, daß Rußland, dieses Schreckenskind Europas, noch immer sich sträubt, den internationalen Vereinbarungen beizutreten. Im übrigen erkannte er an, daß das deutsche Urheberrecht zu den besten gehöre. Es sei auch erntlich, daß die Regierung es abgelehnt habe, sich auf die Verlängerung der Schutzfrist für Literaturerzeugnisse von 30 auf 50 Jahre einzulassen.

Nach beendeter erster Lesung wurde der Gesetzentwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Dann begann das Haus noch die Beratung des Gesetzesentwurfes betreffs Änderungen der Reichsgerichtsordnung und der Rechtsanwaltsordnung. Erst morgen soll aber die erste Lesung darüber zu Ende gebracht werden.

### Politische Amphibien.

Die Charakterlosigkeit der Nationalliberalen ist sprichwörtlich. Der diese Politiker kennt, hat sich denn auch keinen Augenblick durch die Dispositionsfähigkeit täuschen lassen, die sie gestaltungsermaßen seit der Finanzreform, besonders in der preussischen Wahlrechtsfrage, einnehmen. Freiwillig haben sich die Nationalliberalen nicht zur Opposition gegen das Zentrum entschlossen, sie konnten nicht anders. Die Juncker verbanden sich mit dem Nexus und warfen die Nationalliberalen recht unansehnlich aus dieser Gemeinschaft hinaus. Das war

Bitter für die braven Nationalliberalen. Sie fühlen sich unglücklich und betteln nun unablässig um Wiederaufnahme bei den Zurechnern. Das widerlofeste an häßlicher Bettelerei leistet die „Magdeburger Zeitung“. Das Blatt schreibt in einem Leitartikel „Der kommende Tag“ (Nr. 182 vom 12. April):

„Nehmen wir an, daß es bei den nächsten Reichstagswahlen wirklich gelingt, zwischen dem Bau-Schwarzen Block auf der einen Seite, den Sozialdemokraten — obenin in wechselseitiger Unterstüßung zwischen ihnen und dem Zentrum — auf der anderen Seite den Liberalismus aufzureiben: können die Konserverativen daran eine dauernde Freude haben? Können sie auf eine erfrischende Arbeit des nächsten Reichstages, der doch wiederum ein Volkreichstag sein wird, hoffen und rechnen, wenn jene nationale liberale Partei vor Ohnmacht verdammt ist, deren Führer im vorigen Volkreichstag das wesentlichste Verdienst daran hatte, daß der geltende Solitär zustande gekommen ist?“

Aber wir brauchen gar nicht so weit in die Zukunft zu greifen, brauchen gar nicht hinauszuwachen in die Kämpfe, die der nächste Reichstag zu bestehen haben wird, sondern nur auf die kurze Lebensdauer, die diesem Reichstag noch beschieden ist. Wie sagte Herr Bölow bei der Schaffung des Blocks? „Ein Reichstag, der in nationalen Progen nicht verlagert: das ist die Forderung des Tages!“

Das Jahr 1911 bringt den Ablauf des Antiquarats und somit die Notwendigkeit einer neuen Festlegung der künftigen Stärke unseres Landesheeres. Bei allem Ringen nach spanischer Wirtschaft ist auf diesem Gebiete ein Stillstand unmöglich. Nicht nur, daß die technischen Fortschritte mancherlei Reformen zwingend erfordern — wir stehen auch angesichts der Tatsache, daß wir uns immer weiter von der wirklichen Heranziehung der Wehrfähigen und Wehrfähigen zum Seeresdienst entfernen, daß ein immer größerer Prozentsatz unserer männlichen Bevölkerung die Schule der Armees gar nicht mehr durchläuft. Wir müssen uns eine dem alten Normalmaß sich wieder annähernde militärische Ausbildung unserer gesamten männlichen Jugend denken und auch die dadurch bedingten Opfer willig auf uns nehmen.

Kann die Regierung, wenn es zur Lösung dieser Aufgabe kommt, abhängig sein von der Gnade und Ungnade des Zentrums? Dürfen die Konserverativen bei diesem Anlaß die Regierung mit Rücksicht auf das verhängnisvolle Zentrum in dieser Abhängigkeit erhalten? ... Hier muß unbedingt die Brücke zwischen den positiven Parteien wieder geschlagen werden; hier darf das Zentrum nicht die alleinige Macht in der Hand halten, wenn anders nicht die allergefährlichsten Kuhhandelsgeschäfte drohen sollen! Und weil dem so ist, weil bei diesem doch schließlich nahe genug bevorstehenden Anlaß insonderheit Konserverative und Nationalliberale wieder Schulter an Schulter zusammenkämpfen müssen, deshalb sollten auch in der Gegenwart schon die Konserverativen sich helfen, sich ganz der Umgarung durch das Zentrum hinzugeben, die Nationalliberalen als den „Wölfen Feind“ zu behandeln und ihre ganze Taktik auf deren Schwächung einzustellen! Diese Augenblickspolitik der Verärgerung muß — je eher je besser — ein Ende nehmen. . . !“

Die Konserverativen lehnen sich vorläufig nicht an diese Heulmeiererei. Sie arbeiten rücksichtslos auf ihren Vorteil hin, unbekümmert um bisherige Bündnisse mit den Nationalliberalen. So gingen bisher in Schleswig-Holstein in vielen Reichs- und Landtagswahlkreisen Nationalliberale und Konserverative gemeinsam vor. Der Bund der Landwirte im Reichstagswahlkreis Bismarck-Odenburg hat aber jetzt ohne Rücksicht darauf, den Bundesvorsitzenden Dr. Köhler endgültig als Kandidaten aufgestellt. Nun wollen sich die Nationalliberalen selbständig organisieren und suchen Fühlung beim Freisinn.

### Die Justiz gegen den Wahlrechtskampf.

Kiel, 12. April.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Vor dem Schöffengericht hatte sich heute der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells Genosse Garbe zu verantworten. Er soll am 15. März, an jenem Tage, da die Kieler Arbeiterkassette einen halbtägigen Massenstreik inszenierte und die Kieler Polizei durch ihr brutales Vorgehen zweifelhafte Vorbeeren erntete, einen polizeilich nicht genehmigten Aufzug nach dem Wilhelmplatz und dort eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel veranstaltet haben.

Als einziger Belastungszeuge trat der Polizeikommissar Lange auf. Er führte aus, daß er aus den Worten, mit denen Garbe die vorausgegangene Versammlung im Lokal „Waldwiese“ geschlossen, entnommen habe, daß ein Aufzug von vornherein geplant war. Garbe hatte zu den Versammlungsteilnehmern gesagt, sie sollten hinausgehen und ruhig abwarten, wie immer, und sich nicht provozieren lassen. Sie sollten gehen, wohin sie geführt würden. Auf dem Wilhelmplatz hätte die Menge dann wie wild getobt. Dort seien Reden gehalten und die Polizei mit „Blutthande“ und „Feiglinge“ beschimpft worden. Das Gericht schenkte den Angaben des Polizeibeamten Glauben und verurteilte den Genossen Garbe zu einer Geldstrafe von 60 M.

Hamburg, 12. April.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Das Schöffengericht Altona verurteilte den Genossen Stadtverordneten Rüdiger aus § 7 des Vereinsgesetzes wegen Leitung eines nicht genehmigten Aufzuges nach Schluß einer Wahlrechtsversammlung im Februar zu hundert Mark Geldstrafe. Er soll die Massen durch Winken zum Aufzug veranlaßt haben.

### Freisinnige Wahlrechtskämpfer.

Danzig, 12. April.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die zur Hälfte freisinnige Stadtverordneten-Versammlung ging soeben einstimmig, ohne Debatte über den sozialdemokratischen Antrag auf eine Petition um die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf den Landtag und eine neue Einteilung der Wahlkreise zur Tagesordnung über.

### Eine zeitgemäße Erinnerung.

Die reaktionäre Presse tut zurzeit so, als ob die Sozialdemokratie erst durch die Demonstration des 10. April den Beweis erbracht hätte, daß ihre Anhänger Disziplin besitzen und bei Massenveranstaltungen Ordnung zu halten wissen. Da erscheint es angebracht, daran zu erinnern, daß schon in der Jugendzeit der Bewegung die sozialdemokratischen Massen dieselbe Schulung und Selbsterziehung gezeigt haben. Eine der ersten Massenveranstaltungen der Berliner Sozialdemokratie fand am 10. März 1878 anläßlich des Begräbnisses unseres unbegrabenen Berliner Parteiorganisators August Heineich statt. Auf dem Mariannenplatz und den angrenzenden Straßen stellten sich die politisch und gewerkschaftlich organisierten Genossen auf und marschierten in einem 1 1/2 Stunden langen Zuge nach dem freiwilligen Begräbnisplatz. Am Eingang zum Friedhof wurde der Zug durch eine Reihe von bewaffneten Schützen aufgehalten, die nicht wenig Lust verspürten, in die Massen hineinzureiten, was aber durch die Besonnenheit der Ordner verhindert wurde. Die Kranzträger konnten den Friedhof betreten, die übrigen Teilnehmer

wurden am Zuge entlang zurückgeführt. Den Berlinern imponierte diese Kundgebung doch einigermaßen und so erschien in der nächsten Nummer des „Kladderadatsch“ folgende poetische Anerkennung:

Für die Sozialdemokraten.

Daß neulich Nacht und Ordnung sie gehalten  
Bei ihrem Aufzug, laßt es uns gefehlt.  
Ein gleicher Geist der Ordnung möge wachen  
Bei uns, wenn wir in gleichen Massen gehn!  
Wir wollen gern den Beifall ihnen lassen,  
Der ungerecht scheint nur den Toren;  
Es sind verloren,  
Die nicht vom Gegner lernen wollen.

Übrigens war der „Kladderadatsch“ die einzige Berliner Zeitung, die sich damals zu einer so bedingungslosen Anerkennung aufschwang. Und gelernt haben Bürgerium und Behörden aus den Worten des „Kladderadatsch“ nichts — wie die Tatsache beweist, daß sich die Arbeiterkassette das Recht auf die Abhaltung von Kundgebungen unter freiem Himmel nach 32 Jahren erst noch erkämpfen mußte.

### Der Bonner Vorurteilprozess.

Ueber die sensationellen Verhandlungen vor dem Schöffengericht in Bonn, deren Ergebnis wir bereits mitgeteilt haben, entnehmen wir dem Bericht der Bonner „Reichszeitung“ das Folgende: Von den Teilnehmern an den nächsten Ausschreitungen in der Wohnung des Husaren-Einjährigen-Unteroffiziers Feith waren die Angehörigen des Husarenregiments vom Standgericht freigesprochen worden. Das jetzige Verfahren richtet sich gegen die übrigen Teilnehmer. Es waren vier Studenten (Votusien) unter Anklage gestellt, jedoch muß gegen Rudolf Wild von Hohenborn und Ludwig Karl Freiherrn von Pflessen militärgerichtlich verhandelt werden, da sie inzwischen ins Heer eingetreten sind. Dasselbe trifft auf den Studenten von Tappert zu. Angeklagt sind Konrad Graf Fink von Finckenstein und Hans Bernher von Duldorff. Der Angeklagte von Duldorff ist im vorigen Jahre schon wegen Widerstandleistung und Verleumdung mit 60 M. Geldbuße bestraft worden.

Die Ausschreitungen geschahen am 27. Juli nach der Abkühlung der Feith für den Prinzen Oskar von Preußen. Der Junge Feith, der im Hinterhause bei Feith wohnte, bekundete: Die Studenten haben einen Hülsenpektakel gemacht und alles zum Fenster hinausgeworfen, was im Zimmer des Einjährigen-Unteroffiziers war; später haben sie auch die Fensterscheiben eingeworfen. Er sei anderen Tags wegen der an den Ausschreitungen beteiligten Husaren-Einjährigen bei dem Major v. Baumbach gewesen, um Anzeige zu erstatten. Es sei ihm aber kein Gehör geschenkt worden. Man habe ihm nur immer gesagt: Es wird alles bezahlt! Von Hausfriedensbruch habe der Major nichts hören wollen.

Junge Feith bekundete, daß grobe Schimpfworte gefallen seien. („Wasserkopf“, „Waldstappen“, „die ganze Etage ist nicht satiationstüchtig“, „Du bekommst auch noch einpaar in die Schanze!“) Die Herren hätten sich benommen wie die Wilden, nicht wie Menschen. Einer habe gerufen: Wer uns den Feith auf die Straße bringt, ist morgen ein feiner Herr!

Junge Feith, jetzt Landwirt in Linz am Rhein, hat das ganze als einen Ueberfall aufgefaßt; er habe auch einen heftigen Schlag über den Rücken bekommen. Bei einer kriegsgerichtlichen Vernehmung hat Feith „ausgesagt“, die Täter hätten der Ansicht sein können, sie dürften auch nachts in seine Wohnung kommen. Heute erklärte Feith: diese Ankerungen seien ihm vor dem Kriegsgericht in den Mund gelegt worden; er sei damals Unteroffizier gewesen und habe nicht widerzureden wollen und dürfen. Er habe die Vernehmung als dienstlichen Akt aufgefaßt.

Der Erste Staatsanwalt Pult beantragte gegen jeden Angeklagten eine Woche Gefängnis (die gesetzliche Mindeststrafe!). Das Gericht erkannte, wie wir gemeldet haben, auf zwei Wochen Gefängnis.

### Aus dem sächsischen Landtage.

Dienstag gelangte die sozialdemokratische Interpellation wegen der gemohrregelten Eisenbahnarbeiter in Chemnitz zur Verhandlung. Genosse Siederer begann die Interpellation. Dann wurde in die Besprechung eingetreten. Der Finanzminister verteidigte die Maßnahmen der Staatsbahnverwaltung. Die Nationalliberalen stellten sich auf den Standpunkt der Regierung, ebenso die Konserverativen. Die Freisinnigen traten der Ausführungen der Sozialdemokraten bei und verurteilten die Maßregelungen. Von unterer Seite sprachen noch Gold und Fleischer, die die gegnerischen Ausführungen zurückwiesen.

Es kam wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen wegen einiger Zwischenrufe. Die Zwischenrufer erklärten, daß sie ihre Forderungen aufrechterhalten müßten gegenüber einer solchen Handlung der Regierung.

### Ein Soldatenschinder.

Der Vizefeldwebel Reichert vom Franzerregiment in Berlin wurde vor einiger Zeit der Soldatenmishandlung schuldig befunden und vor das Kriegsgericht gestellt. A. leugnete hartnäckig, einem Gefreiten zwei Fußtritte verleiht zu haben; er blieb auch dann noch bei seiner Ansicht, als ein Junge bekundete, daß der Angeklagte ihn und seine Kameraden fast täglich mishandelt habe. Häufig habe der Verurteilte den Mannschaften Schläge ins Gesicht verleiht und sie mit Füßen getreten. Auf Grund dieser Anklage wurde die Verhandlung vertagt und eine eingehende Untersuchung angeordnet. Ermittelt wurden 88 Fälle von Mishandlung, die zum Teil unter Mißbrauch der Waffe begangen worden sind, ferner eine Reihe von Verleumdungen und vorfallswidriger Behandlung Untergebener. Die neue Verhandlung am Montag fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte wurde zu der äußerst milden Strafe von sechs Wochen gelindem Arrest verurteilt.

### Ungarn.

#### Der Wahlkampf.

Budapest, 10. April. (Fig. Ver.) Als heute der Führer der Regierungspartei, Graf Stefan Tisza in Debrecz zu einer Versammlung der „nationalen Arbeitspartei“ eintraf, wurde er trotz des arrangierten Jubels schon am Bahnhof von Steinwürfen und Abzugsrufen empfangen. Mühsam schützten Polizei und Gendarmen den Feind des gleichen Wahlrechts. Vor dem Hotel hatte sich eine größere Menschenmenge angesammelt, die die einströmenden Wagen mit Pfeifen, Abzugsrufen und Steinwürfen empfing. Durch einen Stein wurde der Oberstadtkommandant in der Brustgegend getroffen. Die Menge demonstrierte auch hernach noch eine Weile vor dem Hotel. Ein Polizist wurde durch einen Stein aus einer Schenke blutig verletzt. Während Graf Tisza und seine Begleiter sich bereits in ihren Zimmern befanden, dauerten die Demonstrationen und Steinwürfe noch an. Ein Sozialdemokrat wollte eine Ansprache an die Menge halten, wurde jedoch von der Polizei gehindert. Schließlich säuberte berittene Polizei den Platz. Im ganzen wurden 5 Verhaftungen vorgenommen. Am 8. Uhr nachmittags fand die Parteiversammlung statt, zu der sich ungefähr 2000 Personen eingefunden hatten. Auch hier tonten Tisza Abzugsrufe entgegen, der erst beginnen konnte, nachdem die Sozialdemokraten aus dem Saale gedrängt waren.

In Krak sprach der ehemalige Minister des Innern Skiffsky in einer unter freiem Himmel abgehaltenen Volksversammlung, an der etwa 2000 Personen, zumeist Sozialisten, teilnahmen. Er trat sehr energisch für die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts ein. Er führte aus, daß die jüngste politische Gestaltung beweise, wie recht er hatte, als er als Minister des Innern das allgemeine Wahlrecht schaffen wollte. Dieses sei zu einer Staatsnotwendigkeit geworden. Durch das allgemeine Wahlrecht werden die staatsrechtlichen Kämpfe ein Ende nehmen, welche bisher die Entwicklung der Nation gehemmt haben. Das allgemeine Wahlrecht werde auch die Nationalitäten mit den Magyaren verschmelzen.

Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, wonach sie nur einen solchen Abgeordneten kandidaten unterstützen werde, der die Schaffung des allgemeinen Wahlrechtes für die erste Aufgabe des Parlaments halte. Die Versammlung verlief ohne jede Störung.

### England.

#### Mitteilungen der Konserverativen.

London, 12. April. Zahlreiche unionistische Parlamentsmitglieder wohnten gestern einer Versammlung bei, in der einige zu den Anhängern der Tarifreform zählende Arbeiter, die bei den letzten Wahlen kandidiert hatten, ihre Entwürfe von einem Besuch in Deutschland schilderten. Die Vortragenden führten unter anderem aus, daß sie von der bei einem Vergleich mit England in die Augen fallenden Wohlthat der arbeitenden Klassen in Deutschland übertrakt seien. Besonders aufgefallen sei ihnen die Tatsache, daß in Deutschland der Gelegenheitsarbeiter besser bezahlt werde als in England.

### Türkei.

#### Das Ende des Aufstandes.

Konstantinopel, 12. April. Nach Depeschen des Kommandanten des III. Korps unterwarfen sich neun Rebellenchefs bedingungslos, die übrigen werden sich heute unterwerfen. Die Rebellen lieferten außer der erbeuteten Kanone auch sieben desangenehme Soldaten aus. Der Oberkommandant Scherif Torget Balka reiste nach Adrianopel ab, von wo er sich mit vier Bataillonen und zwei Maschinengewehr-Kompagnien nach Nordalbanien begibt.

### Aus der Partei.

Genosse Louis Opificius ist Montagmorgen, 60 Jahre alt, gestorben. Er war ein persönlicher Freund von Sebel und Liebknecht, hat den Krieg von 1870 mitgemacht und wurde dort verwundet. Später hat er sich unter dem Sozialistengesetz bewährt, besonders bei der Verbreitung des „Sozialdemokrat“. Er war bis in die letzte Zeit hinein agitatorisch tätig. Er war Leiter der Gold- und Silberseidenfabrik in Frankfurt a. M.

### Die Waisfeier.

Am Montagabend berieten die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs und das dortige Gewerkschaftskartell über die diesjährige Waisfeier. Die Genosse Stubbe ausführte, sind der Abhaltung der Waisfeier viele Hindernisse erwachsen. Da schon bei der vorjährigen Waisfeier sich die in Betracht kommenden soziale, nach denen der Waisfestzug dirigiert wurde, als viel zu klein erwiesen und das große Heiliggeistfeld wegen der Vorbereitungen zur Landwirtschaftlichen Ausstellung abgesperrt ist und weitere Plätze, die so große Massen fassen könnten, nicht vorhanden sind, beabsichtigten Parteileitung und Kartellkommission, den Festzug nach dem am preussischen Gebiet gelegenen „Friedhof“ bei Steelschloß überzuführen. Die Hamburger Polizeibehörde gestattete diesen Festzug unter der Voraussetzung, daß, soweit preussisches Gebiet in Betracht kommt, die preussische Behörde die Genehmigung erteile. Der Amtsvorsteher von Poppensbüttel erteilte zunächst widerwillig die Genehmigung, die er am Sonntag ohne Angabe von Gründen zurückzog. Unsere Hamburger Genossen werden nun auf dem genannten Terrain eine Versammlung unter freiem Himmel anmelden und wenn der Amtsgewaltige von Poppensbüttel auch diese verbieten sollte, wird er sein Verbot mit Gründen belegen müssen. Aber da in Preußen die Erledigung von Verordnungen heranne Zeit in Anspruch nimmt, wurde den genannten Körperschaften anheimgegeben, eventuell entweder einen Festzug nach dem „Wälschenkamp“ (Hamburger Gebiet) oder sonstige der Bedeutung des Tages entsprechende Arrangements zu veranstalten.

Der Preis der Karten beträgt inklusive Waiszeitung für Männer 50, für Frauen 10 M. Der Ueberflus soll dem jetzt etwa 84000 M. betragenden Waisfonds zugewandt werden.

In Chemnitz steht eine Maidemonstration bevor, wie sie der Ort noch nicht gesehen hat. Die Polizei genehmigte auf Ansuchen des Waiskomitees einen Umzug nach dem von der Stadt zur Verfügung gestellten Versammlungsplatz am Reiffswalde. Mit Musikchören, Standarten und Fahnen werden die demonstrierenden Proletarier durch die Stadt nach dem Platz marschieren. — Es ist das erste Mal, daß die Chemnitzer Polizeibehörde einen wirklichen Umzug genehmigt hat.

In Görlitz hat die Polizeibehörde einen Umzug durch die Straßen der Stadt gestattet. Sie stellte aber die Bedingung, daß keine Kinder im Zuge mitgeführt werden. Auch das Tragen von roten Fahnen im Zuge ist untersagt worden.

Der Stadtmagistrat in Rürnberg hatte sich kürzlich geweigert, den Duitpoldhain zu einer Waisveranstaltung unter freiem Himmel zur Verfügung zu stellen mit der Begründung, daß die Anlagen beschädigt würden. Das Waiskomitee verlangte nun einen anderen Platz und zwar in erster Linie ein großes, freies Gelände neben dem Stadttheater. Aber auch dies wurde abgelehnt, weil es bedenklich sei, mitten in der Stadt eine Versammlung unter freiem Himmel zu genehmigen. Der Verlehr wurde unterbunden und die Nachbarschaft belästigt. Dagegen wurde die städtische Festhalle für die Waisfeier zur Verfügung gestellt.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Ein umgestoßenes Urteil.

Vor einiger Zeit wurde Genosse Redakteur Jörn vom „Saalfelder Volksblatt“ wegen angeblicher Verleumdung des Arztes und der Schwägerin des Vöhrner Krankenhauses vom Schöffengericht Saalfeld zu der hohen Strafe von einem Monat Gefängnis verurteilt. Obgleich Genosse Jörn Generalsekretär des Vöhrner Krankenhauses ist, wurde ihm damals die Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht zugesprochen.

Die Strafkammer in Rudolstadt hob auf die Berufung Jorns das Urteil auf. Es wurde vom Gericht anerkannt, daß Jörn in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und deshalb freizusprechen sei. Die nicht unbedeutenden Kosten wurden der Staatskasse aufgelegt.

Wegen Verleumdung verurteilt. Genosse Radparz vom „Saalfelder Volksblatt“ wurde wegen Verleumdung des Vergrats Dr. Vogelsang von der Mansfelder Gewerkschaft vom Schöffengericht in Giesleben zu 200 M. Strafe verurteilt. Unser Redakteur hatte Vogelsang des Bruchs seines Ehrenwortes beschuldigt, weil er im Vorjahre ehrenwörtlich versichert hätte, daß er anonyme Denunziationen nicht beachte, demnach aber den Bergmann Schippel auf Grund eines anonymen Schreibens gefälligst habe.

# Gewerkschaftliches.

**Zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress,** der sich ausschließlich mit der Reichsversicherungsordnung beschäftigen soll, hat Dienstag die Generalkommission auch die christlichen und kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften eingeladen. Die Generalkommission ging dabei von der Meinung aus, daß die tief einschneidenden Änderungen, die die Reichsversicherungsordnung in der Arbeiterversicherung bringt, alle Arbeiter, welcher politischen und gewerkschaftlichen Richtung sie auch angehören, in gleichem Maße interessieren müsse. Die vereinte Stellungnahme aller Gewerkschaften würde sicher größeren Eindruck bei der Regierung machen und den Einfluß der Arbeiter auf die Gestaltung der Reichsversicherungsordnung erhöhen. Die christlichen und kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften haben jedoch eine Beteiligung an einem gemeinsamen Arbeiterkongress abgelehnt. Ihre Ablehnung begründeten sie damit, daß sie sich bereits an einer Konferenz beteiligten, die die Gesellschaft für soziale Reform einberufen hatte.

Die Generalkommission hat in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand zur Vorbereitung des Gesetzentwurfes betreffend die Reichsversicherungsordnung eine Anzahl Sachverständiger aus den Kreisen der Arbeitersekretäre, Krankenkassenangehörigen usw. nach Berlin berufen. Dieser Kommission gehören an: Albert Kohn, Berlin, Mattutat, Stuttgart, Timm, München, Resche, Altona, Frähdorf, Dresden, Simanowski, Berlin, Graef, Frankfurt a. M., Wisse, Berlin, Gusemann, Bochum und Ziegisch, Charlottenburg. Diese Sachverständigenkommission wird der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Material für die Beratung des Gesetzentwurfes zur Verfügung stellen.

Ferner soll am 22. d. Mts. eine Konferenz aus den Kreisen derjenigen Personen, die mit der praktischen Handhabung der Arbeiterversicherung vertraut sind, d. h. Arbeitersekretäre, Krankenkassenvertreter und Arbeitervertreter vom Reichsversicherungsamt tagen.

Der außerordentliche Gewerkschaftskongress wird nunmehr am 25. d. Mts. in Berlin abgehalten werden.

## Zum Kampf im Baugewerbe.

Die in Berlin am Dienstag zwischen Vertretern des Verbandes der Baugeschäfte und des Zentralverbandes der Maurer und Bauhilfsarbeiter gepflogenen Einigungsverhandlungen wurden abends 10 Uhr abgebrochen. Eine Einigung wurde nicht erzielt, doch sollen die Verhandlungen Ende dieser oder Anfang nächster Woche fortgesetzt werden.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe Münchens und Umgebung hat am Freitag eine geheime Versammlung abgehalten. Die „Münchener Post“ berichtet darüber:

Es wurde einstimmig beschlossen, am nächsten Sonnabend unter allen Umständen die Aussperrung zu beginnen. Der Referent, Ingenieur Hellermeier, führte aus, in Hamburg sei eine Vereinbarung mit den Arbeitern abgeschlossen. Aber der Arbeitsnachweis bleibe bestehen. In Berlin seien die Verhandlungen noch in der Schwebe. In ganz Deutschland rechne man, daß mindestens 300 000 Arbeiter ausgesperrt werden. Sämtliche Arbeitgeber, die aussperrten, haben am Sonnabend sofort Bericht zu erstatten. Man rechnet darauf, daß zwischen den Arbeitern und ihren Führern sehr bald Differenzen entstehen werden, weil die Arbeiter mihmütig seien über den Beschluß, daß in den ersten 14 Tagen keine Streikunterstützung gezahlt wird. Hellermeier schloß mit der Bemerzung, wenn man die Arbeiter dieses Jahr nicht niedergewingen könne, dann werde es niemals mehr möglich sein, da die Arbeiterorganisation immer stärker wird.

Die Hoffnung auf die Uneinigkeit der Arbeiter wegen Nichtunterstützung für die ersten 14 Streiktage werden die Unternehmer sicherlich zu Grabe tragen müssen. Bei der Einmütigkeit, mit der dieser Beschluß in den Kreisen der Bauarbeiter allenthalben angenommen wurde, ist an eine Mißstimmung gar nicht zu denken.

Der Vermittlungsversuch der bayerischen Regierung zur Beilegung der Differenzen im Baugewerbe ist gescheitert. Das Ministerium erklärt, es behalte sich vor, zur gegebenen Zeit einen neuen Vermittlungsversuch zu unternehmen.

In Freiburg i. B. haben die Unternehmer beschlossen, am 15. April sämtliche Bauarbeiter auszusperrten. Die Nichtorganisation werden, wenn sie wieder um Arbeit nachfragen, in die alten Plätze eingestellt.

In Leipzig nahmen am Montag die Bauhilfsarbeiter von den Beschäftigten der Verbandstage in Berlin Kenntnis. Am gleichen Tage hatten die Unternehmer auch für Leipzig die Aussperrung beschlossen. Das erhöhte nur die Kampfesstimmung und Begeisterung, die aus allen Reden heraussprach. Zwei, drei Redner wandten sich dagegen, daß für die ersten zwei Wochen keine Unterstützung gezahlt werden solle. Sie fanden aber in der Versammlung allenthalben stürmischen Widerspruch. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, nach der die Versammelten den Maßnahmen des Verbandes zustimmten und mit allen Kräften zu kämpfen versprochen.

In einer von nahezu 900 Personen besuchten Versammlung der Maurer und Bauhilfsarbeiter zu Siegnitz wurde fast debattelos in einmütiger Weise den Beschäftigten der Berliner Verbandstage zugestimmt, in der Hoffnung, daß dieser Massenkampf dadurch mit einem Siege der Arbeiterschaft enden werde. — Während des kommenden Kampfes verpflichtete man sich zu striktester Alkoholabstinenz.

## Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter der Hoch- und Untergrundbahn werden so jämmerlich entlohnt, daß man annehmen muß, die Betriebsleitung habe sich ein Beispiel an der Verwaltung der Staatsbahn genommen, deren Direktion ja bekanntlich die Arbeiterlöhne auf einem unglaublich niedrigen Niveau hält. Die Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft zahlt den Hilfsarbeitern einen Anfangslohn von 33 Pf. pro Stunde, der nach mehrjähriger Beschäftigung die Höchstgrenze von 45 Pf. erreicht. Ganderwerfer bekommen einen Anfangslohn von 40 Pf. und erreichen nach Jahren den Höchstlohn von 33 Pf. pro Stunde. Selbstverständlich kann im Zeitalter des Lebensmittelpreises und der ungeheuren Preissteigerung aller notwendigen Bedarfsartikel auch die genügsamste Arbeiterfamilie mit solchen Löhnen ihres Ernähers nicht auskommen. Deshalb haben die Arbeiter der Hoch- und Untergrundbahn vor vier Wochen ihren Ausschuss beauftragt, die Direktion um eine Erhöhung der Löhne um 10 Pf. pro Stunde zu ersuchen. Der Ausschuss hat diesen Auftrag ausgeführt. Doch die Direktion hat der Forderung der Arbeiter nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt. Oder soll das etwa als Entgegenkommen gelten, daß sich die Direktion bereit fand, den Anfangslohn der Hilfsarbeiter von 33 auf 35 Pf. zu erhöhen. Dieses „Zugeständnis“ hat die Direktion allerdings gemacht. Das war aber auch alles. Im übrigen hat sie jede Lohn-erhöhung abgelehnt. Die Hauptsache, worauf es den Arbeitern ankam, haben sie nicht erreicht. In einer Nebenfrage aber hat sich die Direktion „wohlwollend“ gezeigt. Sie will den Arbeitern einen Le-

raud gewähren, der nach einer Beschäftigung von 3 Jahren 3 Tage und nach einer Längigkeit von 5 Jahren 5 Tage betragen soll. Ueber die Zeit, in die der Urlaub fällt, haben aber die Arbeiter nichts zu bestimmen. Das legt die Direktion nach eigenem Ermessen fest. Dagegen hat man den Arbeitern gütigst gestattet, den Tag, an dem die alljährlich stattfindende Betriebs-Partie veranstaltet werden soll, nach eigenem Ermessen zu wählen. Diese „Großmüt“ konnte die Arbeiter natürlich nicht veranlassen, ihre Forderung auf Lohn-erhöhung fallen zu lassen und sich mit den bestehenden Lohnverhältnissen zufriedig zu geben.

Am Montag hielten die Arbeiter eine verhältnismäßig stark besuchte Versammlung ab, wo der Arbeiterausschuss das Ergebnis seiner Vorlesung bei der Direktion mitteilte. Mit Murren und lebhaftem Unwillen wurde die Verweigerung der Lohn-erhöhung aufgenommen und allseitig betont, daß es eine Unmöglichkeit sei, mit den gegenwärtig gezahlten Löhnen auszukommen. Die Versammlung beauftragte den Arbeiterausschuss, nochmals bei der Direktion vorstellig zu werden, um eine Erhöhung der Löhne zu erlangen. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche sagt:

Die Versammelten haben mit Bedauern Kenntnis genommen von der Ablehnung ihrer beschriebenen Forderungen durch die Direktion. Sie bedauern, daß die Direktion so rückständig gehandelt hat, und verpflichten sich, die noch nicht Organisierten der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen, und so ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen.

Ferner wurde in der Versammlung über Mißstände im Kantinenwesen geklagt. Es wurde beschlossen, den Schankwirt, der die Kantine auf seine Rechnung betreibt, zu kontrollieren und die Direktion zu ersuchen, daß sie den Betrieb von Bier auf Rechnung der Arbeiterschaft und das Einholen von Speisen und Getränken von außerhalb des Betriebes befindlichen Geschäften zuläßt.

## Arbeiterrecht und Polizeirecht!

Zu dieser Frage wird man gedrängt, wenn man das Verhalten der Polizeibehörde beim Streik der Sattler bei der Firma E. Brandt nach, in der Sebastianstraße 77 beobachtet.

Als Ursach für die Streikenden hat die Firma unter Mithilfe der berüchtigten Hamburger Streikbeschwergerentwurf elf Arbeitskräfte herangezogen, die sich einer außerordentlichen Fürsorge seitens der Firma erfreuen. Die elenden Alfordpreise, die bisher gezahlt wurden, werden diesen Leuten nicht angeboten, sie werden vielmehr in Lohn beschäftigt, wohl in weiser Erkenntnis dessen, daß selbst „Arbeitswillige“ leben, das heißt essen und trinken wollen, daß dieses aber bei dem geringen Verdienst, den diese ungeübten Kräfte erzielen würden, sich sehr bald als unerträglicher Luxus erweisen würde. Damit die „Arbeitswilligen“ mit den bösen Streikposten gar nicht in Verbindung kommen, hat die Firma Betten kommen lassen und ein Waffenquartier auf dem Grundstück eingerichtet. Wie uns mitgeteilt wird, sollen sich die „Arbeitswilligen“ sogar verpflichtet haben, sechs Wochen lang nicht auszugehen. Das notwendige Essen wird aus der Nachbarschaft bezogen. Verschiedenen Geschäftsleuten ist die Geschichte aber doch schon zu dumme geworden, so daß sie ihre Lieferungen für die Firma resp. für die Arbeitskräfte der Firma eingestellt haben.

Wohl von der Annahme ausgehend, daß die Streikposten mit diesen Vorgängen in Verbindung gebracht werden müssen, wandte sich die Firma um Schutz an die Polizei. Diese trat auch sofort in Aktion und verbot den Streikposten das Betreten der Sebastianstraße von der Prinzenstraße bis zur Alexandrinenstraße. Demit die Polizei diese Maßnahme begründen will, ist uns unerfindlich, denn als verkehrshindrend können die Streikposten nicht bezeichnet werden, weil ja die Sebastianstraße sehr wenig Verkehr aufzuweisen hat. Belästigungen irgendwelcher Art sind auch nicht vorgekommen, so daß hier wirklich ein ganz ungerichtetes Vorgehen seitens der Polizei vorliegt. Aber nicht nur von den unteren Organen dieser Behörde wird derartig vorgegangen, sondern auch der Leutnant des zuständigen Polizeiregiments zeigt ebensolche Vorgehensweisen gegen die Streikenden.

Am Donnerstagvormittag nahm er kurz Rücksprache mit dem Inhaber der Firma, ging dann in Begleitung eines Schutzmannes nach dem Streiklokal, wies den Lokalinhaber darauf hin, daß er doch die Streikenden von Brandt beherberge und betonte, daß sobald „irgendwas passiert“, er das Lokal räumen lassen werde! Mit welchem Recht der Polizeileutnant so vorgeht, ist uns unverständlich, ebensowenig läßt sich aber auch die Veranlassung zu diesem Vorgehen erklären. Glaubte die Firma aber, die Streikenden dadurch einzuschüchtern, so befindet sie sich im Irrtum, weil diese zu genau davon informiert sind, daß die jetzige Produktionsweise nicht lange aufrechterhalten werden kann.

Ein Streik der Leitergerüstbauer ist bei der Firma Ludwig Altmann (Allgemeine Berliner Leitergerüstbau- und Leihanstalt, G. G.) ausgebrochen. Die Gerüstbauer, die unter gefährlichsten Verhältnissen arbeiten müssen, beanspruchen für ihre Arbeit eine Erhöhung des Stundenlohns und Verrichtung von Mißständen, desgleichen die Plagarbeiter und Aufscher. Die Arbeit dieser Gruppen ist eine derart ausgedehnte und intensive, daß man sich wundern muß, wenn nicht mehr Unglücksfälle zu verzeichnen sind. Man sehe sich die gefährliche Arbeit der Plagarbeiter an und vergleiche damit die Entlohnung, und man wird anerkennen müssen, daß eine Verbesserung der Verhältnisse durchaus berechtigt ist. Die Leitergerüstbauunternehmer, die sich erst kürzlich zu einer Aktiengesellschaft vereinigt haben und unter dem Protektorat des Herrn Altmann stehen, lehnten auch nur das geringste Entgegenkommen rundweg ab, so daß die in Frage kommenden Arbeiter gezwungen waren, in den Streik zu treten.

Auch am Dienstagmorgen wurde seitens des Herrn Altmann eine Vergleichsbehandlung abgelehnt. Die Kommission der Arbeiter wurde in einer Form behandelt, die man direkt als Provokation betrachten muß, und durch die eine heftige Erbitterung im Kreise der bei genannter Gesellschaft beschäftigten Arbeiter hervorgerufen wurde. Die Arbeiter haben nun einmütig die Arbeit niedergelegt. An die Arbeiterschaft richten wir deshalb die dringende Bitte, uns noch jeder Richtung hin zu unterstützen. Zuzug von Leitergerüstbauern, Plagarbeitern und Aufscher bitten wir strengstens fernzuhalten.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bei den am Sonntag, den 10. April 1910, in 83 Lokalen Groß-Berlins stattgefundenen Wahlen der Delegierten zum Hamburger Verbandstag sind 6817 Stimmen abgegeben, wovon 432 ungültig waren. Gewählt wurden von der Sektion I (Handelsarbeiter): Fritz Wappler 2292, Wilhelm Frank 2045, Karl Braune 2007, Gustav Bergens 1982, Heinrich Geißler 1915, Fritz Wiesche 1888 und Friedrich Ludow 1708.

Sektion II (Transportarbeiter): Anna Jahn 2281, August Berner 2029, Fritz Lambrecht 2787, Robert Henkel 2621, Otto Herms 2481, Gustav Konrad 2426, Albert Hübner 2421, Carl Bree 2305, Hermann Robin 2276, Hermann Walker 2222, Wilhelm Schow 2197 und Fritz Schnapp 2151.

Sektion III (Straßenbauer): Ernst Lehmann 2563.

Sektion IV (Automobil- und Droschkenfürer): August Beder 2554 und Karl Kranz 2802.

Sektion V (Industriearbeiter): Karl Fromke 2456 und Franz Wagner 2255.

Bezirk Köpenick und Umgegend: Ferdinand Dreikönig 2700.

Eine genaue Aufstellung über die abgegebenen Stimmen in den einzelnen Wahllokalen erscheint demnächst in der Mitteilungsbeilage des „Kuriers“.

## Deutsches Reich.

76 Lithographien und Steinbruder der Firma Schött, A. G., in Rheydt (Rheinland) haben die Ründigung eingereicht. Zuzug ist fernzuhalten.

## Ausland.

**Wächung, Klavierarbeiter!** Seit einiger Zeit und augenblicklich sucht die Pianofabrik Verh. Ewensen in Kristiania (Norwegen) unter Vedadresse Klavierarbeiter aller Branchen unter den günstigsten Verpfehlungen. Sind die Kollegen dann hier, so wird ihre durch mangelnde Sprach- und Ortskenntnis hilflose Lage in der Weise ausgenutzt, daß ihnen vom Chef angeboten wird, entweder zu billigen Löhnen zu arbeiten oder eben zur „Korpsarmee“ überzutreten. (Zwei Deutsche (Rich. Peters und Artur Scholz aus Berlin) wurden vor dieselbe Alternative gestellt und ihnen außerdem die Bezahlung der drei Osterfeiertage (Gründonnerstag, Karfreitag und Ostermontag) trotz norwegischer gesetzlicher Verpfehlung verweigert. Damit erklärten sich die Genannten aber nicht einverstanden, sondern verweigerten einfach so lange die Arbeit, bis sie alles voll ausbezahlt erhielten. Aber da zeigte sich dieser Typus von Kapitalistenseele in voller Größe. Spät abends wurden die beiden Genossen auf Anordnung Ewensens von der Polizei wegen „Fluchtverdachts“ in Haft genommen, und erst nachdem sie sich verpflichtet hatten, die Arbeit wieder aufzunehmen, und nachdem dieselben durch Messungen à la Vertillon und Fingerabdrücke wie regelrechte Verbrecher genügend „gesichert“ waren, wieder aus der Haft entlassen. Partei-Rechtsanwalt Rich. Puntervold hat sich nun der Sache bereitwillig angenommen. Wir ersuchen also unsere Landsleute, vorsichtig zu sein und auf alle Fälle erst beim „Norw. Klavierarbeiter-Verband“ (Postfach 508, Kristiania) anzufragen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Sozialistenklub „Vorwärts“, Kristiania.

Die Pariser Rikwagensattler haben die Arbeit wieder aufgenommen, obwohl sie die Erfüllung ihrer Forderungen nicht erreicht haben.

## Die Bewegung der französischen Seeleute

hat durch den Generalstreik in Marseille neue Kraft gewonnen. Eine größere Anzahl von Handlungsgesellen hat beschlossen, die Arbeit ruhen zu lassen, bis ein neuer Beschluß vom Syndikat ergehen wird. Die Angestellten der Straßenbahn haben ebenfalls eine Versammlung abgehalten und in später Abendstunde beschlossen, in den Streik zu treten.

Der Verkehr der Straßenbahnen ist vollständig eingestellt. Die Kohlenverlader dreier Schiffsahrtsgesellschaften haben die Arbeit eingestellt. 1500 Hafenarbeiter befinden sich jedoch in Tätigkeit, und die Verladung der Frachtgüter geht in normaler Weise vor sich. Das Streikkomitee macht bekannt, daß sich 18 000 Mann im Auslande befinden.

Die Mannschaften von zwei gestern vormittag eingetroffenen Dampfern sind an Land gegangen. Fast alle Läden im Mittelpunkt der Stadt sind geschlossen.

Auf einer Versammlung, die in Dünkirchen nach der Arbeitslosse einberufen und ungefähr von 500 eingeschriebenen Seeleuten besucht war, wurden lebhaft und heftige Reden gegen die Regierung gehalten. Zum Schluß wurde eine Tagesordnung angenommen, in der sich die eingeschriebenen Seeleute mit denen von Marseille solidarisch erklärten, und zwar mit 98 gegen 20 Stimmen.

„Paris Journal“ berichtet, daß auch der Streik der Seeleute in Lyon ununterbrochen fortbauert. Die Arbeiten im Hafen sind vollständig unterbrochen. Die Häder und verchiedene andere Handlungsgesellschaften haben mit den Ausständigen gemeinschaftliche Sache gemacht. Die Gasanstalt wird militärisch bewacht.

Aus Havre wird berichtet, daß der Syndikatssekretär Nord daselbst angekommen ist und sofort eine Versammlung des Syndikats der eingeschriebenen Seeleute einberufen hat, mit dem Zweck, die eingeschriebenen Seeleute von Havre aufzufordern, sich mit denselben von Marseille solidarisch zu erklären. Am Schluß dieser Versammlung, die sehr zahlreich besucht war, zogen ungefähr 2000 eingeschriebene Seeleute in geschlossenem Zuge durch die Straßen der Stadt, sangen die Internationale und brachten Schmährufe auf den Unterstaatssekretär Cheron aus. Zwischenfälle ereigneten sich nicht, die Polizei griff nicht ein.

Marseille, 12. April. (B. L. B.) Die Arbeiter hielten heute zahlreiche Versammlungen ab, auf denen der Beschluß gefaßt wurde, den Streik fortzusetzen, bis die Seeleute Vergebung erhalten hätten.

Marseille, 12. April. (B. L. B.) Im Laufe von Zusammenstößen von Ausständigen mit der Polizei wurden zwei Polizeibeamte verletzt, mehrere Personen wurden verhaftet.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Schweres Automobilunglück im Grunewald.

In der Kolonie Schildhorn im Grunewald hat sich gestern ein schweres Automobilunglück zugetragen. Ein mit vier Personen besetzter Kraftwagen saute bei einer Probefahrt mit voller Wucht gegen einen Chauffeebaum. Hierbei wurde die Frau des Rittmeisters A. D. von Hahrenholz aus der Hölberlinstraße zu Westend aus dem Wagen geschleudert, daß sie auf der Stelle verstarb. Ihre Leiche wurde nach dem Friedhofe in Schildhorn gebracht. Der Rittmeister sowie ein Automobilvertreter und der Chauffeur kamen mit dem bloßen Schreck davon. Das Automobil wurde stark beschädigt.

### Ein schweres Eisenbahnunglück verhütet.

Am 12. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Auf dem großen neubauten Wilmher Bahnhof, wo sich kürzlich die schreckliche Katastrophe ereignete, wäre beinahe ein neues Eisenbahnunglück passiert. Ein Leerzug wurde auf einem Geleise rangiert, das unmittelbar darauf ein Eiberfelder Zug passierte. Ein Beamter des Leerzuges brachte den Eiberfelder Zug durch Signale kurz vor dem Leerzuge zum Halten. Letzterer sollte gerade von einer großen Anzahl Passagiere bestiegen werden.

### Das amtliche Wahlergebnis in Posen.

Posen, 12. April. Das amtliche Ergebnis der Reichstagsersatzwahl für den Wahlkreis Posen I ist folgendes: Oberbürgermeister Dr. Wilm (Nat.) 12 579, Nowicki (polnischer Demokrat) 11 487, Sosinski (Pole) 6966, Matuzewski (Soz.) 2241 Stimmen.

### Brudermord.

Meg, 12. April. (B. S.) In dem lothringischen Industrieorte Algringen stiet der Italiener Luigi seinen Bruder im Streite. Der Mörder ist flüchtig.

### Aus Not zur Mörderin geworden.

Lüttich, 12. April. (B. S.) In Piemalle stiet eine Witwe, welche mit ihrem 13jährigen Knaben allein wohnte, diesen, indem sie ihm eine Angel in den Kopf schob. Die Witwe beging kurz darauf Selbstmord. Das Motiv der schrecklichen Tat ist auf Nahrungsforgen zurückzuführen.

### Auf hoher See ertrunken.

Lissabon, 12. April. (B. L. B.) Bei hohem Seegang ist ein Fischerboot gekentert, wobei sieben Mann ertrunken sind.

Abgeordnetenhaus.

46. Sitzung vom Dienstag, den 12. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Nolde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Abg. v. Wescher (L.), daß die Vorentscheidung, wonach er die Nationalliberalen in einer Versammlung „Klatschweiber“ genannt habe, unrichtig sei. Er habe überhaupt keine beleidigenden Ausdrücke gegen Mitglieder des Abgeordnetenhauses gebraucht.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die wiederholte Beratung und Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage.

Abg. v. Heydebrand u. d. Lase (L.): Ich habe kurz zu erklären, daß wir heute dieselbe Abstimmung vorliegen werden, die wir am 16. März vollzogen haben. (Gelächter links. Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (nat.): Auch meine politischen Freunde werden dieselbe Stellung gegenüber den Kommissionsbeschlüssen und den Beschlüssen der zweiten Lesung einnehmen, die wir am 16. März eingenommen haben. Meine Freunde sind der Meinung, daß die Verbindung der indirekten mit der geheimen Wahl nicht dazu führt, eine wirkliche geheime Wahl herbeizuführen, und daß die Drittelung in den Urwahlbezirken in Verbindung mit der Magimierung dazu führt, die Industrie im Westen zu entrechten. (Lachen rechts. Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Cassel (Fortchr. Sp.):

Auf eine so ganz kurze Erklärung, wie die Vordrucker, kann ich mich nicht beschränken. Wir haben unsere Stellung eingehend begründet und brauchen die Gründe nicht zu wiederholen. Wir fordern die Einführung des Reichstagswahlrechts auch für Preußen und sind überzeugt, daß es auf die Dauer nicht verlagert werden kann; in Preußen sind dieselben Grundlagen für das Wahlrecht vorhanden wie im Reich. Wir halten es für um so notwendiger, als eine starke Gegnerpartei im Reich gegen das Reichstagswahlrecht vorhanden ist und wir überzeugt sind, daß diese sich bemühen wird, das Reichstagswahlrecht und damit die Grundlage der Verfassung des Deutschen Reiches zu durchbrechen; deshalb ist es erforderlich, um das Reichstagswahlrecht dem Reich zu erhalten, auch in Preußen dieses Wahlrecht einzuführen, das allgemein den Anforderungen der Gerechtigkeit genügen kann. Wir würden, da wir nach den parlamentarischen Verhältnissen nicht annehmen konnten, daß unser Ziel mit einem Schläge zu erreichen sei, uns zunächst damit begnügt haben, wenn durch Einführung der geheimen und der direkten Wahl, der Beseitigung dieser Klasseneinteilung und Einführung einer gerechten Wahlkreiseinteilung für die Zukunft die schreiende Ungerechtigkeit beseitigt würde, daß die eine Hälfte des Landes 803, die andere aber nur 140 Abgeordnete wählt. Das indirekte geheime Wahlrecht ist überhaupt kein geheimes Wahlrecht. (Sehr richtig!) Und wir müssen es behaupten, daß die Regierung das einzige, was in Wahrheit eine Verbesserung des Wahlrechts nach der Regierungsvorlage gewesen wäre, die direkte Wahl, hat fallen lassen, indem sie durch den Ministerpräsidenten in dritter Lesung hat erklären lassen, daß sie sich auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse stellen würde, wenn eine erhebliche Mehrheit dafür vorhanden sei. Wir müssen das Geseh ablehnen, weil wir in keiner Weise zugeben können, daß es irgendwie eine Verbesserung des Wahlrechts darstellt. (Sehr richtig! links.) Die Mehrheitspartei haben es beschlossen, nicht um eine wirkliche Reform herbeizuführen, sondern um ihre politische Herrschaft aufrechtzuerhalten und auch für die Zukunft eine wirkliche Reform zu verhindern. Als Motto schreibe ich über diese Verhandlungen das Wort von Goethe: Das Unzulängliche, hier wird's Ereignis. (Beifall links.)

Abg. Herold (Z.): Der Abgeordnete Friedberg hat das Argument wiederholt, durch die Vorlage werde eine Entrechtung der Industrie des Westens eintreten. Wodurch? Vielleicht durch die geheime Wahl? Für die tritt ja auch Abg. Friedberg und seine Freunde ein. Oder durch die Aufrechterhaltung der Drittelung in den Urwahlbezirken? Die bringt ja nur einen Zustand, den wir seit 20 Jahren tatsächlich haben. (Ruf bei den Natl.: Um so schlimmer!) Ist etwa in dieser Zeit die Industrie des Westens entrechtet worden? (Rufe bei den Nationalliberalen: Jawohl!) Dann frage ich: wodurch will sich denn die Industrie des Westens aufrecht erhalten? Nur dadurch, daß in der ersten Klasse eine Kinderheit von Wählern die übrigen majorisiert? Dann wäre es ja schlecht mit ihr bestellt. (Sehr wahr! im Zentrum.) Man verwechselt aber nicht die Industrie des Westens mit der nationalliberalen Partei. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Wir sind der festen Ueberzeugung, daß eine Entrechtung der Industrie des Westens nicht eintritt. Wir werden jetzt dieselbe Haltung einnehmen wie bei der früheren Beratung und für die unveränderte Annahme der damals gefassten Beschlüsse eintreten. Diese befriedigen uns zwar nicht voll (Lachen bei den Nationalliberalen), aber sie bringen uns doch eine wesentliche Verbesserung im Wahlrecht. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Jazdzewski (Polen): Wir haben uns überzeugt, daß gerade in unseren Wahlkreisen die Empfindung und das Interesse der Bevölkerung es erfordert, daß wir gegen diese Vorlage stimmen, weil sie vollkommen ungenügend ist, und weil sie den Interessen und dem Empfinden unseres Volkes nicht entspricht. Ich kann mich auf diese kurze Erklärung beschränken. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Borgmann (Soz.):

Ich glaube, es bedarf wohl keiner besonderen Erklärung. (Rufe rechts: Nein, nein!) daß meine Freunde gegen diese Wahlrechtsvorlage stimmen werden, weil sie nichts anderes ist, als eine Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlverfahrens, das nach unserer Auffassung unbedingt beseitigt werden muß, weil es gar nicht verbesserungsfähig ist. Der Versuch, den Sie hier gemacht haben, den Anschein zu erwecken, als ob die Regierungsvorlage oder die Kommissionsbeschlüsse irgend eine Verbesserung des bestehenden Dreiklassenwahlrechts bedeuten, ist völlig mißlungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Jeddlich hat einmal gemeint, das Wahlrecht in Preußen bestehe jetzt 80 Jahre lang und habe sich gut bewährt. Er übersieht dabei die Tatsache, daß das heutige Wahlrecht einem

Verfassungsbruch

sein Dasein verdankt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn es 80 Jahre lang behanden hat, so haben dazu eine Reihe von Umständen mitgewirkt, vor allem aber die Tatsache, daß die Arbeiterklasse in Preußen sich früher um die innere politische Entwicklung Preußens zu wenig gekümmert hat, sondern im wesentlichen ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Reichspolitik entfaltet hat. Das mußte sich mit dem Augenblick ändern, wo in Preußen durch die Gesetzgebung und Verwaltung Maßnahmen getroffen wurden, die darauf hinausgingen, den Einfluß der Reichstagsgesetzgebung auszuhalten. Die Beteiligung der arbeitenden Klassen an der inneren politischen Entwicklung Preußens kann dieser Entwicklung nur zum Segen gereichen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein konservativer Redner hat ferner gesagt, das Abgeordnetenhaus sei eine Volksvertretung. Das ist eine vollständig irrige Auffassung. Ich möchte demgegenüber an eine Rede aus früherer Zeit erinnern, die in diesem Hause gehalten worden ist. Am 14. Februar 1851 sagte ein Abgeordneter: „Der Kommissionsbericht braucht mit einiger Wohlgefälligkeit für die beiden preussischen Kammern den Ausdruck einer Volksvertretung, deren Rechte er nicht geschmälert zu sehen wünscht. Wir sind keine Volksvertreter; wir sind nur herab von diesem Piedestal selbst geschaffener Grödel. Das preussische Volk, wie es in seinen

acht Provinzen leibt und lebt, mit seinem Glauben, seinen Hoffnungen, mit seiner lebendigen Gliederung und seinen praktischen Bedürfnissen findet sich in dieser Kammer nicht abgepiegelt und wiedergegeben. Die preussische Kammer ist nur eine immerhin noch mangelhafte Vertreterin der Steuerkraft, die nach dem Dekretationsprozeß der doppelten Wahl etwas mehr als die Hälfte der steuerzahlenden Wähler in jeder der drei Klassen repräsentiert. Das kann ich eine Volksvertretung nicht nennen. Der Abgeordnete, der diese Ausführungen damals gemacht hat, war der Junker Otto von Bismarck-Schönhausen, der spätere Reichkanzler, der Nationalheros, der also schon damals der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß das preussische Abgeordnetenhaus keinerlei Recht hat, sich eine Volksvertretung zu nennen. Wenn damals schon ein Junker diese Auffassung vertrat, um wieviel weniger kann man heute bei den veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und dem Aufstieg der Arbeiterklasse davon sprechen, daß das preussische Abgeordnetenhaus eine Volksvertretung sei. Auch die neue Vorlage und die Beschlüsse der Mehrheiten nehmen in keiner Weise Rücksicht auf diese veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse. Diese werden von den Mehrheitsparteien vollständig ignoriert, weil eben die herrschenden Parteien wissen, daß in dem Augenblick, wo sie auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht nehmen würden, ihr Einfluß in diesem Hause in der Gesetzgebung und dem ganzen Staate nicht mehr so zum Ausdruck kommen würde wie bisher. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich bei diesen Herren um nichts anderes als um den Kampf um die Aufrechterhaltung der Dreiklassenherrschaft, die sie in Preußen etabliert und besetzt haben

gegen das Volk.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Jeddlich hat bei der ersten Lesung Athinghausen aus Schillers Zeit zitiert und seinen Freunden zugerufen: Seid einig, einzig, einig! Wenn Herr v. Jeddlich das für gut befindet, sich auf dieses revolutionäre Wort Schillers zu berufen, so erinnere ich ihn an die anderen Worte Athinghausens: Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Jeddlich ruft mit den Worten des Athinghausens seine Freunde zur Einigkeit gegen die große Masse des preussischen Volkes auf, während Athinghausen sein ganzes Volk zur Einigkeit gerufen hat. — Es kann gar keine Rede davon sein, daß diese Wahlrechtsvorlage irgendwie den berechtigten Anforderungen des Volkes oder den Verheißungen der Thronrede entspräche. Von einem Abgeordnetenhaus, das

139 Großgrundbesitzer und 94 Staatsbeamte

in sich birgt, kann natürlich nicht erwartet werden, daß es die berechtigten Forderungen des Volkes irgendwie erfüllt. Es ist auch durchaus falsch, zu meinen, daß die Dreiklassenordnung auf der Steuerleistung beruht. Von den 599 Millionen Mark, die bei den Wahlen als Unterlage für die Drittelung benutzt werden, stammen 412 Millionen aus den Städten und nur 187 Millionen aus dem Lande. Das platte Land aber stellt zwei Drittel der Abgeordneten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Trotz der kolossalen Abwanderung nach den Städten soll die Wahlkreiseinteilung, die aus dem Jahre 1860 stammt, aufrecht erhalten werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie können Sie es nur wagen, der Öffentlichkeit mit einem solchen Wahlverfahren zu kommen, das gar keine Rücksicht nimmt auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse? Diese Wahlreform ist geradezu eine Provokation des Volkes. Sie ist ein

Sohn auf jede Gerechtigkeit.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Arbeiterklasse Preußens ist durch die Sozialdemokratie so geschult, daß sie sehr genau weiß, wo der Feind steht. Die Disziplin der Massen ist bei den Demonstrationen im ganzen Lande, nicht nur hier in Berlin, scharf und klar zum Ausdruck gekommen. Am verflochtenen Sonntag haben Millionen preussischer Männer vor aller Öffentlichkeit ihre Stimme erhoben. Wenn Sie die dringende Mahnung, die in diesen Demonstrationen zum Ausdruck kommt, nicht beherzigen, so ist das ein Leichtes, den man von ernsthaften Männern nicht erwarten sollte. Wenden Sie auf Oesterreich. Dort hat man die Zeit begriffen und eine ernsthafte Wahlreform durchgeführt. Ueber das allgemeine Wahlrecht hat der Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg bei der Bestimmung der staatlichen Schicksale herangezogen, sie wird für diese geradezu verantwortlich. „Das Herz des Volkes wird zum sicheren Ankergrunde des Staates.“ Und der ungarische Ministerpräsident Fejervary hat erklärt: „Ein Parlament, aus dessen Wählerkreisen das Gros des Volkes künstlich ausgeschlossen ist, kann keine Empfänglichkeit für die wahren Bedürfnisse des Volkes besitzen. Ein Parlament, welches sich noch unten nicht abhängig fühlt, fühlt sich auch jener Aufgaben der Volksvertretung entzogen, welche in der verständigen und liebevollen Pflege der Interessen der breiten Volksschichten bestehen.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An die Worte dieser Staatsmänner muß man denken, wenn man beurteilen will, auf welchem Tiefstand des politischen Verständnisses unsere Staatsmänner stehen und stehen müssen, weil sie sich unter der

Fuchtel einer kleinen Gruppe herrschsüchtiger Besitzender fühlen und weiter nichts sind als die ausführenden Organe dieser herrschsüchtigen Schichten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Zustand ist der bellagendste, der sich denken läßt. Wir werden nie zu verständigen Verhältnissen kommen, bevor nicht die Junkerberrschaft in Preußen gebrochen ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Der Hemmschuh für die Entwicklung des preussischen Staatsgedankens ist unzweifelhaft das Wahlrecht. Wenn Sie nicht verstehen, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, dann werden Sie nicht zur Ruhe kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die ruhigen Demonstrationen der preussischen Arbeiter haben Sie ja gleichgültig gelassen. Sie sehen im Volke immer nur ein Objekt, mit dem Sie nach Gutdünken hantieren wollen. Aber das läßt sich das Volk einfach nicht mehr gefallen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und wenn die Warnungen der ruhigen Demonstrationsversammlungen ungehört verhallen, so werden dann eben

stärkere Mittel

in Anwendung gebracht werden müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Tag wird kommen, wo die preussische Junkerberrschaft, dies Unglück für den preussischen Staat, weggefegt werden wird. (Sehr gut! links.) Bis tief ins Bürgertum hinein ist diese Auffassung vorhanden. Das zeigt die öffentliche Versammlung unter freiem Himmel in Dortmund, an der auch die freisinnigen Volksparteien sich beteiligt hatten. Das ist ein Fortschritt, und ich habe die feste Ueberzeugung, daß die Macht der Reaktion in Preußen beseitigt wird, wenn das Bürgertum seine Schen überwindet, mit der Arbeiterklasse Schulter an Schulter zu kämpfen. (Lärm im Zentrum und rechts.) Das Zentrum will eine Arbeiterpartei sein, es will das Reichstagswahlrecht auch für den Landtag, so sagt es wenigstens. Aber in dem Augenblick, wo es sich darum handelt, die Worte in die Tat umzusetzen, verläßt das Zentrum elend und verrät die Interessen des Volkes

wie Judas den Herrn.

Die Ausreden des Zentrums sind so nötig und so inhaltslos wie nur denkbar. Niemand hätte dem Zentrum einen Vorwurf daraus gemacht, wenn es sich den Konservativen nicht unterworfen hätte und wenn damit die ganze Wahlrechtsvorlage gescheitert wäre. Aber

das Zentrum hat sich zum Schleppträger der preussischen Junker gemacht. Nun, wir werden keine Gelegenheit veräumen, um den Zentrumswählern diese vorkerräterische Handlungsweise zu Gemüte zu führen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt keine verlogeneren Politik als die des Zentrums. (Großer Lärm im Zentrum.)

Herr v. Krüger: Es ist durchaus unzulässig, einer Partei dieses Hauses verlogene Politik vorzuerwerfen. Herr Abg. Borgmann, ich rufe Sie zur Ordnung. (Beifall im Zentrum und rechts.)

Abg. Borgmann (fortfahrend): Im Lande draußen hat man volles Verständnis für die Judashaltung des Zentrums. Wir lehnen diese Wahlrechtsvorlage einstimmig ab und

mit uns die Majorität des ganzen preussischen Volkes. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Jeddlich (H.): Der Abg. Borgmann wird nicht erwartet haben, mit seiner Rede hier Eindruck auf das Haus zu machen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Er selbst hat uns erklärt, daß die von seiner Partei inszenierten Wahlrechtsdemonstrationen vollkommen wirkungslos verpufft seien. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Er hat infolgedessen, wie bereits früher der Abg. Liebknecht, mit der Anwendung schärferer Mittel gedroht. (Hört! hört! rechts.) Es unterliegt keinem Zweifel, daß mit den Wahlrechtsdemonstrationen auch noch ein anderer Zweck verfolgt wird: sie sollen Vorübungen für die revolutionäre Mobilisierung, Vorbereitungen für die Anwendung schärferer Mittel sein, die nur revolutionärer Natur sein können. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Herren, die diese Drohungen hier aussprechen, sind sich der vollen Verantwortung dafür nicht bewußt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Sie werden sich zu gewärtigen haben, daß solche revolutionären Versuche mit der vollen Autorität des Staates und

nötigenfalls mit dem Schwerte des Staates

erstickt werden. (Lebhafte Zustimmung rechts — Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Unsere Armee steht zu Kaiser und Reich und wird sich nicht zu revolutionärem Treiben verleiten lassen. (Lebhafte Beifall rechts. Große Lärme links. Ruf bei den Sozialdemokraten: Sie steht zum Volk!)

Präsident v. Krüger: Herr v. Jeddlich hat das Wort! (Heiterkeit.) Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Abg. Frhr. v. Jeddlich (H.): Auch meine politischen Freunde sehen keinen Anlaß, jetzt von der Stellung, die sie bei der dritten Lesung eingenommen haben, abzugeben. (Rufe links: Jetzt! Jetzt!) Sie werden in ihrer großen Mehrzahl mit ganz verschwindenden Ausnahmen wie damals gegen die Vorlage stimmen, und zwar jetzt auch gegen jeden einzelnen Paragraphen. Unsere Bedenken werden wesentlich verstärkt durch die Zusammenfassung der Majorität für die Vorlage. Wird die Vorlage mit dieser Mehrheit angenommen, dann wird der Reich unter den bürgerlichen Parteien, der durch die Reichsfinanzreform entstanden ist, nur noch tiefer werden und nur die Geschäfte der Sozialdemokratie werden geführt werden. Wie werden sich dann die Dinge in diesem Hause gestalten? Heute liegt der Schwerpunkt auf der Rechten, insbesondere bei der konservativen Fraktion. Sie kann mit einer doppelten Mehrheit arbeiten, halb mit dem Zentrum, halb mit den Mittelparteien. In dem Augenblick aber, da sich der Reich zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen vertieft, werden die Konservativen in der Regel allein auf das Zentrum angewiesen sein, und der Schwerpunkt wird von den Konservativen auf das Zentrum übergehen. Das würden wir bedauern, auch im Interesse des konfessionellen Friedens. (Unruhe im Zentrum.) Wir erwarten, daß die anderen Faktoren der Gesetzgebung (Wahl im Zentrum), das Herrenhaus und die Regierung, sich der Verantwortung, die sie im Interesse Preußens und der Monarchie zu tragen haben, wohl bewußt bleiben. (Beifall bei den Freikonservativen und Nationalliberalen, Lärm im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Friedberg (nat.):

Herr Herold fragt: worin besteht denn die von mir behauptete Entrechtung? Doch nicht in der Aufrechterhaltung der Drittelung in den Urwahlbezirken, die bereits seit 20 Jahren besteht? Doch eine Einrichtung 20 Jahre besteht, ist kein Beweis der Güte, zumal sie durch das Zentrum in das Geseh gekommen ist. (Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) Herr Herold hat mit der ganzen Aufrichtigkeit, deren er sich bei dieser Verhandlung befleißigt, und der ganzen Offenheit, mit der er selbst seine letzten Gedanken ausspricht, respektive zurückweicht. (Heiterkeit), nur von der Drittelung in den Urwahlbezirken gesprochen, während ich dabei sprach, daß sie in Verbindung mit der Magimierung eine Entrechtung der Industrie herbeiführt. Nach meinen Ausführungen war es nicht zweifelhaft, daß ich nicht für die nationalliberale Partei gesprochen habe, sondern für das begüterte Unternehmertum im Westen, das in weit überwiegendem Maße die sozialen Lasten trägt und sonstige Befestigungen und dieselbe Verdrängung in der politischen Körperschaft zu verlangen hat, wie etwa die Großgrundbesitzer des Ostens. Wenn dieses Unternehmertum im Westen vielleicht überwiegt, wenn auch nicht ganz nationalliberal ist, so mag es an seiner vielgerühmten Intelligenz liegen. (Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) Jedenfalls wird man es ihm nicht verdenken können, wenn es in den Arbeiterkreisen des Zentrums nicht gerade keine geeignete Vertretung erblickt. (Beifall bei den Nationalliberalen und Gelächter im Zentrum.) Wenn die konservative Partei das fördern will, so mag sie die Verantwortung dafür tragen, wir wollen sie nicht mittragen. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen; Unruhe rechts und im Zentrum.)

Abg. Herold (Z.): Dr. Friedberg hat mir Unaufrichtigkeit vorgeworfen, weil ich nicht auch die Magimierung anspreche. Die Magimierung ist jetzt so außerordentlich abgeschwächt worden durch Erhöhung der Summe von 5000 M. auf 10 000 M., daß ich wirklich nicht geglaubt hätte, daß Dr. Friedberg darauf ein so wesentliches Gewicht legen würde. In der Begründung der Vorlage heißt es, und zwar bei 5000 M., die Magimierung wird im allgemeinen nur ein mäßiges Einbüßen von Wählern der zweiten und dritten in die erste und zweite Klasse zur Folge haben. (Hört! hört! im Zentrum.) Nun, wo die Summe auf das Doppelte erhöht ist, ist die Wirkung gleich Null. (Lachen bei den Nationalliberalen.) Die statistischen Berechnungen haben das bereits erwiesen. Wesentlich größer ist allerdings der Einfluß der Drittelung in den Urwahlbezirken, und daß die Nationalliberalen und die Freikonservativen sich so sehr dagegen erklären, das kann nur den einen Grund haben, daß sie den plutokratischen Charakter des Wahlrechts nicht abschwächen, sondern gerade noch verstärken wollen. (Beifall im Zentrum und bei den Konservativen; Unruhe und Gelächter bei den Nationalliberalen und bei den Freikonservativen.) Ich verlange das ja nicht von Ihnen, das vertritt ihre Ueberzeugung nicht, aber dann dürfen Sie der Majorität keinen Vorwurf machen. Und dann, wie groß ist denn die Majorität? Gegen die Drittelung in den Urwahlbezirken sind nur die Freikonservativen und Nationalliberalen, zusammen 127, wogegen für die Drittelung und für die Regierungsvorlage in dieser Beziehung 318, also annähernd drei Viertel des Hauses sind. Ich glaube, daß gegenüber dieser gewaltigen Majorität die Regierung und auch selbst der Minister des Innern (Heiterkeit) keine Veranlassung hat, von der Vorlage zurückzuweichen.

Abg. Dr. Friedberg (nat.): Unaufrichtigkeit wollte ich Herrn Herold nicht vorwerfen. Er hätte aber notwendig erwähnen müssen, daß wir zwar die Magimierung bekämpfen, daß wir aber dafür vorgeschlagen haben die Erhöhung des fingierten Steuerfußes von 3 auf 5 M. und eine prozentuelle Festsetzung der Wählerzahl in den oberen Klassen, wodurch wir eine stärkere Befestigung der oberen Klassen herbeigeführt hätten. Im allgemeinen hat die Magimierung einen

Teil ihrer Wirkung verloren, aber im einzelnen wird sie genau die- selbe Wirkung haben wie die Drittelung in den Unwahldistrikten. (Weißfall bei den Nationalliberalen. Unhaltende Unruhe.)

Abg. Dr. Dell (Z.) polemisiert gegen die Nationalliberalen, Abg. Dr. Schäfer (natl.) gegen das Zentrum.

Abg. Veinert (Soz.):

Es ist charakteristisch für die Haltung des Zentrums, daß es seine Argumente alle Augenblicke wechselt. In der zweiten und dritten Lesung hat Herr Herold die Maximierung für sehr wertvoll erklärt, heute erklärte er sie für bedeutungslos. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es sich um die Ver- leistung des Volkes handelt, so ist das Zentrum noch niemals vor der Regierung zurückgewichen, aber wenn es sich darum dreht, dem Volke Rechte zu geben, dann sind die Volksrechte für das Zentrum glühendes Eisen und es faßt nicht zu, um die Regierung zu zwingen, dem Volke zu geben, was des Volkes ist.

Das Zentrum ist sich darüber vollständig klar, daß die geheime Wahl durch die Verbindung mit der indirekten vollständig be- deutungslos geworden ist. Schon die Tatsache, daß das geheime Wahlrecht in der Vorlage ein Geschenk der Konservativen ist, offenbart seinen gefährlichen Charakter als ein Danaer- geschenk. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem die Regierung selbst die direkte Wahl vorgeschlagen hat, weil die indirekte Wahl sich überlebt habe, hat das Zentrum die indirekte Wahl im Interesse der Konservativen beschlossen. Gerade gegen diese Verbindung des Zentrums mit den Konservativen richtet sich der Zorn des Volkes. Eine wirkliche Wahlreform kann nur gemacht werden gegen die Konservativen. (Sehr richtig! bei den Sozial- demokraten.) Das preussische Abgeordnetenhaus hat bis zum Jahre 1908 ein Dasein geführt, das höchst bedauerndswürdig für einen so großen Staat war. Erst als die Sozialdemokraten in das Parlament einrückten, bekam das preussische Ab- geordnetenhaus seine Bedeutung. (Lachen rechts, sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Erst durch das Eingreifen der Sozialdemokratie hat das preussische Volk erkannt, daß es hier mit- handelt wird durch die Mehrheitsparteien, die in mittelalter- lichen Anschauungen stehen. Das Zentrum hätte seinen Stand- punkt nicht einnehmen können, wenn die Nationalliberalen für das gleiche Wahlrecht eingetreten wären und nicht für ein aristokratisches Wahlrecht, das Bildung und Besitz berück- sichtigen soll und wovon sie selbst gar nicht wissen, wie sie es gestalten. Wären die Nationalliberalen für das gleiche Wahlrecht eingetreten, so hätte das Zentrum auf die Probe gestellt werden können, ob es ihm mit dem allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrecht für Preußen Ernst ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das schärfste ist, daß das Zentrum nach den Aussagen der Kon- servativen sich

selbst den Konservativen angeboten

hat, wie ein Artikel in der „Schlesischen Zeitung“ bewiesen hat. Danach hat es nach Annahme der geheimen Wahl den Konservativen aus freien Stücken erklärt, daß es die direkte Wahl und die öffentliche Wahl der Abgeordneten durch die Wahl- männer konzedieren würde. Danach konnte die „Schlesische Zeitung“ nur mit Recht sagen, daß die Konservativen nicht die öffentliche Wahl preisgegeben hätten, sondern unter Mitwirkung des Zentrums gerettet hätten, was bei der gegenwärtigen parlamentarischen Konstellation irgend zu weissen war. Hier zeigt sich die ganze verräterische Handlungsweise des Zentrums bei der Wahl- rechtsfrage. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und den National- liberalen hat Herr v. Heydebrand hier von der Tribüne gut zugeredet, sie möchten ihre Mitarbeit an dem Zustandekommen des Wechsel- balges nicht verlagern. Dabei hatte Herr v. Oldenburg im Bunde der Landwirte gesagt, er wolle lieber vor die Hunde gehen, als mit diesen faddlerigen Liberalen zusammen in Fesseln machen. Trotz dieser Einschätzung der Liberalen durch die Rechte, sind die Nationalliberalen jeden Augenblick bereit, Vollrechte preiszugeben. In Sachsen ver- kündeten sie zuerst, die Wahlen müßten ein Volksgericht werden gegen die Konservativen; aber bei den Stichwahlen halfen sie, den Konservativen Mandate zu verschaffen. Zentrum wie National- liberaler, die in Süddeutschland für die Einführung des Reichstags- wahlrechts gekämpft haben, verleugnen hier diesen Standpunkt, nur um sich an den Sonnenstrahlen der Herrschaft des Junkertums zu er- wärmen. Es wird hier kein Kampf ausgefochten um die Rechte des Volkes, sondern ein unwürdiges

**Duhen um die Gunst der preussischen Junker,**

um so unwürdiger, weil das Junkertum wie ein Aib auf dem preussischen Volke lastet. Von diesem Aib sollte das Volk durch eine großzügige Wahlreform befreit werden, statt dessen hat das Zentrum das Volk der Junkerherrschaft von neuem ausgeliefert. Bei einer solchen Wahlreform treibt Preußen einem neuen Jena entgegen. Und wenn Preußen sich auf die Junker stützt, so wird es mit der Junkerherrschaft zu Grunde gehen. Wenn solch ein neues Jena kommt, dann müßten wir ja Hunde sein, wenn wir auch nur den Finger rühren wollten für ein Königtum und eine Monarchie, die uns mit solchen Befehlen kommen. Die Konservativen sind der wahre Totengräber der preussischen Mon- archie, wenn sie dem Volke sein Recht verweigern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterklasse ist auf dem Wege, sich die Macht zu erobern, das beweist der Sieg, den die Arbeiter erfochten haben über die Polizei- maßregeln gegenüber den Wahlrechtsdemonstrationen. Von der erhabenen Größe der Demonstrationen haben sich auch diejenigen überzeugen müssen, die bisher immer über die Arbeiterdemonstrationen gespottet haben. Gerade ein national- liberales Blatt war es, das schrieb, es habe einen

überwältigenden Eindrud

gemacht, als im Reptolover Park Hunderttausende von Menschen ein- mütig die Hand erhoben, um eine Protestresolution gegen das preussische Wahlrecht anzunehmen. Das Volk ist erwacht und seine Erbitterung ist so groß, daß Polizei und Militär dagegen nichts ausrichten können. Herr v. Jedlich sprach davon, daß wir einer Revolution entgegen gehen. Ja, wenn die Massen der Arbeiter antreten, dann sind Sie auf der rechten Seite nicht imstande, sich diesem Druck entgegenzustellen, dann werden Sie

**von den Waffen einfach zermalmt.**

Herr v. Jedlich hofft allerdings auf das Militär. Denkt er wirk- lich, die Söhne des Volkes, die Soldaten, die in wenig Jahren Wähler dritter Klasse werden sollen, werden sich dazu begeben, auf das Volk zu schießen, weil es nicht mehr mit der dritten Klasse zufrieden ist? Überlegen Sie sich die Sache doch genau. Sie können zehn todsicheren, Sie können hundert und auch tausend Staatsbürger von deutschem Militär, das von dem Gelde der Staatsbürger bezahlt wird, todschießen lassen, aber Sie können nicht die Millionen von Sozialdemokraten, die das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht fordern, die können Sie nicht todschießen, und vor den ungestümen Forderungen der Massen muß die Macht des preussischen Staates zerbrechen, wenn es zur Revolution kommt, so dadurch, daß die nichtsnutzige Junkerlaste Preußens das Volk bis aufs äußerste reizt und es zwingt, das Recht, das ihm nicht gegeben wird, sich zu nehmen. Trotz Polizei und

**trotz Militär wird das preussische Volk sich die Rechte erobern, die ihm zukommen.**

(Lebhafte Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Herold (Z.): Ich habe ausdrücklich betont, daß der Minister, als er sich mit den Beschlüssen der Kommission einverstanden er- klärte, keine Ansicht von gestern auf heute geändert hat, er könne aber ebenso schnell seine Ansicht auch von heute auf morgen zurück- zuziehen.

Minister v. Nolde bestritt, daß ein Gegensatz bestanden habe zwischen seiner Erklärung in der Kommission und der Erklärung des Ministerpräsidenten im Plenum.

Die Generaldebatte wird geschlossen. In der Einzelberatung wird Artikel 1 ohne Debatte mit den Stimmen des Zentrums und der Rechten angenommen, ebenso die §§ 1 bis 3.

Bei § 4 verzichtet der konservative Redner auf das Wort, zu- gleich bringt Abg. v. Arnim einen Schlußantrag ein. Zum Wort ist noch gemeldet Abg. Ströbel (Soz.). Ein Schlußantrag wird an- genommen. (Große Unruhe links.)

Abg. Ströbel (Soz.)

zur Geschäftsordnung: Ich glaube, daß dieser Beschluß entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung

gefaßt worden ist. In der Geschäftsordnung heißt es, daß eine Debatte nicht geschlossen werden kann, bevor sie eröffnet worden ist, daß also mindestens ein Redner geredet haben muß. Es hat kein Redner gesprochen, trotzdem ist der Schlußantrag an- genommen. Ich glaube, daß die Beschlußfassung ungültig ist.

Präsident v. Kröcher: Das Haus hat so beschlossen und ich werde so verfahren. (Heiterkeit.)

§ 4 wird hierauf mit den Stimmen der Konservativen und des Zentrums angenommen.

Bei § 5 wiederholt sich derselbe Vorgang, als sich der Abg. Hirsch zum Worte meldet.

Abg. Hirsch (Soz.)

zur Geschäftsordnung: Ich stehe vollkommen auf den Standpunkt, den mein Freund Ströbel vorhin zum Aus- druck gebracht hat, will aber seine Worte nicht wiederholen. Ich halte es aber für notwendig, ausdrücklich vor dem Lande festzustellen, in welcher Weise hier im Hause

**Komödie gespielt**

wird.

Präsident v. Kröcher: Komödie spielen wir hier nicht. (Unruhe rechts und im Zentrum.)

Abg. Hirsch (Soz.)

fortfahrend: Ein Herr aus der konservativen Fraktion, Abg. v. Arnim, sieht die Rednerliste nach, und sofern zu irgend einem Paragraphen ein Sozialdemokrat gemeldet ist, springt er vor, nachdem vorher einer seiner Freunde vorgeschoben worden ist, der auf das Wort verzichtet, um Schluß zu be- antworten. Ich stelle fest, daß man hier

**nicht nur das Volk vollkommen entrechtet, sondern auch die wenigen Vertreter des Volkes mundtot macht.**

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Kröcher: Abgeordnete springen hier im Hause nicht vor. (Heiterkeit.)

Die §§ 6 und 7 werden angenommen. Bei § 8 haben sich zum Wort gemeldet die Abgg. Stroffler (L.) und Liebknecht (Soz.). Der Abg. Stroffler verzichtet auf das Wort. Hierauf wird ein Schluß- antrag der Konservativen angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Ich konstatiere vor dem ganzen Lande (Heiterkeit bei der Mehrheit), daß das sogenannte Hohe Haus (Unruhe rechts, Glocke des Präsidenten)

Präsident v. Kröcher: Herr Abg. Liebknecht, in dem „sogenannt“ liegt eine Verleumdung des Abgeordnetenhauses. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Wroval rechts.)

Abg. Liebknecht (Soz.): Ich konstatiere also, daß dieses „hohe“ Haus nicht einmal zwei Stunden Zeit hat für die vierte Lesung dieser wichtigen Wahlrechtsvorlage. Das Wort „Komödie“ darf man ja hier nicht anwenden, denn Ihr Vorgehen ist

**ein Verbrechen!**

Präsident v. Kröcher: Herr Abg. Liebknecht, ich bedauere, aber ich kann mir nicht helfen. Ich rufe Sie wiederum zur Ordnung. (Wroval rechts.)

Der Rest der Vorlage wird angenommen. Vor der Gesamtsitzung nimmt das Wort zur Geschäfts- ordnung

Abg. Ströbel (Soz.):

Ich möchte nochmals betonen, daß die Abstimmung geschäfts- ordnungswidrig vor sich gegangen ist. Der Herr Präsident meinte allerdings, er würde einen Verstoß gegen die Geschäftsordnung nicht gebuldet haben. Wir haben aber schon einmal die Erfahrung gemacht, daß auch ein Präsident die Geschäftsordnung nicht zu kennen braucht. Die Anmerkung 10 zu § 64 besagt: „Der Schlußantrag kann selbstverständlich nur nach Eröffnung der Besprechung gestellt werden, da eine nicht eröffnete Besprechung nicht ge- schlossen werden kann.“ In der Anmerkung 1 zu § 64 des Plateischen Kommentars wird folgendes mitgeteilt: Im September 1892 wurde beantragt, eine Bestimmung zu treffen, daß der Schluß der Besprechung, wenn sich Redner gemeldet hätten, nicht herbei- geführt werden könnte.

**bevor nicht wenigstens einer der Angemeldeten das Wort erhalten hätte.**

Eine Besprechung vor ihrer Eröffnung zu schließen, sei nicht möglich, eröffnet werde die Besprechung aber nicht durch die geschäftliche Be- merkung des Präsidenten,

**sondern durch eine Rede.**

Wenn man den Schlußantrag zulasse, bevor überhaupt ein Redner aus dem Hause gesprochen hätte,

**so könne die Mehrheit die Minderheit vollkommen mundtot machen,**

wie wir das heute nicht zur Ehre dieses Hauses erlebt haben. Der Berichterstatter der Kommission erkannte die rech- tliche Begründung des Antrages an sich als

**vollkommen gerechtfertigt**

an (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und führte aus, daß der dem Antrag zugrunde liegende Vorschlag eine Ausnahme bilde und man aus einem Ausnahmefall keine Veranlassung zur Änderung der Geschäftsordnung herleiten könne. Der Mißbrauch des Schlußantrages könne der Redefreiheit sehr gefährlich werden. Es widerspreche geradezu dem Begriff Debatte, daß heißt der Erörterung der Gründe für und wider, wenn der Schluß beantragt werde, bevor ein Redner gehört worden sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Berichterstatter bemerkt weiter, gegen den Mißbrauch der Macht werde der Takt der Versammlung Schutz bieten. Nun, in dieser Annahme sind wir heute wieder bitter enttäuscht worden. Tatsächlich ist heute geschäftsordnungswidrig verfahren worden, und deshalb sind die Abstimmungen ungültig! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Vorka (Z.): Herr Ströbel hat bei seiner Verlesung aus dem Plateischen Kommentar einen Sach, und zwar den entscheidenden fortgelassen. (Hört! hört!) Der Sach lautet: das Haus könne in bestimmten Fällen das Be- dürfnis empfinden und müsse deshalb die Macht haben, eine Abstimmung ohne Besprechung herbeizuführen. (Hört! hört! und große Heiterkeit rechts und im Zentrum.)

Abg. Hirsch (fortfahrend): Aus der Art, wie die Rechte die ganze Sache inszeniert hat, indem sie erst einen Redner vorschickte, der auf das Wort verzichtete, geht hervor, daß ihr bei dieser Auslegung der Geschäftsordnung doch nicht ganz wohl gewesen ist. Vom Standpunkt der Minderheit aus muß ich auch im Namen meiner Freunde gegen das Vergehen der Rechten auf das lebhafteste protestieren. (Lebhafte Weißfall links.)

Abg. Dr. Griebberg (natl.): In der Beurteilung der Rechts- auffassung stimme ich mit dem Abgeordneten Vorka überein. Aber im übrigen können auch meine Freunde diese Art des Vor- gehens nicht billigen. Herr Liebknecht hat dem Hause vorhin einen Vorwurf gemacht. Aber nicht das Haus verdient diesen Vorwurf, sondern, wenn man ihn erheben will, eine gewisse Majorität des Hauses, die Konservativen und das Zentrum. (Große Unruhe rechts und im Zentrum; leb- hafte Zustimmung links.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Um dem Lande vollkommen klar zu machen, wie im vorliegen- den Falle verfahren worden ist, bedarf es noch der ausdrücklichen Konstatierung, daß wir Sozialdemokraten uns sämtlich zum Wort gemeldet hatten, ehe irgendein anderer Redner zum Worte ge- meldet war. (Widerspruch rechts.)

Präsident v. Kröcher: Nach der Geschäftsordnung kann sich erst ein Redner zum Worte melden, nachdem die Debatte eröffnet wor- den ist. Allerdings ist diese Bestimmung der Geschäftsordnung nie so gehandhabt worden, weil das physisch unmöglich ist. Wenn Sie aber genau nach der Geschäftsordnung verfahren wollen, so müssen Sie auch diese Bestimmung einhalten.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Der Herr Präsident hat selbst zugegeben, daß nie so verfahren ist. Ich habe also vollkommen recht, daß nach der stets geübten Praxis dieses Hauses vor diejenige waren, die zuerst zum Worte gemeldet waren. Es haben sich dann nachträglich einige Herren der konservativen Partei zum Wort gemeldet, und da sie das Prä- sidium beherrschten und die Rednerliste entsprechend der Stärke der Parteien eingerichtet werden kann, war die formale Möglichkeit gegeben, die nachträglich zum Worte Gemeldeten und vor- anzustellen. Wir haben uns nie dagegen gesträubt, daß Ver- treter größerer Parteien und in der Rednerliste vorangestellt sind. Aber wenn eine solche nachträgliche Wortmeldung erfolgt in der von vornherein beabsichtigten Absicht, nicht das Wort zu nehmen, sondern nur die formale Möglichkeit zu schaffen, den Späterstehenden, vor- her Gemeldeten, das Wort abzuschneiden, dann ist das ein Ver- fahren,

**das jeder Loyalität auf das schärfste ins Gesicht schlägt.**

(Sehr wahr! links.) Das Verfahren der Konservativen, die ganz offenbar von vornherein die Absicht hatten, nicht das Wort zu er- greifen, also eine ernste Wortmeldung nicht beab- sichtigten, würde der Jurist eine Scheinerklärung nennen, die unwirksam und nichtig ist. Ein solches Ver- fahren würde, wenn es im Zivilrecht angewandt wird, einfach be- deutungslos gemacht werden durch die Bestimmung des Bürger- lichen Gesetzbuchs, wonach unstiftliche Handlungen unwirksam sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts und im Zen- trum.) Ich konstatiere vor dem Lande, daß diese Vorlage, behaftet mit dem

**Rainszeichen der Vergewaltigung**

an das Herrenhaus geht. (Wroval bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Kröcher: Für die letzten Worte rufe ich Sie zur Ordnung. (Wroval rechts.)

Abg. v. Pappenheim (L.): Wir hatten uns klar gemacht, daß in der jetzigen Situation Änderungen dieses Gesetzes nicht wün- schenswert erscheinen (Lachen links), und daß eine weitere Dis- kussion ein praktisches Resultat nicht haben werde. Wir hatten also beschlossen, in der Generaldiskussion eine kurze Erklärung ab- zugeben und bei den einzelnen Paragraphen nur dann zu sprechen, wenn in der Diskussion irgendwelche Momente vorgebracht wür- den, die der Widerlegung bedürften. Ich habe deshalb den Herren Schriftführern für die Rednerliste den Auftrag erteilt (Große Unruhe und Heiterkeit links; Rufe: Auftrag!), den Auftrag erteilt, bei jedem Paragraphen rechtzeitig die von mir beabsichtigten Herren zum Worte zu melden. Wir haben es dann vorgezogen, da in der Debatte neue Momente nicht vorgebracht wurden, auf das Wort zu verzichten. Die Behauptung, daß den Sozialdemokraten das Wort abgeschnitten sei, widerspricht den Tat- sachen. Die fünf Sozialdemokraten haben die Zeit des Hohen Hauses reichlicher in Anspruch genommen und in ganz unnötiger Weise (Unruhe bei den Sozialdemokraten), als das ganze sonstige Haus. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben äußerste Rücksicht Ihnen gegenüber geübt. (Wroval!)

Abg. Herr v. Rühlhosen (L.): Ich bestreite, daß ich mich ledig- lich zum Worte gemeldet hätte, um nachher auf das Wort zu ver- zichten. Ich wollte es von der Debatte abhängen lassen, ob ich das Wort ergriff. (Abg. Hirsch (Soz.): Es hat ja gar keine Debatte stattgefunden!) Da auch die Sozialdemokraten nichts erwünscht hatten, was der Widerlegung notwendig erschien (Jurist bei den Sozialdemokraten: Das sollte ja noch kommen!), habe ich verzichtet. Ich konstatiere hier vor dem Lande (Große Heiterkeit), daß Herr Ströbel den entscheidenden Sach bei seiner Verlesung weggelassen hat. Wahrscheinlich dachte er, wir würden die Stelle nicht nachlesen.

Abg. Ströbel (Soz.):

Daß ich den Sach weggelassen habe, der hier der entscheidendste genannt worden ist, war ein reiner Zufall. (Große Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Ich gehöre dem Hause noch nicht allzu- lange an und habe auch aus dem Grunde die Geschäftsordnung noch nicht so eingehend durchstudiert, weil ich bisher der optimisti- schen Meinung war, daß die Geschäftsordnung auch von den Herren, die von der Majorität in das Präsidium gewählt werden, mit strengster Objektivität auch uns gegenüber gehandhabt würde, so daß eine scharfe Kontrolle nicht so notwendig war. Das aber wußte ich doch, und besser als die Mehrheit und der Präsident, daß nach dem Kommentar das Wort nicht abgeschnitten werden dürfe, bevor nicht mindestens ein Redner zum Worte gekommen war. Ich entann mich darauf, holte das Buch her und las das durch. Ich habe den sehr langen Absatz nur oberflächlich lesen können, habe aber gesehen, daß diese Ausführungen mir durchaus Recht gaben.

Der ausgelassene Sach ist ja von einiger Bedeutung, aber er sagt nichts Neues, denn das hatte ich bereits angeführt, daß man nicht auf Grund einer Ausnahme allgemeine Bestimmungen treffen dürfe. Also von der Möglichkeit von Ausnahmen war bereits in dem, was ich vorgelesen habe, die Rede, und nur auf Aus- nahmsfälle bezog sich der nicht vorgelesene Sach, woran sich dann unmittelbar der nach meiner Auffassung ausschlaggebende Sach angeschlossen. Wegen des Mißbrauchs dieser Macht werde der Takt der Versammlung Schutz bieten. Ich sehe nicht ein, weshalb hier ein Anlaß zu einem Ausnahmefall vorgelegen hätte, den Vertretern der Partei, die in diesem Hause die meisten Wähler hinter sich hat — die Konservativen haben ja nur halb-soviel Wähler aufge- bracht, wie wir — (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), das Wort abzuschneiden, zumal es sich hier nicht handelt um eine Wahlreform zur Stabilisierung der Junkermacht, sondern zugunsten der Entrechteten. (Präsident v. Kröcher: Das gehört nicht mehr zur Geschäftsordnung.) Ich darf doch wohl auf die Aus- führungen des Herrn v. Pappenheim antworten. Er hat ausge- sprochen, daß wir fünf Sozialdemokraten doch wirklich genug geredet hätten. (Sehr richtig!) Ihnen wäre es gewiß recht gewesen, wenn dieser Beschluß einfach angenommen wäre, ohne daß Kritik daran geübt worden wäre, wenn das Land draußen gar nicht erfahren hätte, in welcher Weise man

**mit seinen Rechten Schindluder getrieben hat.**

Präsident v. Kröcher: Für diesen Ausdruck rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. Ströbel (fortfahrend):

Herr v. Pappenheim hat ferner ausgeführt, daß er schon vor Beginn der Debatte den Schriftführern einen Auftrag erteilt hat. Dieser Ausdruck entspricht wahrscheinlich dem Be- schluß, den Herr v. Pappenheim sonst angeschlagen pflegt.

Wenn wir Abgeordnete mit den Schriftführern zu tun haben, bitten wir sie höflich. (Sehr gut! links.) Die Beamten des Präsidiums erhalten von Ihnen nicht Aufträge, sondern sie sollen die Interessen des ganzen Hauses vertreten. (Sehr gut! links.) Im übrigen will ich konstatieren, daß, als ich mich zum § 4 zum Wort meldete, mir vom Schriftführer erklärt wurde, es sei überhaupt noch niemand gemeldet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Pappenheim, Sie müssen also Ihre Beauftragten schon noch ein bißchen besser drillen, sonst werden Ihre Aufträge nicht ausgeführt, und wir können Ihre Angaben als unrichtig bezeichnen. Ich stelle also nochmals vor dem Lande fest, daß hier tatsächlich gegenüber der Minderheit, die die Mehrheit der Wähler besitzt, eine

### Schönbe Vergeßung

geübt wurde. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Ardenner: Für den Ausdruck „schönbe Vergeßung“ rufe ich Sie zur Ordnung.

### Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Auch mir wurde, als ich mich zum Wort meldete, ausdrücklich mitgeteilt, daß zu § 8 noch niemand gemeldet war. Auch auf meine spätere ausdrückliche Anfrage bei dem Schriftführer wurde mir mitgeteilt: zu §§ 4, 8 und 8 ist außer Ihrem Parteigenossen noch niemand gemeldet. Herr v. Nitzsch hat also offenbar etwas objektiv Unwahres gesagt. Seine Ausführungen werden im Lande nur ein Hohngelächter hervorzurufen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Wenn Herr v. Pappenheim von Ausnahmefällen gesprochen hat, in denen das Haus das Bedürfnis fühle, keine Debatte stattfinden zu lassen, so ist doch die stillschweigende Voraussetzung, daß zum mindesten die größeren Parteien des Hauses sich darüber einig sind. Herr v. Pappenheim scheint zu meinen, daß schon eine große Partei oder vielleicht in Verbindung mit noch einer zweiten derart vorgehen kann. Ein solches Verfahren gegenüber einer vielleicht vorhandenen starken Minorität könnte allerdings dazu führen, die Verhandlungen in diesem hohen Hause überhaupt tot zu machen. (Sehr wahr! links.) Ich möchte also bitten, daß Herr v. Pappenheim diesen Teil seiner Ausführungen revidiert.

Schriftführer Abg. Jischer (Z.): Ich habe die Auskunft gegeben, daß keiner außer den Sozialdemokraten zum Wort gemeldet war, weil ich gehört hatte, die Herren Konservativen wollten gesitzlich werden. Das hat sich nachher als ein Irrtum herausgestellt. Lediglich hat keiner von den Herren Sozialdemokraten seine Meldung schriftlich eingereicht, wie es die Geschäftsordnung verlangt. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Nitzsch (L.): Man kann Aufträge erteilen in Höflicher und unhöflicher Form. Herr Liebknecht wird mir eine objektive Unwahrheit nicht nachweisen können, ich habe gesagt, daß ich mich zu verschiedenen Paragrafen habe zum Wort melden lassen und mir vorbehalten habe, ob ich das Wort ergreifen würde. Wenn die Sozialdemokraten Anträge gestellt hätten, hätte man nach eher Grund gehabt, ihnen das Wort zu verweigern. So aber lag gar kein Anlaß dazu vor.

Schriftführer Abg. Schulze-Pellum (L.): Ich habe Wortmeldungen der Herren Sozialdemokraten entgegengenommen, aber gleichzeitig und vorher hatten sich zu den einzelnen Paragrafen meine politischen Freunde gemeldet.

### Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Gegenüber Herrn Jischer bemerke ich, daß ich bereit war, meine Wortmeldung schriftlich niederzuschreiben und es ausdrücklich erklärt hat, das mache ich für Sie. (Hört! hört!) Nach den Ausführungen des Herrn Jischer ist es klar, da die Herren Schriftführer sicherlich nicht ohne jede Verhandlung mit den Konservativen die Streichung der Wortmeldungen vorgenommen haben, daß die Herren Konservativen von vornherein die Absicht hatten, das Mandat auszuführen, was nachher ausgeführt worden ist. Es ist ihnen wahrscheinlich der Auftrag erteilt, die Wortmeldungen zu löschen, und als dann die Sozialdemokraten sich meldeten, haben es die Herren für gut befunden, zu erklären, daß die Löschung eine irrtümliche war. Also meine Behauptung, daß vorher konservativ Wortmeldungen vorgelesen haben, halte ich aufrecht. Herr v. Nitzsch meint, er habe nur dann das Wort nehmen wollen, wenn Anlaß zu Erwiderungen vorlag. Ist er denn ein Prophet, der wissen kann, was etwa von uns gesagt worden wäre? Nachdem er inzwischen durch unsere Jurufe gemerkt hat, daß er vorher etwas Verlehtes gesagt hat, hat er sich darauf zurückgezogen, daß er Anträge von uns erwartet. Warten Sie doch unserer Leichtgläubigkeit nicht allzuviel zu. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Uns kann ja nichts erwünschter sein, als wenn Sie durch Ihre Verfahren dazu beitragen, diese Vorlage vor der gesamten anständigen Öffentlichkeit zu diskreditieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Sagan (Fortf. Sp.): Ich konstatiere, daß hier, wo es sich um eine

### brutale Anbelung der Minderheit

handelt, von den Herren vom Zentrum, die unter Windhörs, Mallinrodt und den beiden Reichensperger in der Minderheit waren, niemand das Wort ergreifen hat. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Stroffer (L.): Ich muß gestehen, daß ich nach der Vergangenheit des Herrn Müller-Sagan gar nicht gewöhnt bin, daß er für die Sozialdemokratie solche Kraftworte braucht. Die Minderheit ist hier noch niemals geknebelt worden. Die Sozialdemokraten machen nur von ihrer Redefreiheit einen Gebrauch, wie keine andere Partei, und einen oft genug ungebührlichen Gebrauch. (Bravo! rechts; Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Forst (Z.): Die Ausführungen des Herrn Müller-Sagan weise ich als Ueberhebungen zurück. Nachdem die Sozialdemokraten in der Generaldebatte sachlich nichts Neues vorgebracht hatten und nur die zum Ueberdruß gehörigen Beschimpfungen der Zentrumspartei wiederholten, (Sehr wahr! im Zentrum; Jurufe bei den Sozialdemokraten), und nachdem bei der Spezialberatung keinerlei Anträge angekündigt waren, haben meine Freunde kein sachliches Bedürfnis, die Debatte weiterzuführen.

Abg. Schulze-Pellum (L.): Ich habe die Wortmeldung des Herrn Liebknecht angenommen und habe erklärt: Ich werde Ihre Meldung so zur Kenntnis nehmen. Das geht nach meiner Meinung vollkommen. Im übrigen möchte ich konstatieren, daß von einem direkten Auftrag des Herrn v. Pappenheim an die Schriftführer überhaupt keine Rede gewesen ist. Er hat mir den Auftrag gegeben, nicht in meiner Eigenschaft als Schriftführer, sondern als Privatmann, als Abgeordneter. (Stürmische Heiterkeit links.)

Abg. Müller-Sagan (Fortf. Sp.): Herrn Stroffer erwidere ich, daß ich nicht für eine Partei gesprochen habe, sondern gegen die Anbelung der Minderheit. (Warm rechts.) Wir haben solche Anbelungsversuche auch dem Zentrum gegenüber erlebt, und ich habe nur mein lebhaftes Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Partei, die einst für die Rechte des Parlamentes eingetreten ist, bei einer Debatte, wie der heutigen, vollständig verjagt hat. (Sehr wahr! links.)

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte. Die Wahlrechtsvorlage wird in der Gesamtversammlung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freikämiger, Polen, Nationalliberalen und Freikonservativen angenommen.

Hierauf wird die zweite Lesung des Eisenbahnetats bei der allgemeinen Besprechung über die wirtschaftliche Seite des Etats fortgesetzt.

Abg. Graf Moltke (H.) tritt für eine Herabsetzung der Gütertarife ein. Es müsse ein Ausgleich gefunden werden zwischen den finanziellen Interessen des Staates und den Interessen der Landwirtschaft und Industrie an dieser Tarifermäßigung.

Eisenbahnminister v. Breitenbach betont, daß ein erheblicher

Prozentsatz der Güter heute schon zu Ausnahmetarifen befördert werde. Es werde stets vorher die Tarifkommission gehört.

Abg. Wallendorf (Z.) begrüßt es, daß bei der schlechten Konjunktur keine Arbeiterentlassungen stattgefunden haben. Eine generelle Herabsetzung der Tarife halten wir für nicht angebracht.

Abg. Maccs (natl.) hofft, daß der Minister die berechtigten Wünsche des Publikums auf Verbesserung des Personenverkehrs berücksichtigen werde. Eine Hauptaufgabe der Eisenbahnverwaltung ist die Förderung des Industrieverkehrs, Ermäßigung der Tarife schmälet die Bahneinnahmen nicht, weil sie zur Vermehrung der Transporte führt.

Minister v. Breitenbach: Gegenüber der gestrigen Anfrage des Herrn Voragmann über die Schließung des Bahnhofs Treptow am 6. März habe ich mitzuteilen, der Bahnhof Treptow ist im Umbau. Unter dem Bahnhof führt ein Tunnel hindurch, der in den Treptower Park und nach der Berliner Seite führt. Der Tunnel wurde an dem Tage geschlossen, weil man befürchtete, das Publikum werde im Gedränge das im Tunnel aufgestellte Gerüst umwerfen. Am Nachmittag war der Bahnhof geputzt voll und der Zugang zu der Abfertigungsstelle völlig gesperrt. In solchen Fällen ist es allgemein üblich, eine Absperrung vorübergehend vorzunehmen. Und so ist es auch an jenem Sonntag dreimal 5 bis 10 Minuten zur Absperrung gekommen. Daß dabei die Polizei mitgewirkt hat, ist selbstverständlich. Ein unzulässiges Eingreifen des Berliner Polizeipräsidenten hat nicht vorgelegen. Die Anordnung, daß die Ausstellung von Arbeiterzufahrten über 50 Kilometer der Genehmigung des Ministers bedarf, hat stets die Zustimmung dieses Hauses gefunden.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch, 11 Uhr. Außerdem kleinere Vorlagen.

Schluß 5 Uhr.

### An die sozialdemokratischen Ärzte und Aerztinnen des Deutschen Reiches!

Rechtschen Wünschen zufolge findet am Sonnabend, den 16. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, eine Besprechung zwischen den sozialdemokratischen Ärzten und Arbeitervertretern statt über das Thema: Reichsversicherungsordnung, Ärzte und Krankenkassen. Einleitende Referate:

1. Reichsversicherungsordnung und Krankenkasse: Albert Cohn-Berlin.
2. Reichsversicherungsordnung und Ärzte: Epstein-München.
3. Ärzte und Krankenkasse: Jadel-Berlin.

Die Reichstagsfraktion ist eingeladen. Zu dieser Besprechung lade ich alle der Partei angehörigen Kollegen hiermit ein und bitte um zahlreiches Erscheinen. Mit Parteigrüß Dr. Jadel.

Tel. IV, 3830. S. 14, Dresdener Str. 109.

### Verfammlungen.

#### Die Lohnbewegung in der Herrenkonfektion.

Am Montag fand im großen Saal des „Olym“ in der Sandberger Straße eine zahlreich besuchte Versammlung der Herrenkonfektionschneider und Schneiderinnen statt, in der Runge über den Stand der Bewegung berichtete und die Grundsätze darlegte, die für die weitere Einführung und frische Durchführung der Tarife maßgebend sein müssen. Abgeschlossen sind die Tarife bis jetzt bei 18 Firmen, die ungefähr 2000 Arbeiter beschäftigen; schon in Kraft getreten sind sie bei den Firmen E. Adam, Wender u. Gattmann, Rachel u. Lewin, S. Reichmann und Schulmeister. Bei Eisbach Nachf., Hugo Herrmann, Stern Weid. und Waldert Stier treten sie am 15. April in Kraft, und bei Cohn u. Sohn gilt der Tarif vom 1. Mai ab. Dem Abschluß nahe sind die Tarife bei Alb. Gray und Pohl u. Schmidt, wo sie am 15. April in Kraft treten sollen, ebenso bei Max Lesser und bei Kaufmann u. Co. Von der Firma Jean Popper steht die Antwort noch aus. Im übrigen sind die Tarife noch bei mehreren anderen Firmen eingereicht. Bei der Einreichung der Forderungen wird jetzt immer darauf gedrungen, daß der Tarif spätestens innerhalb vierzehn Tagen durchzusetzen und endgültig abgeschlossen sein muß. Häufig wird von den Arbeitgebern bei Tarifverhandlungen behauptet, daß sie bei den verlangten Löhnen überhaupt kein Geschäft mehr machen könnten, daß die ganze Konfektion aus Berlin verdrängt würde usw. Gleichzeitig klagen die Konfektionäre jedoch über Arbeitermangel, wünschen schließlich, daß man ihnen nur recht viel Arbeitskräfte heranschafft, und erklären sich bereit, Reisegeld und anderes zu bezahlen, wenn sie nur Leute genug erhalten. Demnach muß die Konfektion doch noch immer gewinnbringend sein. In allen Tarifen für die Herrenkonfektion Berlins ist der Ablaufstermin auf den 1. März 1913 festgesetzt. Es ist jedoch dafür gesorgt, daß jederzeit Ergänzungen und Nachträge zum Tarif durchgeführt werden können, so daß, wo in den Tarifen bestimmte Arbeitergruppen, weil sie bisher noch nicht das nötige Interesse gezeigt hatten, nicht mit einbezogen wurden, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse nachträglich regeln können. Der Schneiderverband befolgt bei der ganzen Bewegung den Grundsatz, nichts zu unternehmen, wozu er nicht von den Beteiligten selbst aufgefordert wurde, und wenn in einem Geschäft eine bestimmte Gruppe von Arbeitern oder Arbeiterinnen sich nicht um die Bewegung kümmert, so ist es ja auch bei der Verschiedenheit der Arbeit in den verschiedenen Geschäften unmöglich, für sie den Tarif zwenckspendend auszuarbeiten. — Manche Arbeitgeber haben sich dem Glauben hingeeben, daß sie von der Tarifbewegung überhaupt verschont bleiben würden, und manche glauben das jetzt noch. Der Redner ließ keinen Zweifel daran, daß auch die gegenwärtig noch nicht erfahnen Geschäfte alle zum Tarifabschluß herangezogen werden, und zwar so, daß in jedem Fall auf schleimige Erledigung gedrungen wird. Ferner machte der Redner ganz besonders darauf aufmerksam, daß auch in solchen Geschäften, wo der Tarif bereits abgeschlossen ist, Konflikte zu erwarten sind. Jetzt schon sind in mehreren dieser Geschäfte Differenzen und Konflikte über die Auslegung und Anwendung des Tarifs vorgekommen. Im Referat sowohl wie in der Diskussion wurden verschiedene solcher Fälle angeführt, die bewiesen, wie sehr es notwendig ist, daß die Arbeiter jederzeit auf dem Posten sind und daß in strittigen Punkten nicht der einzelne allein entscheidet, sondern seine Kollegen und eventuell die Kommission zu Rate zieht. Bei jeder Lohnzahlung hat der Arbeiter genau nachzurechnen, ob alles mit dem Tarif übereinstimmt, und wenn es nicht der Fall ist, sofort dafür zu sorgen, daß der Tarif voll zur Geltung kommt. Namentlich ist darauf zu achten, daß keine Verschönerungen von einer Seite in die andere stattfinden. Eine Lohnberechnung, die sich zwischen zwei Serien bewegt, ist nicht zulässig, da sonst die strikte Durchführung der Tarife unmöglich gemacht wird. Die Tarife liegen jetzt für sieben Firmen gedruckt vor und kamen in der Versammlung zur Ausgabe. Für die übrigen Firmen werden sie bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens ebenfalls gedruckt vorliegen.

Bei den Geschäften, die bis jetzt von der Tarifbewegung erfasst sind, handelt es sich hauptsächlich um die bessere Herrenkonfektion. Die Stapellkonfektion ist jedoch keineswegs von der Bewegung ausgeschlossen. Ein Tarif, der für die allgemeine Regelung der Lohnverhältnisse in der Stapellkonfektion als Grundlage dienen wird, ist bereits abgeschlossen.

bildete ein Brief, welchen der Beklagte an die Kammerfängerin Fräulein vom Scheid gerichtet und in welchem er den Kläger als einen „geborenen Verbrecher“ bezeichnet hatte.

In der Verhandlung trat Rechtsanwalt Paul Brebered als Vertreter des Beklagten einen Wahrheitsbeweis an, in welchem er unter anderem folgendes zum Vortrag brachte: Karl Ray, welcher in Hohenstein-Ernstthal im sächsischen Erzgebirge als Sohn einer Dehmann geboren ist, habe schon von Jugend auf einen starken verbrecherischen Trieb an den Tag gelegt. Wegen verschiedener Diebstähle in einem Lehrerseminar sei er das erste mal zu sechs Wochen Gefängnis bestraft worden. Bald darauf sei er wegen eines Einbruchs in einen Uhrmacherladen zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er habe sich dann mit einem Deserteur namens Kripel, der aus der Regimentskaserne 100 Taler gestohlen habe, verbunden und habe mit diesem eine Räuberbande gebildet, in der er der Oberführer war. Diese Bande sei bald der Scharren der ganzen Gegend geworden, habe Marktfrauen überfallen und zahllose Einbrüche begangen, so daß schließlich die beteiligten Städte um Absonderung von Militär baten. In dieser Ray-Jagd hätten sich unter anderem auch die Hohensteiner Feuerwehre und mehrere Turnvereine beteiligt. Der Schlafpfeifer der Rastacher Räuberbande sei eine mit Ploß und gestohlene Feinewand ausgestattete Höhle in dem Waldenburgischen Walde gewesen. Ray und Kripel seien der militärischen Mazzia damals durch folgende List entgangen. Ray zog sich eine sächsische Gefangenenaufscheruniform an, fesselte dann seinem Freunde Kripel die Hände und passierte so die Militärkette. Ray habe sich in seiner Räuberhauptmannsrolle so gefallend, daß er wiederholt, um den Leuten einen Schrecken einzujagen, auf die Wirtshausstische ganz à la Schinderhannes geschrieben habe: „Hier haben Ray und Kripel gefessen und haben Brot und Wurst gefressen. Karl Ray, Räuberhauptmann.“ — Kripel wurde seinerzeit dann erwischt und zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ray selbst wurde erst später gefaßt und erhielt nochmals vier Jahre Zuchthaus, die er bis zum Jahre 1874 in Waldheim verbüßte. Als Ray aus dem Zuchthaus herauskam, sei er auf den Gedanken gekommen, seine Verbrechererinnerungen in Form von Kolportageromanen herauszugeben; gleichzeitig habe er für den katholischen Verlag von Ruster in Augsburg fromme katholische Erzählungen geschrieben, obwohl er selbst Protestant ist. Hierdurch habe er Eingang in höhere Kreise erhalten und sei bald zum berühmten Weltreisenden geworden. So habe ihn unter anderem die sehr fromme Fürstin von Waldburg mehrmals auf ihr Schloß eingeladen und ihn in ihrem fürstlichen Wagen vom Bahnhofe abholen lassen. Später habe sich Ray sogar auf Grund einer gefälschten Urkunde den Doktorstitel beigelegt und habe es sogar fertig gebracht, zu den näheren Bekannten der Schwester des jetzigen Königs von Sachsen zu zählen. Für diese Angaben beantragte Rechtsanwalt Brebered die Plazierung der Gerichtsakten gegen Ray und die Ladung mehrerer Zeugen aus Hohenstein-Ernstthal, München und Dresden. — Der Kläger Ray erklärte: Wenn alles wahr wäre, was mir hier eben vorgeworfen worden ist, so würde ich nicht mehr leben, sondern wäre längst ein toter Mann, da dann eine Revolverkugel gut genug ist. Ich habe allerdings Strafen verbüßt, aber nicht diese, die mir hier vorgeworfen werden. Im Interesse eines Prozesses, den ich führe, will ich mich hierüber nicht äußern. Der Beklagte Lebus führte zur Charakterisierung des Klägers folgendes an: Die Redaktion des Dresdener Adreßbuches habe vor einiger Zeit bei dem Polizeipräsidenten von Dresden angefragt, ob Ray tatsächlich der Doktorstitel zustände. Der Polizeipräsident habe darauf erwidert, daß die ganze Sache Schwindel sei. Ray selbst sei ein literarischer Hochstapler und gefährlicher Verbrecher. Wenn dies selbst ein Polizeipräsident wörtlich antwortet, so habe er nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die wahre Persönlichkeit des Ray an die breitere Öffentlichkeit zu geben. Die Bücher des Klägers, welche nicht nur von der deutschen Jugend vorzulesen würden, seien die Vorläufer der jetzigen Schundliteraturhefte und der Rick Caries- und ähnlichen Geschichten. Dieser tiefgehenden Einwirkung eines solchen Mannes auf die deutsche Jugend müsse mit aller Schärfe entgegengearbeitet werden.

Nach diesen Erklärungen der Parteien zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Der Vorsitzende verkündete dann ein auf 15 M. Geldstrafe lautendes Urteil.

Rechtsanwalt Brebered protestierte energisch gegen diese Urteilsfällung, da sich der Vorsitzende offenbar in einem Irrtum befunden habe. Seine Erklärungen hätten lediglich einen Weisheitsantrag dargestellt, während er zur Sache selbst überhaupt noch nicht gesprochen habe, und er außerdem auch noch die Widerklage erheben wollte. Der Vorsitzende erklärte, daß er eine darauf hinausgehende Erklärung des Verteidigers überhört habe. Das schon gefällte Urteil wurde deshalb vom Gericht für ungültig erklärt. Rechtsanwalt Brebered führte in seinem Plaidoyer aus, daß nach Lage der Sache der Wahrheitsbeweis als völlig geführt anzusehen sei und der Beklagte, der in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, freizusprechen sei. Das Gericht schloß sich dem an und erlieferte auf Freisprechung.

### Ein Giftmordprozess

wurde zum zweitenmal am Montag vor dem Wärlitzer Schwurgericht verhandelt. Wegen Giftmordes angeklagt war der Hüttenarbeiter August Tschammer aus Braunsdorf bei Rudau. Die erste Verhandlung endete im Oktober mit der Einstellung des Verfahrens. Die Geschworenen hatten die Schuldfrage auf Verbringung von Gift verneint. Es lag demnach nur einfache Körperverletzung vor, zu der kein Strafantrag vorlag und in der Hauptverhandlung nicht gestellt wurde. Wegen der Einstellung legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht ein, welches die Angelegenheit an das Schwurgericht in Wörlitz zu erneuter Verhandlung verwies.

Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde. Die Tschammer'sche Eheleute, seit 1888 verheiratet, hatten öfters Streitigkeiten. In der Nacht vor der Mann die ganze Familie auf die Straße. Später verließen alle das Familienoberhaupt und mieteten sich anderwärts ein, nahmen später den Angeklagten aber wieder bei sich auf. Am 25. Juli entstanden zwischen den Söhnen, und dem Vater Differenzen, die dazu führten, daß dieser von seinen Söhnen verprügelt wurde. Tschammer ging fort. Bei seiner Heimkehr am Abend entnahm er einem Glase im Küchenschrank ein etwa fingergelanges Stück Arsenik. Er hatte es mit aus der Glasbütte gebracht, um in seinem Hause Katten zu vergiften. Das Arsenik legte er in einen Topf mit kaltem Kaffee, der in der Küche stand und von dem er wußte, daß dieser am nächsten Morgen aufgewärmt und von seinen Angehörigen getrunken wird. Dieser Fall trat denn auch ein, und kurz darauf erkrankte die ganze Familie. Unwohlsein, Erbrechen und Schwächezustände traten bei der Frau sehr erheblich, bei den Kindern weniger stark ein. Die als Zeugen geladenen Kinder und die Ehefrau machen von ihrem Verweigerungsrecht Gebrauch. Apotheker Ranno aus Rudau, der den vergifteten Kaffee untersucht hat, gibt an, daß die darin enthaltene Arsenikmenge wohl genügt hätte, auf alle Angehörigen tödlich zu wirken. Nur daß das Arsenik nicht ganz aufgelöst war, trug dazu bei, die Folgen schwächer einzutreten zu lassen. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage auf Giftverbringung, bejahten aber die auf lebensgefährliche Behandlung.

Der Angeklagte wurde wegen Körperverletzung mittelst einer das Leben gefährdenden Behandlung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Wegen Mordverdachts in Anbetracht der Höhe der Strafe wurde der Angeklagte in Haft genommen.

### Eingegangene Druckschriften.

Kaseln Feuerbach-Wert. 10 Hefungen mit je 8 Blatt Abbildungen in Kunstdruckausstattung. Biographische Würdigung von Dr. Hermann Ullrich. Preis 2.50 M. J. Hanfstaengl, München.

Die Kampforganisationen des Reiches. Von W. Spay. Staatsanwalt in Gießen. 8°. 5 Bogen. Preis 1.50 M. J. F. Lehmanns Verlag in München.

### Gerichts-Zeitung.

#### Ray wider Lebus.

Der Schriftsteller Karl Ray aus Dresden klagte gestern vor dem Charlottenburger Schöffengericht gegen den Redakteur Rudolf Lebus wegen Verleumdung. Gegenstand der Verleumdungsklage

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Landberger Viertel.  
(Bergstr. Nr. 401a, Teil II.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Arbeiter  
**Fritz Pionteck**  
Kochmannstr. 30  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 13. April, nach-  
mittags 2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Central-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
217/6 **Der Vorstand**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Nachruf!  
Am 8. April verstarb unser  
Mitglied, der Fuhrer  
**August Albrecht.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung hat am 11. April  
stattgefunden.  
226/18 **Der Vorstand.**

**Verband der Schneider,**  
**Schneiderinnen u. Wäsche-**  
**arbeiter Deutschl.** Filiale  
Berlin I.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern geben wir be-  
kannt, daß der Kollege  
**Bernhard Prangel**  
am 10. April im Alter von  
35 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,  
von der Halle des Hedwigs-Kirch-  
hofes in Weissen, Wörlichstraße,  
aus statt. 102/13  
Die Ortsverwaltung I.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meiner  
lieben Frau und guten Mutter  
**Anna Schönfeld**  
geb. **Leuschner**  
sage ich allen Verwandten und Be-  
samteten, Freunden und Kollegen  
meinen herzlichsten Dank. 51002  
**Wilhelm Schönfeld**  
nebst Kindern.

**Dankagung.**  
Für die herzliche Teilnahme bei der  
Beerdigung meines lieben Mannes,  
unseres guten Vaters  
**August Albrecht**  
sage ich allen Verwandten und Be-  
samteten sowie dem Zentralverband  
der Maurer, Gelangereiten der Fuhrer,  
dem Kollegen-Sparverein und Wahl-  
verein unseren herzlichsten Dank.  
Witwe Albrecht nebst Kindern.

**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-  
straße 37a (2. Haus von der  
Jerusalemstraße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große  
Frankfurt Str. 115 (2. Haus  
von der Andreasstraße).  
Sehr gr. Ausw. fort. Kleider,  
Hüte, Handschuhe, Schleier  
etc. v. einfachsten bis zum  
hochelegant. Genre. Süberst  
niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung:  
**Maßanfertigung** in  
10 bis 12 Stunden.

**Herren-Moden**  
**Teilzahlung.**  
Liefere vornehmste Herren-  
kleidung, fertig u. nach Maß.  
— Bequeme Zahlungsweise —  
monatl. 10.00, viertelj. 25.00.  
Großes Stofflager.  
**Schneiderei Goldstein**  
Yorkstr. 51, gear. 1892.

**Sohlengreiz**  
DAMIHOZ  
Gegen 25 Pfennig überall erhältlich

**Wer — Stoff — hat!**  
Herzliche Herren-Anzüge oder Paletot von  
20 R. an, feinste Futuraten auf Hochhaar,  
zwei Anproben, für guten Sitz bekam  
goldene Medaille. Bitte zum Woh-  
nehmen um Ihren Besuch, da keine  
Vertretung. Ein Versuch führt zu  
dauernder Kundenschaft.  
**Adwiga Engel, Dresdener**  
Str. 23, 11, Alexanderplatz. Begr. 1892  
Siehe auch Adressbuch I. Teil, 1910,  
Seite 552, unter E. 46/9  
**Tuchreste in Anzügen**  
**Paletots und**  
**Hosen** soottbillig! Neueste Muster!

**Verband der hantgewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin und Umgegend.  
Donnerstag, den 14. April 1910, abends 8 Uhr:  
**Außerordentliche Generalversammlung**  
in Anton Boekers Festsälen, Weberstraße 17.  
Tages-Ordnung:  
1. Die außerordentlichen Maßnahmen des Verbandstages zu der Aussperrung  
im deutschen Baugewerbe. 2. Diskussion.  
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir, daß die Mitglieder vollzählig  
erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlaß.  
29/16\* **Der Zweigvereinsvorstand.**

**Zentralverband der Maurer Deutschlands**  
Bureau: Engelufer 16, III. **Zweigverein Berlin.** Telefon: Amt IV, 4098.  
Donnerstag, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Neue Welt“,  
Gasenheide 108—114:  
**Außerordentliche General-Versammlung**  
aller zum  
**Gesamtzweigverein gehörigen Bezirke und Zahlstellen**  
der Sektionen der  
**Maurer, Putzer, Gips- und Zement-**  
**Branche, Fliesenleger,**  
**Brockofenmaurer u. Kunststeinversetzer.**  
Tagesordnung:  
1. Die bevorstehende Aussperrung im deutschen Bau-  
gewerbe und die hierzu getroffenen Maßnahmen der  
Arbeiterorganisationen.  
2. Diskussion.

**Kollegen!** Die Unternehmer haben zum Teil schon den Beschluß ihrer Organisation durch-  
geführt, in mehreren Städten sind Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter aus-  
gesperrt. Beweist darum durch vollzähliges Erscheinen, daß Ihr Euch eins fñhlt  
mit den Opfern der Aussperrung; daß Ihr Euch einig fñhlt in dem Willen, den  
von den Unternehmern hingeworfenen Gehdehandschuh aufzunehmen und deren  
Angriff abzuschlagen. 184/7\*  
**Mitgliedsbuch legitimiert.**  
Der Zweigvereinsvorstand.

**Sektion der Gips- und Zementbranche.**  
Freitag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Zwei große Mitglieder-Versammlungen.**  
**Gipsbaubranche:** Putzer, Träger und  
Nabigspanner  
im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, großer Saal.  
**Betonbaubranche:** Zementierer, Einschalor  
und Hilfsarbeiter  
bei Jannascht, Inselstraße 10.  
Tagesordnung in beiden Versammlungen:  
1. Die bevorstehende Lohnbewegung. 2. Diskussion.  
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, die Versammlung seiner Gruppe zu besuchen.  
**Mitgliedsbuch legitimiert.**  
NB. Am Sonntag, den 17. April, abends 5 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Engelufer 15,  
großer Saal, der am 27. Februar angekündigte Lichtbilder-Vortrag über: „Die vulkanischen Erscheinungen  
und ihre Ursachen“ statt. Die bereits zum 27. Februar geladten Programme haben zu diesem Vortrag Gñltig-  
keit. Programme a Person 30 Pf. inklusive Lang und noch bei den Grundbesitzern und im Bureau, Engel-  
ufer 15, zu haben. Alle Kollegen, Freunde und Bekannte sind zu diesem Vortragabend freundlichst eingeladen.  
137/5\* **Der Sektionsvorstand.**

**Verlieren Sie kein Geld** denn Sonnabend ist **Schluss** der  
**Kostüm - Woche bei Westmann**  
Mohren-Str. 37a Gr. Frankfurterstr. 115  
nahe Jerusalemstr. nahe And...  
deren Besuch jeder Dame  
dringend zu empfehlen ist  
weil Wiederholung voraussichtlich unwahrscheinlich  
**Bis 65 Prozent**  
unter regulären Kalkulationspreisen  
die schönsten vornehmsten  
**Kostüme** jeder erdenklichen Geschmacks-  
richtung in tausenden verschie-  
denen Parsonen für M. 15, 17, 20, 22, 25, 30,  
35, 40, 50, 60, 70 bis M. 220.  
**Frñhja rs- und Sommer-Mäntel**  
in Bast, Leinen, Seide, Gambia, Popeline, Gloria etc.  
in jeder Preislage.  
**Kimonos, Jacketts, Beduinen,**  
**Röcke, französ. Kleider, Blusen,**  
**Ubergangsmäntel, Backfisch Konfektion**  
teilweise auf dieselben niedrigen Preise ermäßigt  
Gratis bei Einkauf von M. 17 an  
2 1/2 Mtr. Stoff zu einem Rock  
**Trauer - Westmann** (ges.  
gesch.)  
Extra - Abteilung für fertige Trauerkleider,  
Blusen, Schl-ler, Hüte etc.



**Achtung!**  
**Krankenkassen-Angestellte.**  
Sonntag, den 17. April, mittags 12 Uhr, in den Musikersälen,  
Raiser-Wilhelm-Straße 18 m:  
**Oeffentliche Versammlung**  
aller Krankenkassen-Angestellten  
Berlins und Vororte sowie der Provinz Brandenburg.  
Tages-Ordnung:  
„Die Reichs-Versicherungsordnung.“  
Referent: Verbandsvorsitzender Giebel.  
Es ist Ehrenpflicht jedes Kollegen, zu dieser Ausdehung zu erscheinen.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungshelle Berlin. Hauptbureau:  
Col I. Amt 3, 1239. Charitestraße 3. Col III. Amt 3, 1937  
Donnerstag, den 14. April, abends 6 Uhr,  
in Altesings Gesellschaftshaus, Wassertorstr. 68:  
**Allgemeine Versammlung**  
aller in der Weißmetall-Branche beschäftigten  
Kollegen und Kolleginnen.  
Tagesordnung:  
1. „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital.“ Referent:  
Kollege **Adolf Wuschick.** 2. Diskussion. 3. Verbands- und  
Branchenangelegenheiten.  
Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen erwartet  
114/5 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
**Maschinenarbeiter.**  
Donnerstag, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche**  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
im Gewerkschaftshause, Engelufer 14, Zimmer 4 (Arbeitslosenloal).  
Tages-Ordnung:  
Die Verhandlungen mit den Präferenzbesitzern und unsere Stellung-  
nahme. — Jede Werkstatt muß vertreten sein.  
81/18 **Die Verhandlungskommission.**

**Sparen Sie nicht**  
beim Zahnen ihres Kindes an dem ärztlich  
als völlig unschädlich empfohlenen Wehninde-  
Zahn-Balsam, sonst haben Sie  
**unruhige Tage und Nächte**  
und das Kind große Schmerzen.  
**Wehninde - Zahn - Balsam**  
beruhigt und beseitigt sofort die Schmerzen.  
In tausenden Fällen bewährt. 1 Flasche M. 1.—  
Für Flaschenkinder verwende man außerdem  
**Wehninde-Kindernahrung**  
zu haben in fast allen Apotheken und besseren  
Drogerien. Ausführlichen Prospekt daselbst  
oder durch die **Fabrik chem. Spezial-**  
**itäten Adolf Kirch, Bonn, kostenlos.**

**Ozonit**  
Prof. Giessler's Patent  
**Modernistes Waschmittel**  
gibt durch halbstündiges Kochen  
**blendend weisse Wäsche**  
Garantiert frei von Chlor und  
allen schädlichen Bestandteilen  
Ein Versuch überzeugt  
Schulzmarke **Ozonit** Schulzmarke



**Würzburger Hühneraugenmittel**  
von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Picunia auf 10 Pf. Anwendung frei.  
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen  
Sansegrast.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**  
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 64. Greif-  
Apothek, Bornimstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stutt-  
gart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/8\*

Um zu **für 25 Pf.** pro  
räumen **Flund**  
**Ia. Schweine-Klein-Fleisch**  
von 30 Pfund an: enthaltend Köpfe, Schwänze, fleischige Woten, Ohren etc.,  
von inländischen Landfchweinen, amtlich untersucht; leicht gelagerte Ware.  
10 Pfund-Roll 2.50 R. Ia Gießen pr. Pfd. 50 Pf.  
Ia Schrippen pr. Pfd. 40 Pf., Ia Fleischwurst pr. 65 Pf.  
Ia Fleischwurst pr. Pfd. 1. R., Ia Cervelatwurst pr. Pfd. 1.20 R.  
212/5\* **Alb. Carstens, Altona 410.**





war dem Angeklagten nicht gelungen, mithin war sein Schicksal besiegelt.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Assessor Bloß sprach — wir haben das in den letzten Wochen zur Genüge gehört — von der Erregung der Menge, in die der Angeklagte durch den Auf: „Anselung!“ noch mehr Händstöß hineingetragen habe. Nur wegen seiner bisherigen Unbescholtenheit sei von einer Gefängnisstrafe abzusehen, aber die gegen ihn festzusetzende Geldstrafe sei in Anbetracht der Schwere der Beleidigung möglichst hoch, auf 100 M., zu bemessen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann beantragte Freisprechung. Er beleuchtete die Psychologie des Schuttmanns, der auf der Straße gegenüber einer Menschenansammlung in Hektik und Aufregung seine Wahrnehmungen macht, sie für richtig hält, danach Anzeige erstattet und dementsprechend vor Gericht aussteht. Das alles geschehe im besten Glauben, aber deshalb brauche man Schuttmannswahrnehmungen und Schuttmannsaussagen noch lange nicht für einwandfrei zu halten, ja, gerade sie seien mit Vorsicht aufzunehmen. Wollte aber das Gericht die Befundungen gegen Dinkel für zuverlässig halten und ihn verurteilen, so sei eine so hohe Strafe auf keinen Fall als angemessen zu betrachten. Als subjektiv mildernd sei doch zu berücksichtigen die erregte Stimmung, die durch das Verhalten der Polizei gegenüber dem Wahlrechtskampf in die Bevölkerung hineingetragen worden sei. Die Wahlrechtsänderung vom 10. April habe ja bewiesen, daß die Polizei auch anders könne und daß dann alles in Ruhe sich abspiele. Durch diese Wendung sei doch jetzt auch den Vorgängen, von denen die früheren Wahlrechtsänderungen begleitet waren, viel von ihrer Schärfe genommen worden.

Das Urteil lautete, der Angeklagte sei überführt durch die Befundungen des Schuttmanns, die man für durchaus glaubwürdig halten dürfe. Es sei erklärlich, daß damals die Menge sich in einer gewissen Erregung befunden habe. Diese Erregung mache es auch begreiflich, daß die Menge sich zu solchen Rufen gegen Schuttmann habe hinreißen lassen. Als mildernd müsse man berücksichtigen, daß die Erregung subjektiv entschuldigbar war. Daher seien 45 Mark Geldstrafe (eventuell 15 Tage Gefängnis) als angemessene Sühne zu erachten.

Dieses Urteils Hinweis auf die subjektive Entschuldbarkeit der Erregung steht sehr bemerkenswert ab von dem, was wir in den bisherigen Prozessen dieser Art in Urteilsbegründungen zu hören bekamen. Werden in der Tat endlich auch die Gerichte einsehen, wer den „Händstöß“ in die Massen trug?

### Generalversammlung des Kreises Niederbarnim.

Die am Sonnabend, den 9. März, im lokale des Herrn Sittwarz in Lichtenberg abgehaltene Generalversammlung des Kreises Niederbarnim beschloß sich zunächst mit der Wahl der Delegierten zum internationalen Kongress in Kopenhagen. Gewählt wurden die Genossen Stadthagen und Brühl. Die weiteren Verhandlungen betrafen einen vom Kreisvorsitzenden unterbreiteten Antrag auf Einführung eines Extrabeitrages, dessen Ertrag der Förderung der Landagitation dienen sollte. Hierzu lag ein Antrag von Friedrichshagen vor, der die Entscheidung der prinzipiellen Frage durch eine Urabstimmung herbeigeführt wissen wollte. Ein Antrag vom Bezirk Tegel forderte namentliche Abstimmung über diesen Punkt. In der Begründung des Antrages wies Genosse Richter auf die wachsenden Ausgaben für die Landagitation hin. Enorme Kosten verurteilten die Gemeinderatswahlen; die Zahl der Bezirke, die Zusätzliche verlangten, sei in Zunahme begriffen. Die Partei dürfe in ihren Kämpfen nicht allzu weit hinter den Leistungen der Schachmacher und Reaktionen zurückbleiben, wenn sie sich vor unangenehmen Ueberraschungen schützen wolle. In der Beitragszahlung ständen die Berliner Genossen durchaus nicht an erster Stelle, vielfach werde, und zwar auch durch Leistung von Extrabeiträgen, viel mehr gezahlt, als hier. Die Bedenken, daß eine Beitrags-erhöhung die Werbestraft abschwächen könnte, seien durch die Praxis längst als unhaltbar erwiesen. Eine Abstimmung in den einzelnen Bezirken habe übrigens schon das erfreuliche Resultat gezeitigt, daß zehn vier Fünftel der Mitgliedskassen sich für die Einführung eines Extrabeitrages ausgesprochen hätten. In der nachfolgenden, lebhaften Diskussion sprachen die Genossen Köhler-Friedrichshagen, Waack-Tegel, Rämig-Mahldorf und Wesel-Stralau gegen den Antrag des Kreisvorsitzenden. Teils wurde begründend ausgeführt, daß die augenblicklichen Verhältnisse der Durchführung des Planes nicht günstig seien; andere Redner erklärten ihre Segnerchaft mit dem Hinweis auf die geschaffene Zentralorganisation und der darauf ersulterenden Verwirklichung Groß-Berlins, die Kosten für die Landagitation zu decken. Es müsse abgelehnt werden, die Genossen in einem der angeschlossenen Kreise zu Extrabeiträgen heranzuziehen. Die Beschlüsse des Antrages, Reimer-Panlow, Spickermann und Schweiß-Lichtenberg, Riebergang-Ober-Schönheide und Schwenk-Friedrichshagen hoben hervor, daß man die Verpflichtungen Groß-Berlins gegenüber der Gesamtpartei nicht vergessen dürfe, zudem habe der Kreis bisher es sich zur Ehre angerechnet, zu Agitationszwecken nicht aus dem großen Topfe gespeist zu werden. Seit Einführung des Sekretariats im Wahlkreis habe sich der Agitations- und Organisationsaufwand schon erheblich erweitert. In manchem Ort, der früher für unsere Werbestraft noch fast vollständig brach gelegen, habe man nun erfreulichen Erfolg versprechende Beziehungen angeknüpft. Die Früchte der ausgedehnteren Agitation seien ja auch bereits bei der letzten Gemeindevahl in die Erscheinung getreten. Nun heiße es: nicht stehen bleiben, sondern immer noch weiter vormalstretzen! Für den Antrag Friedrichshagen, betreffend Urabstimmung, erklärte sich eine nur schwache Minorität. Bei der sodann vorgenommenen namentlichen Abstimmung über einen Antrag Lichtenberg, einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Monat zu erheben, votierten von rund 100 abgeordneten Stimmen nur 17 gegen den Antrag, der übrigens für die Kreisliste auch die Verpflichtung festlegt, daß diese alle für die Landagitation erforderlichen Aufwendungen zu tragen habe. Sodann gab Genosse Richter noch bekannt, daß im Verfolge eines schiedsgerichtlichen Verfahrens dem Genossen Reimer-Nieder-Schönbaun eine Klage erteilt worden und gegen den Genossen Schewow-Tegel auf Ausschluß aus der Partei erkannt worden sei. Die Untersuchung in der Sache Eilhold-Pohlen-Reuendorf habe ergeben, daß es sich um eine gewerkschaftliche Angelegenheit handele. Ein von Lichtenberg gestellter Antrag, beim Parteivorstand ein Schiedsgericht gegen den Genossen Otto Riebergang zu beantragen, fand die Zustimmung der Generalversammlung, deren Arbeiten damit erledigt waren.

### Zehnter Verbandstag des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands.

Der Zentralverband der Dachdecker Deutschlands hält vom 11. bis 14. April seine Generalversammlung in Dresden ab. Auf der Tagesordnung stehen außer den Berichten der Verbandsektion und Fragen der Organisation und Agitation die Punkte: Lohnbewegungen und Tarifverträge, Reichsversicherungsordnung und die Verschmelzung mit den übrigen Bauarbeitern. In dem gedruckten Geschäftsbericht hebt der Zentralvorstand hervor, daß durch die wirtschaftliche Krise auch der Dachdeckerberuf schwer getroffen wurde. Derselbe hat an sich schon, infolge seines Saisoncharakters, im Winter und Frühjahr mit regelmäßigen Perioden der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Sie nahm aber infolge

der Wirtschaftskrise in den Jahren 1908/09 einen Umfang an, wie es der Beruf seit Jahrzehnten nicht erlebt hatte: 10, 15, 20 und mehr Wochen Arbeitslosigkeit waren für manchen Kollegen keine Seltenheit. Als der Verband im Januar 1909 eine Arbeitslosenliste aufnahm, befanden sich von 8239 befragten Kollegen 1545 (49 Prozent) außer Arbeit. Natürlich hatten unter diesem Niedergang nicht nur die einzelnen, sondern auch die Organisation zu leiden. Die Mitgliederzahl sank von 6884 im Jahre 1907 bis zum 1. Quartal 1909 auf 5426 hinunter; von da ab bis zum 3. Quartal 1909 stieg sie erfreulicherweise wieder bis auf 6131 hinauf. In finanzieller Beziehung hat der Verband eine Verbesserung erreicht. Die Kassenkasse verzeichnete in den beiden Berichtsjahren 1908/09 M., die Ausgaben betragen 141 138 M., der Kassenbestand 51 234 M. Streiks und Aussperrungen kosteten dem Verband 44 549 M., Reisen und Umzugsunterstützung 12 251 M., an Sterbenerstattung zahlte er 6367 M. Bezeichnend ist, daß von den 67 verstorbenen Kollegen 23, also mehr als ein Drittel, den Tod durch Unglücksfälle im Beruf fanden! Die Unfallgefahr ist im Dachdeckerberufe erschreckend hoch. Der Vorstand ermittelte in den zwei letzten Jahren 230 Unfälle, von denen 69 mit dem Tode für die Betroffenen endeten. Das sind große Beweise für die Mangelhaftigkeit des Bauarbeiterschuhs und die Gemüthslosigkeit, mit der am Leben der Dachdecker gespart wird.

Seit dem 1. Juli 1909 zahlte der Verband auch Krankenunterstützung. Die Unterstützungssumme stellte sich in den folgenden drei Monaten auf 1306 M.

Es entwickelten sich trotz der ungünstigen Wirtschaftslage eine ganze Menge Lohnbewegungen, darunter 14 Angriffsstreiks, 13 Abwehrstreiks und 10 Aussperrungen, mit im ganzen 829 Streiktagen. Ohne Arbeitseinstellung, durch Verhandlungen, wurden 87 Bewegungen beendet mit 2119 Beteiligten. Der Erfolg dieser Bewegungen betrug für 538 Kollegen pro Woche 1035 Stunden Arbeitsüberfüllung, für 2614 Kollegen pro Woche 4651 M. Lohnerhöhung. In 51 Fällen wurde ein korporativer Arbeitsvertrag abgeschlossen, an denen 2770 Kollegen partizipierten. Für Westfalen und einige Orte des Rheinlandes besteht ein einheitlicher Bezirkstarif.

Der Verbandstag wird auch wieder über die Verschmelzung mit den übrigen Bauarbeitern beschließen, eine Frage, die durch die Vereinigung der beiden großen Bauarbeiterorganisationen und den im Baugewerbe drohenden Kampf aktueller wie je zuvor geworden ist.

Der Verbandstag tagt im Dresdener Volkshaus. Es nehmen an ihm 16 Delegierte, 10 Vertreter der Gewerkschaften und die Vertreter vom Zentralvorstand, Redaktion und Ausschuß teil. Von der Generalkommission ist Genosse Kude anwesend. Der gedruckte Geschäftsbericht wurde am ersten Verhandlungstage durch den Vorsitzenden und den Kassierer mündlich ergänzt. Zum Punkt:

#### Fachorgan

Liegen eine Anzahl Anträge vor, von denen einer verlangt, daß das Fachorgan wieder alle 14 Tage erscheinen soll. Andere Anträge verlangen bessere Ausgestaltung der Zeitung, Wegfall der Annoncen aus Abzahlungsgeschäften und über Stellenangebote.

Der Redakteur, Genosse Hoch, vertritt den Standpunkt, daß das achtbändige Erscheinen der Zeitung, das in Mannheim gegen eine starke Minorität, mit 18 gegen 10 Stimmen, beschlossen wurde, ein entliegender Fortschritt sei. Er legte dann die Grundzüge dar, unter denen er die Redaktion führe.

Als erster Redner in der Diskussion erklärte Diehl im Namen des Vorstandes, daß die Annoncen von Abzahlungsgeschäften in Zukunft aus dem Fachorgan fortzuleben würden, die Arbeitsangebote hält der Vorstand jedoch für zulässig zur Aufnahme. Wenn es sich um die Aufnahme der Annoncen von Abzahlungsgeschäften handelt, so wird, daß der Verband bisher die Kurse der Generalkommission übersehen habe. Er wünscht, daß jährlich mindestens zwei Kollegen dorthin geschickt werden.

Während der Diskussion geht ein diesbezüglicher Antrag ein, der die notwendige Unterstützung findet. Erörtert wird auch die Leipziger Abspaltung.

Ein Antrag, der Vorstand solle von neuem nach Leipzig fahren und wieder Einigungsverhandlungen anzuknüpfen versuchen, findet genügende Unterstützung.

Die weitere sehr lange Kritik richtet sich gegen Vorstandsbeschlüsse, wodurch einzelnen Mitgliedern Kranken- bezw. Nachregelungsunterstützung aberkannt wurde.

Die Kritik am Fachorgan beschränkt sich vornehmlich auf Abzug an Versammlungsberichten.

Ein Antrag, einen Beschluß des Vorstandes auf Verweigerung von Gemahregelungsunterstützung zu inhibieren, über den man sehr lebhaft diskutiert hatte (Holl Wächter-Berlin), wird mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Ebenfalls abgelehnt, bezw. durch die Ansprache als erledigt betrachtet werden alle zum Punkt: Fachorgan gestellten Anträge.

Die Anträge, Gewerkschaftskursus und Leipziger Angelegenheit betreffend, werden zurückgestellt.

Die Verhandlungen werden auf Dienstag vertagt.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Handelskammer zu Berlin

versendet den zweiten Teil ihres Jahresberichtes für 1909. Nachdem der zu Ende Dezember erscheinende erste Teil einen vorläufigen Ueberblick über das Wirtschaftsjahr sowie einen Rechenschaftsbericht der Handelskammer über ihre Tätigkeit gebracht hatte, enthält der nun erscheinende zweite Teil nach einer kurzen, auf wirtschaftsstatistische Zahlen gestützten Einleitung als Hauptteil die Berichte über die einzelnen in Berlin sich betätigenden Geschäftszweige, deren Schilderung bei der wirtschaftlichen Bedeutung Berlins zugleich Anhaltspunkte für den Wirtschaftsgang in ganz Deutschland bietet. Angehängt sind statistische Nachweisungen über den Eisenbahn- und Schiffsverkehr von Groß-Berlin, ferner die den Behörden erstatteten Gutachten über Handelsgebäude sowie endlich Personalverzeichnisse der Mitglieder und Beamten der Handelskammer, der ihr unterstellten Organisationen und der von ihr angeführten Sachverständigen usw.

Ein allgemeines Urteil über die nächste Entwicklung enthält der Bericht über den Kohlenmarkt. Es heißt da:

Die noch schwache Verfassung des Kohlengeschäftes während eines Zeitabschnittes langsam aufstrebender Konjunktur läßt trotz dieses anscheinenden Widerspruches unseren vorjährigen Hinweis auf die Bedeutung der Entwicklung der Kohlenindustrie als Gradmesser für den Verlauf des Wirtschaftslebens gerechtfertigt erscheinen. Denn eben die gegenwärtig noch verhältnismäßig ungünstige Lage des Kohlenmarktes lehrt warnend, daß die Nachwirkungen einer geschwächten Wirtschaftslage bei weitem nicht so leicht verwunden werden können, wie es nach einzelnen Symptomen der Wiederbelebung und insbesondere nach der meistens vom Börsemarkt der Industriepapiere ausgehenden Signalisierung einer flotten Aufwärtsbewegung, gern allgemein vermutet wird. Die materielle Lage der Kohlen- und Eisenindustrie deutete während des größten Teiles des Berichtsjahres darauf hin, daß der Erholungsprozess, in welchem unser Wirtschaftskörper nach Ueberdauern der Krise von 1907/08 sich allen sonstigen Anzeichen nach befindet, immer noch nicht abgeschlossen ist, und diese Erwägung mahnt den Ueberzeugungen ab und redet einer langsamen, aber nun so überlegenen Weiterentwicklung unserer nationalen Produktion das Wort. Sie beweist, daß die Aufnahmefähigkeit des heimischen und des Weltmarktes noch nicht wieder in solchem Maße erfaßt ist, daß sie unsere Produktionsfähigkeit im Ausmaß der vorausgegangenen guten Jahre zu beschäftigen vermag.

Man muß bis zum Februartage 1901/02 zurückgehen, um eine ähnliche Abflauung des Kohlenmarktes anzudeuten, wie sie das Berichtsjahr zeitigte. blieb der Kohlenbedarf im Durchschnitt jener beiden Jahre gegen den Verbrauch von 1900, trotz der natürlichen Steigerungsfaktoren, noch um einen kleinen Bruchteil zurück, so ist für 1909 zwar nicht geradezu ein Rückgang zu besorgen, aber Förderung und Verbrauch lassen vollständig jenen gewissermaßen geschwächten Fortschritt vermissen, der in der vermehrten Gewerbetätigkeit der wachsenden Bevölkerung begründet ist.

#### Sinnlos!

Wir berichteten über den vergeblichen Versuch Sinnos, die Feste Kaiser Friedrich der Deutsch-Lugensburger Bergwerks-Gesellschaft anzukleben. Der Festschlag veranlaßte die Verwaltung von Kaiser Friedrich, die für die Angliederung sich engagiert hat, eine eigenartige Provis einzuführen, die doch ans Ziel führen soll. Um die widerstrebenden Auenbesitzer gefügig zu machen, werden nun von ihnen Juburken eingefordert. Statt daß die Gewerke also eine Ausbente bekommen, sollen sie noch weiter zuzahlen. Das wird vielen von ihnen, denen der von Lugensburger gebotene Preis zu niedrig war, nicht gefallen, und sie werden versuchen, ihren Augenblick so schnell als möglich loszuwerden. Die Verwaltung hofft, dann unter der Hand ihren Besitz so vergrößern zu können, so daß sie schließlich doch die erforderliche Majorität erhält.

Wieder ein Minister a. D. — Industriekapitän. Der Aufsichtsrat der Fellen u. Guillaume-Sabmerwerke hat beschlossen, den bisherigen hessischen Finanzminister Dr. Gnauch zum Generaldirektor der Gesellschaft zu ernennen. Gnauch wird seine Tätigkeit am 15. Mai beginnen und in Wiesbaden am Rhein wohnen, wo künftig die Verwaltung des Gesamtunternehmens vereinigt sein wird.

Steigerung des Welthandels. Die jetzt veröffentlichten Aufweise über den britischen Handel im März 1910 geben ein Bild von der Zunahme, die im abgelauten Monat der Welthandel erfahren hat. Die höchste Steigerung hat der Import erfahren. Denn im März war er gegen den entsprechenden Vorjahresmonat um 12 Proz. und im ersten Quartal um etwa 8 Proz. Prozent gegen das Vorjahr höher. Der letzte Monat hat also noch eine sehr starke Zunahme der Einfuhr nach Großbritannien gebracht. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß es in erster Linie industrielle Rohstoffe und Lebensmittel gewesen sind, die der Engländer mehr als im Vorjahre gebraucht hat. Die starke Erhöhung der Preise für viele Rohmaterialien hat die Verbraucher veranlaßt, sich für eine längere Zeit zu versorgen. Dabei darf aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß der englische Außenhandel nach dem Werte, nicht nach dem Gewichte ermittelt wird, und daß es daher sehr leicht möglich ist, daß die Gewichtszunahme nicht so bedeutend ist, wie es nach der allgemeinen Wertangabe scheinen möchte. Die Ausfuhr ist im Verhältnis nicht so stark gestiegen, wie die Einfuhr. Denn im März zeigt sie nur eine Erhöhung von etwa 8 Proz., während für das erste Quartal eine solche von 18 Proz. ausgewiesen wird. Diefür liegt der Grund in der verminderten Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse.

Abnahme des Viehantriebs. Nachdem es einige Monate lang den Anschein hatte, als ob sich das Angebot von Schlachtvieh wieder etwas erholen wolle, ist im Monat März schon wieder von neuem ein Rückgang eingetreten. Berechnen wir das Angebot von Schlachtvieh in der Weise, daß von der Menge des in 40 deutschen Städten an den Markt gebrachten Viehes die Menge des nach einem der 40 Orte wieder ausgeführten Viehes abgezogen wird, so erhalten wir für die ersten drei Monate dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahre folgendes Bild. Das Angebot an 40 deutschen Schlachtmärkten betrug unter Umrechnung der Stückzahl der einzelnen Vieharten in Gewichtsmengen

Monat	1909	1910
Januar	66 044	70 802
Februar	61 710	63 520
März	70 450	69 209

Nachdem also im Januar eine Zunahme des Angebots um 4800 Tonne, im Februar eine solche um 1800 Tonne zu konstatieren war, ist im März eine Abnahme um 1200 Tonne gegenüber dem Vorjahre eingetreten. Geringer als im vorigen Jahre war im März das Angebot von Rindern und Schafen, während bei Kälbern und Schafen eine kleine Zunahme sich ergibt. An Rindern wurden dieses Jahr im März insgesamt nur 106 451 Stück aufgetrieben gegen 112 770 Stück im März 1909. Der Antriebs von Schweinen stellte sich auf 434 220 Stück, während er im März vorigen Jahres 442 864 Stück betragen hatte.

Der Siegeszug der Elektrizität. Bei dem großen Anteil der deutschen Elektrizitätsindustrie am Weltmarkt mit elektrotechnischen Erzeugnissen bietet die Ausfuhrstatistik Deutschlands einen ziemlich guten Gradmesser für die fortschreitende Elektrifizierung der Welt. Schon während des Jahres 1909 lag im Vergleich zum Vorjahre der Absatz deutscher Kabel auf dem Weltmarkt der Menge nach von 10 168 auf 16 125 Doppelzentner und dem Werte nach von 1,68 auf 2,66 Millionen Mark. Die Ausfuhr im Februar zeigte infolgedessen eine bedeutend stärkere Vermehrung von 11 497 auf 47 935 Doppelzentner oder von 1,00 auf 7,91 Millionen Mark. Demnach stellt sich die diesjährige Februaranfuhre um 26 270 Doppelzentner oder rund 120 Proz. höher als die Gesamtanfuhre im Januar und Februar des Vorjahres. Der Vergleich der Gesamtanfuhre in den ersten beiden Jahresmonaten ergibt eine Zunahme der Ausfuhr elektrischer Kabelleistungen von 21 665 auf 64 663 Doppelzentner oder auf fast das Dreifache. Der Wert der Ausfuhr hat von 3,55 auf 10,57 oder um 6,99 Millionen Mark zugenommen.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Marktbasen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktbasen. Markttag: Freitag; Zustand: genügend, Geschäft: lebhaft, Preise: unbeeinträchtigt. Wild: Anfuhr sehr gering, Geschäft: still, Preise: fest. Hühner: Anfuhr: knapp, Geschäft: lebhaft, Preise: gut. Gänse: Anfuhr: mäßig, jedoch für den Bedarf ausreichend, Geschäft: ruhig, Preise: wenig verändert. Enten und Kälber: Geschäft: ruhig, Preise: unbeeinträchtigt. Gemäse, Ochsen und Schafstämme: Anfuhr: genügend, Geschäft: etwas reger, Preise: mehrfach verändert.

### Orts-Krankenkasse der Uhrmacher Berlin.

### Die ordentliche General-Versammlung

findet Mittwoch, den 27. April cr., abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Schulthei, Neue Kalochstr. 24 statt.

#### Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht. 16425
  2. Bericht der Revisoren.
  3. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern (Wahlnehmer).
  4. Verschiedenes.
- Hierzu werden die Herren Delegierten eingeladen.

#### Der Vorstand.

G. Laich, Vorsitzender. Weiter geben bekannt, daß die in der Generalversammlung vom 9. November 1909 beschlossene veränderte Festsellung des durchschnittlichen Lohnes, sowie die Festlegung der Beiträge, letzteres des Bezirksauschusses vom 22. März 1910 genehmigt sind. Der Vorstand.

Große Firma verlegt durch Beinhaltung Bett- und Ledermöbel, Decken jeder Art, Portieren, Teppiche, Gardinen und Stores. Ohne Einstellung, bei kleinen Raten, keine Kasse.

Zufchriften unter U. W. 100, „Barmarkt“-Expedition, Auguststr. 50.

## Möbel

In jeder Preislage. Verkauf im Fabrikgebäude, kein Laden. 45742

Thomas, Tischler, Bernauer, Dierant der Konsumgenossenschaft.

### W. Hermann Müller, Berlin, Magazinstr. 14.

Geschätzte Java-Einlage a 100 M. 1.15 verzollt, fertig zum Bearbeiten. Geschätzte Brasil-Einlage a 100 M. 1.20 verzollt, gute Qualität.



Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 108 a.

**Möbel-Gelegenheitskäufe!**  
Wirtschaften aller Preislagen  
Willy Hennemanns Möbel-Haus  
Grünwaldstr. 27

Möbel-Kaufhaus Norden, Mühlstr. 131.  
Möbel-Kaufh. „Süden“, Kottb. Damm 12.

**Möbel Krause Möbel**  
Kastanien-Allee 40.

Teilzahlung gestattet  
**Möbel-Rosien**, Kastanien-  
Allee 57.

Möblus, Rudolph, Ackerstr. 130.  
Nagott, Rl., Richardplatz 8, Alt. Neu.  
Neumann, M., Oranienstr. 209.  
Vorw.-Lesern 2/2.

**J. Ostrowski jr.**  
Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor  
Möbel Sympol Polsterwaren  
reges Bar-u. Teilzahlung.

Neukirch, Gebr., Langestr. 8.  
Stralauerstr. 22.  
Am Molkenmarkt.

Herm Podehl, N. Lychener Str. 1  
E. Danziger Str.  
Prüsing, Ludw., Gartenstr. 23.  
Ketschke, A., Buttmanstr. 30  
Gelegenheitskäufe, kompl. Einr. v. 140 M. an.

C. Reiter Nachf., Veteraniinstr. 21.  
Röttig, Fr. M., Fonnstr. 44.

Gustav Richter, Möbel-Fabrik  
Kastanien-Allee 26.  
Köpenick, Grünauer Str. 8.  
O. Schöne wald, Wilhelmshofstr. 20

Schmidt, Otto, Möbelfabrik, Gartenstr. 62.  
Herm. Schulz, Waldenser Str. 12.  
Rob. Schulz, Prenzlauer Allee 21.

Stobeky W., Guelienaustraße 18,  
sig. Tischlerei u. Tapezierwerkstatt.  
Stargard, O., Neue Königstr. 23.  
Gölg.-Käufe g. Bar-u. Teilzahl.

C. F. A. Süßler & Co., Potsdamer Str. 77, Goltzstr. 40a.  
Stoye, Bernh., N. 20, Prinzen-Allee 63.  
Uhr, Johannes, Grünhaldenstr. 65.  
Wendland, Ernst, Swinemünder Straße 121.  
Möbelfabrik - Bar-u. Teilzahlung.

Werthers, Getzowstr. 27.  
Witt, N., Wilhelmshofenerstr. 54.  
Gr. Frkf. Str. 45/46.  
Misch, Wilh., auch Teilzahlung.  
Zieren, Ernst, NW, Oldenburgstr. 47

**Möbelerien**

**„Schweizerhof“**, Meierel und Möbelerien, Hofert  
Vollständig u. Kindermöbel z. jed. Tageszeit  
frei Haus zu d. üblich. Preisen.  
Zirka 100 Verkaufswagen.

**Musikinstrumente**

Braun, Emil, Musikhaus „Ester“  
Bozhang. Str. 2.  
Grünow, A., Frankfurter Allee 150.  
Hirt, Rich., Brunnenstr. 45.  
Pfeiffers Musikh., Kottb. Damm 99.  
Schötko, Otto, Rl., Richardstr. 113.  
Scholz, Paul, Frkf. Allee 73 b.

Schulz, Pietschmann & Co., Strassstr. 26.  
**Schweizer Musikhaus**  
N. 53 Stargarder Str. 67.

**Nähmaschinen**

Bellmann, E., Gollnowstr. 36.  
Göhre, R., Rl., Berlinerstr. 29 I.  
Ed. Bruda, Alle Systeme; Teilzahlung.  
Linauer, Vertr. Wilke, Rl., Berlinerstr. 84.  
Hermannstr. 59/60.

**Pfaff-Nähmaschinen**  
G. Wendt, Wilmanns. St. 33

**Phoenix-Nähmaschinen**  
die besten der Gegenwart  
kauft man - auch auf Abzahlung  
W., Kronenstr. 57.  
N., Danzigerstr. 78.  
N., Swinemünderstr. 87.  
N., Bellermannstr. 64.  
O., Frankfurter Allee 146.  
O., Tilsiterstr. 77.  
O., Boxhagenerstr. 187B.  
SO., Reichenbergerstr. 134.

**Optiker**

Bass, Paul, N. Müllerstr. 174.  
Hochstim, O., Rl., Berlinerstr. 22.  
Schubert, Carl, Rl., Bergstr. 143.  
Werner, Herm., Pappel-Allee 3-4.

**Papier- u. Schreibwaren**

Seidler, Louis, Rl., Bergstr. 42.  
Vogt, Wilh., Skallitzerstr. 78.

**Putz- u. Modewaren**

Bless, Paul, Rl., Hermannstr. 141  
am Bahnhof.  
Graff & Heyn, Wilmersdorfer  
Straße 118/119.

Haase, M., Spezialität: Putz.  
Hannach, Geschw., Bergstr. 22.  
Hirsch, S., Brückenstr. 6b. Ver-  
kauf Fabrikpreisen.  
Klar, H., Reichenb. Str. 129. Sess. Putz.

**Kaufhaus f. Damenputz**

**Adolf Cohn jr.**  
Gr. Frankf.-Str. 114, part. u. I. Etage.

**Modehaus**

**Wilhelm Metzner**  
Große Frankfurterstraße 92  
Spezialhaus für Damenhüte.  
Sebeck, F., Spandau, Potsdamerstr. 28.  
Weiß, Emma, Rixdorf, Bergstr. 123.

**Restorhandlungen**

Doleschal, H., Koloniestr. 150 a.  
Neumann, G., Grenadierstr. 43.  
Schreiber, Berth., Neue Königstr. 33.

**Schirme u. Stöcke**

Graff & Heyn, Wilmersdorfer  
Straße 118/119.  
Niedner, Osk., Reunenstr. 112.  
Schlesinger, Reichenb. Str. 43.  
Scholz, Osw., Rl., Bergstr. 141.

**Schuhwaren**

Bartel, E., Adalbertstr. 19.  
Baruch, S., Goltzstr. 41.  
Behnke, Marienburgerstr. 11. Lf. Kons.  
H. Bekiers, Mirbachstr. 64., Lieferant  
d. Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.  
Bornschein, H., Bergstr. 123.  
Cozrad, Paul, Frankf. Allee 171.  
Ed. Drechsler, Havelbergerstr. 21.  
Fläse, B., Müllerstr. 163 a. Lieferant d.  
Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.  
Fiebig, C., Winterfeldplatz  
Fleer, Friedr., Sparr-Str. 17.  
Formanowitz, E., Yorkstr. 53 am Bhf.  
Graff & Heyn, Wilmersdorfer  
Straße 118/119.  
Otto Gulard, Swinemünderstr. 36.

**Hannes, Gust.**, Weddingpl. 1.  
Tempelhof,  
Berlinerstr. 110.  
Reinhold Johann, Petersburgerstr. 25.  
Hering, C., Petersburgerstr. 25.  
O. Hoffmann, Charl., Danckelmannstr. 23.  
Horloza, Grunewaldstr. 3, Franzosisch 14.  
Hulse, Heinz, Redstr. 17. Lieferant  
der Komms.-Genossensch.

Hübner, C., Rosenhaldenstr. 13.  
Janke, Hermann, Holzmarktstr. 60.  
Janke, F., Stralauer-Allee 17 a.  
Herm. Jentsch, Charl., Rosinenstr. 2.  
H. Jotzloff, Badstr. 54.

**Kaufhaus f. Schuhwaren** Fean-  
Str. 60.  
St. Klara, Charl., Danckelmannstr. 22.  
Brunnenstr. 179.  
Klein, A., Gr. Frankf. Str. 141.  
G. Kramer, Wilm., Berlinerstr. 131.  
Kuhn, Rich., Frankf. Allee 118 a.  
J. Lowy, Schöneb., Hauptstr. 143.  
Lücke, Herm., Waldemarstr. 62.  
Rich. Maeder, Charl., Berlinerstr. 120.  
Mausch, Otto, Rixdorf, 14. 9., Babst  
Miehling, A., Weidenweg 20.

Paul Mille, Stromstr. 33.  
C. Neumann, Falkensteinstr. 27.  
Potsdamerstr. 46.  
Maassenstrasse 14.

**Feinstah**  
Oderwaki, F., Kottbuserdamm 102.  
Oesterling, O., Grüner Weg 107.  
Pfundel, Petersburgerstr. 27.  
Petersohn, Osk., Müllerstr. 153.

**Räsener, Gelegenheitskäufe**  
Brunnenstr. 29.  
Sualhelm, F., Rl., Hermannstr. 66.  
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.  
Hermannstr. 52.  
Kottbuserdamm 60.

**Schuhhaus Böhm**  
Rosenh.-Str. 65.  
Reich. Allee 124 a.  
Rixdorf, Bergstr. 44.  
Schuhh. Max Rob., Bellealliancestr. 38.  
Schuhwarenhaus des Westens,  
York-  
straße 46

Schüler, Wilh., N. Schönb. Allee 83.  
Sommer, Wilh., N. Schönb. Allee 83.  
Tauscher, E., Weißens., Königstr. 51b.  
Thewald, W., Mühlwäldstr. 28. Lf. Kons.  
Tornow, Franz, Tagel, Berlinerstr. 1a.  
Wegner, R., Rixdorf.  
Winter, H., Schönbauer Allee 91.  
Zastrow, E., Rl., Berlinerstr. 71/72.

Stoll, Marie Leander, Brunnenstr. 127.  
**Schuhwarenhaus „Hannes“**  
Gr. Frankf. Str. 117, a. d. Andreasstr.

**John, A.** Memelerstr. 48 a.  
Annenstr. 12.  
Alle Haushaltungsartikel.

**Hugo Jonke**, Seifen eig. Erzeug.,  
Salon-Petrol., Brennspirit., Putzw.,  
Löffel, Holz, W. Holz, Ass.-Allee 6, Lf. 11/14/16.  
R. Semrau, Wrangelstr. 118,  
Pücklerstr. 26, Eisenbahnstr. 26.

**Teppiche u. Gardinen**  
Frankenstein & Co., Rl., Bergstr. 140.  
Graff & Heyn, Wilmersdorfer  
Straße 118/119.  
Mauerhoff, M., Gr. Frankf. Str. 9, pt.

**Trauer-Magazin**  
**Westmann**  
Mohrenstr. 37 a, Gr. Frankf. Str. 113.

**Uhren u. Goldwaren**  
**Abel** Goltzstr. 59,  
am Winterfeldplatz.  
Arit, Herm., Manteuffelstr. 114.  
J. Behrendt, Wrangelstr. 52.  
Otto Brauer, Müllerstr. 164.  
Brise, Ernst, Rl., Berlinerstr. 61.  
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.  
David, Max, Brunnenstr. 43.  
Ebert, Otto, Huttenstraße  
Nr. 67.  
Ellinghausen, Gebr., Grünerweg 46.  
Fubius, Max, SO 35, Wienerstr. 25.  
Fliegenschmidt, M., Bergmannstr. 9.  
Frisse, Konrad, Müllerstr. 4.  
J. Gebhardt, Charlottenburg,  
Berlinerstr. 124.

George, Adolph, Badstr. 53.  
Chr. Gegner, Nettelbeckplatz.  
Goericke, C., Pücklerstr. 24.  
Gromades, P., Andreasstr. 29.  
Ernst Henke, Brunnenstr. 88.  
J. Herzog, Charl., Postkoloniestr. 21.  
B. Hirschfeld, Rosenh.-Str. 26, Rep.  
Rüppert & Raempff, Rosenh.-Str. 76.  
Kottb. Damm 38.  
Martin Klein, Neue Hochstr. 25.  
Kniebusch, W., Frankf. Chaussee 61  
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.  
Lehmann, Wih., Kottb. Damm 23.  
Königstr. 42/44.

**Lewin, Adolf**, Königs-  
str. 42/44.  
Linde, Max, Tegel, Berlinerstr. 63.  
Lux, Carl, N. Chaussee 41.  
Mildt, A., Charl., Krummenstr. 14.  
Nahr, Gust., Gr. Frankfurter Str. 91.  
Osterloh, M., Gr. Frankfurt. Str. 136.  
Pfundel, Petersburgerstr. 27.  
Quitrow, Joh., Müllerstr. 1a.  
Rampmaler, F., Skallitzerstr. 23.  
Rapp, Chr., Weißensee, Gust. Adolstr. 157

**Rudolph, H.**, Rixdorf,  
Joh. Schallan, Schönb. Allee a. Tor.  
Schönmann, G., Rl., Berlinerstr. 73.  
Schwader, Otto, Frankf. Chaussee  
Nr. 8.  
Rich. Schramm, Turmstr. 22.  
Schroth, Emil, Kottbuserdamm 101.  
P. Schuch, Charl., Knobelsdorffstr. 40.  
Schulz, Osw., Frankfurter Allee 24.  
Schumacher, O., Tegel, Berlinerstr. 28.  
Carl Stühr, Dresdenerstr. 134.  
Sturm, Erich, Tegel, Hermsdorf-Str. 1  
Paul Trenk, Charl., Spandauerstr. 22.  
Tribos, Alfred, Falkensteinstr. 4.  
Truxa, W., Frankf. Allee 188.

**Ueckermann, G.**, Landsbergerstr. 38  
U. Skallitzerstr. 62.  
Otto Wartig, Triftstr. 3.  
F. Wenzig, Müllerstr. 38.

**Werner, Herm.**, Pappel-Allee  
Nr. 3-4.  
Wiler, Hans, Rosenthalerstr. 63/64.  
Winkler, W., Reinickendorferstr. 22.  
Rixdorf,  
Wittig, Ad., Berlinerstr. 44.  
Wolter, M., Rl., a. Bahnh., Hermannstr.  
Wüstow, O., Brunnenstr. 106.

**Wutke, Karl**, Treskow-Str. 7  
Invalidenstr. 16

**Warenhäuser**

Bieber, Nl., Yorkstr. 37, am Bhf.  
Brünn, Nachf., Allee 194.

**Warenhaus Max Codik**  
SO., Wrangelstr. 20, Ecke Pücklerstr.

**Loewenberg & Co.**, Rigaer-  
str. 107  
am Haldenplatz.  
Pinkus, Paul, Simon-Dachstr. 24.

**Warenhaus M. Hirsch**  
Spandau

**Weiss, H. & Co.** Kramelnberg,  
Viciaripl. 1/2.

**A. Weiss & Co. Nachf.**  
Schöneberg, Hauptstr. 11.

**Weine u. Fruchtsäfte**

**Hugo Beling**  
Weine · Liköre.  
Flaschenverk. zu Engrospreisen.  
50 Filialen in Berlin u. Vororten.

Böttger, Eng., Wald-Ecke, Wickel,  
Dunbarstraße, Schultze, Brunnenstr. 33.  
Eile m. Weyle, Lützowstr., Gerichth. 14.  
Groß, „Zur Sonne“, Paul Preußenberg,  
Krugstr., Brunnenstr. 138, Kast. Allee 84.  
Merten, Louis, Belle-Alliancestr. 19.  
Gr.-West. Scharn-  
Ecke Wilmersdorferstr.

**Reins** Gr.-West. Scharn-  
Ecke Wilmersdorferstr.  
Rios, Felz, Rl., Hermannplatz 6.  
Schulz, Otto Alb., Markussstr. 23.  
Schwendy, H., Rosenhaldenstr. 67.

**Sello, Hermann**, Fil. 1. allen  
Einzelverkauf zu Engrospreisen.  
auch Liköre u. Säfte,  
Brunnenstr. 18 u. Filial.  
Einzelverk. u. Engros.

**Innatz Sello**  
Wolke, W., Hermannstr. 160.  
Wendig, Herm., Flanaganstr. 11.  
Wermuth, Oswald, Speckhauserstr. 1.

**Woll-, Wollw., Trikotagen**  
Chaussee 67.  
Strpl. u. Trikotagen.  
Bredow, Otto, Rl., Hermannstr. 55.  
Wienerstr. 33.  
Engel, R., Ecke Forsterstr.  
Wilmersdorfer  
Straße 118/119.

**Jonas, Hermann** Küstrinpl. 1.  
Inlote, Beiffed.

**Juncker, H.** Rixdorf,  
Hermannstr. 178.

**Kaufhaus London**, Rl., Bergstr. 47.  
Klar, H., Reichenberger Str. 133.  
Kaufhaus Levy, F., Rl., Hermannstr. 42.  
Pflaum, Gebr., Friedrichstr. 208.  
Raehmer, C., Andreasstr. 69.  
Schram, Lina, Mirbachstr. 31.  
Tichauer, S., Rl., Hermannstr. 51.  
Gr. Frankf. Str. 98.  
Weber & Heynacher, Frankf. Allee 134.  
Rixdorf,  
Bergstr. 63.

**Zahnstul. u. Zahnklin.**

**Beyer, R.**, Rixdorf,  
Bergstr. 122.  
Hollbruch, Herm., Pankstr. 5, gegr. 1871.  
Jordan, Altr., Fennstr. 41, gegr. 1898.  
Lübeck, Franz, Großwalderstr. 21.

**PALMONA**

**KUH-BUTTER**  
**Schweinefett**

**Zuerst kommt Palmona,**  
denn sie ist reine  
Pflanzen-Butter-Margarine,  
erlebt die unerwünscht teure  
Kuhbutter vollkommen und übertrifft  
alle anderen Fette an Reinheit  
und Wohlgeschmack.

**H. Schlinck & Cie. H.-G.**  
Alleinige Produzenten von „Palmin“ und  
„Palmona“

**Persil**

wäscht schnell, mühelos und billig bei  
grösster Schonung der Wäsche!  
Alleinige Fabrikanten:  
**Henkel & Co., Düsseldorf,**  
auch der seit 34 Jahren weltbekannte  
**Henkels Bleich-Soda**

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmatz,**  
Berlin N. 4, Tieckstr. 10.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Kufeké** -Kinder-  
nahrung  
-Kranken-  
kost.

Hervorragend bewährte  
Nahrung.  
Die Kinder gedeihen  
vorzüglich dabei  
u. leiden nicht an  
Verdauungsstörung.

**Optiker Ruhnke's  
neue Reise-Gläser**

Der Frühling ist da, die Lust zum Reisen erwacht. Wer reist, will schauen.  
Sind Ihre Augen scharf und gut, so brauchen Sie dennoch zur Reise einen  
soliden Krimmstecher oder ein Prismenglas. Mein Lager hat keine Lücke.  
Über 1200 ausgezeichnete Instrumente sind in den letzten Tagen bei mir ein-  
getroffen, und täglich kommen neue. Auch für Sie wird das rechte dabei sein.  
Sind Ihre Augen aber schwach oder kurzsichtig, so müssen Sie Augen-  
gläser tragen.

**Optal-Gläser werden Ihnen gute Dienste leisten.**

Die von Ihnen bezogenen Optalgläser haben mir meine Sommerreise mit  
zu einem wahren Genuß werden lassen, da ich damit vorzüglich sehen  
konnte und die häufige Benommenheit des Kopfes, die sich nach längerem  
Gebrauch früherer Gläser einstellte, gänzlich fortblieb.

Hochachtungsvoll  
**Hermann Kühn, Prokurist, Wöhlerstr. 4.**

Sorgfältige Augenuntersuchung wird Ihnen kostenlos in meinen 9 Geschäften  
zuteil (auf Wunsch durch einen Augenarzt). Für passende Gläser übernehme  
ich Garantie. Ich verpflichte mich zum Umtausch für jeden von mir bezogenen  
Gegenstand, der nicht Ihre volle Zufriedenheit erringt, oder zur Rückzahlung  
des vollen Betrages.

Besuchen Sie eines meiner 9 Geschäfte oder schreiben Sie nach meiner  
neuen Liste sowie nach der interessanten Schrift:  
„Wie man ein Fernglas wählt“.

Kostenlose ärztliche Augengläser-Verordnung:  
am Alexander-Platz: von 10<sup>h</sup>-12 und 5-7, Brunnen-Str. 12: von 1<sup>h</sup>-4<sup>h</sup>,  
Link-Strasse 1: von 11-1 und 5<sup>h</sup>-7 Uhr.

Oranien-Straße 47, an der Luckauer Straße	Link-Strasse 1, an der Potsdamer Straße	Chaussee-Straße 72, neben Steins Warenhaus
Friedrich-Straße 190, an der Kronen-Straße	Alexander-Platz, neben Aschm., Bierquell	Taentzien-Straße 19, Ecke Nürnberger Straße
Brunnen-Straße 12, an der Veterano-Straße	Turm-Straße 47, an der Emdener Straße	Karl-Straße 8, an der Leiten-Straße

**Optiker Ruhnke**  
Telephon nach allen Geschäften: Amt IV, 11582 und 11853.

Ziehung 11. u. 12. Mai

**Berliner  
Arbeits-  
stätten-  
Lotterie**

Gesamtbetrag der Gew. Mark.

**50000**  
aus 2007 Gew. von 5 bis 2000 Mark

**30000**  
u. ein Hauptgewinn Mark.

**20000**

Originallose a 2.— Mark,  
Porto u. Liste 30 Pf. extra,  
empfiehlt und versendet der  
General-Debit

**G. Dischlatis & Co.,**  
Bankgeschäft,  
Berlin C. 2, Königstr. 34-36.  
Auch zu haben in sämtlichen  
Lotto- und Zigarrengeschäften.

Neuerwerbungen sind:  
**Biblische Geschichten**  
Beiträge zum geschichtlichen  
Verständnis der Religion.  
Von  
**Max Maurenbrecher.**  
Preis geb. 7,50 M.  
Auch in 10 Lieferungen a 1.— M.  
Bereitungsgebühr pro Heft 40 Pf.  
**Expedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW. 65  
Lindenstraße 69 (Laden).

**Reste**

Damenstiche, schwarz und  
farbig, Costumes-Stoffe, neueste  
Muster, Triest-Stoffe, Seiden-  
Pisach, Sammet,  
Seide ein.

**Confection**  
Paletots,  
Jackets, Staub-  
mäntel, Costumes und Costum-  
-ecke in grosser Auswahl

**C. Pelz,**  
Kottbusstr. 5.

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot  
nach Mass, schnell, sauber, zuwenig  
von 20 Mark an. Moritz Laband,  
Neue Promenade II (Südth. Börse).

Heute Mittwoch, Zahlabend in allen Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg! Zum Himmelfahrtstage erscheint wiederum eine neue Lokalliste.

Wir erlauben daher, alle Änderungen bezw. Renaufnahmen bis spätestens Sonntag, den 17. April, an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

Für den I. Wahlkreis an den Genossen Paul Bartsch, NW. 29, Zeffingstraße 82.

Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 53, Bergmannstraße 95, II.

Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, S. 59, Urbanstraße 93.

Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, O. 84, Strahmannstraße 29.

Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, O. 54, Auguststraße 51, Quergeb. IV.

Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, N. 53, Ledermünder Straße 17, II.

Für den VII. Wahlkreis an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Clementenstraße 24.

Für Teltow-Deeslow an den Genossen Karl Noth, Nitzdorf, Seelower Straße 15-16, IV.

Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Emil Schubert, Spanbau, Anrstraße 21.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, erlauben wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln.

Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Lokalkreise so oft gefassten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzufenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgelommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 17. April einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und erlauben wir, dies zu beachten.

Des Weiteren erlauben wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einwendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Bergnügen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:

Richard Henschel, Berlin N. 53, Ledermünder Straße 17, II.

Zweiter Kreis, Friedrichshagen, Bahnsicht für Buchender usw. am Mittwoch, den 18. April, abends 1/2 12 Uhr, bei Jul. Meyer, Oranienstr. 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Aussprache. Gute Beteiligung erwarten. Die Vertrauensleute.

Vierter Wahlkreis. Am Dienstag, den 20. April, findet in Kellers Festsaal eine Volksversammlung statt, in der die Genossen Jettin referieren wird.

Ober-Schneeweide. Der Zahlabend findet in den Bezirkslokale nicht statt. Dafür ist in Mörsers Blumengarten abends 9 Uhr ein Gesamtzahlabend einberufen. Auf der Tagesordnung steht: „Gemeinbewählen.“ Da es sich hier um Auffüllung von Hausbesitzern als Kandidaten handelt, werden der Wichtigkeit wegen die Genossen ersucht, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Karlshorst. Heute 8 1/2 Uhr: Zahlabend bei August Sabrowski, Tredeow-Allee 66.

Friederichsdorf-Petershagen. Heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal von Otto Wiese, Petershagen, Zahlabend.

Berliner Nachrichten.

Die Landtagsersatzwahl im 6. Landtagswahlbezirk, die infolge der Mandatsniederlegung des Genossen Heimann erfolgen mußte, hat, wie nicht anders zu erwarten war, mit dem Siege des sozialdemokratischen Kandidaten geendet. Genosse Adolf Hoffmann wurde mit 417 Stimmen gewählt. Die Freisinnigen hatten Wahlenthaltung proklamiert, der aber nicht alle Wahlmänner folgten. 68 Stimmen wurden deshalb für den Stadtverordneten Max Schulz abgegeben, obwohl die Freisinnigen über 318 Wahlmänner verfügt hatten.

Somit zieht Genosse Hoffmann zum nicht geringen Aerger der Junfer wieder in das Dreiklassenparlament ein. Die Freude unserer Gegner, Genossen Hoffmann los zu sein, war nur eine kurze.

An unsere Abonnenten.

Aus dem Kreise unserer Leser kommen Beschwerden, daß ihnen vielfach die Extranummer seitens der Zeitungswfrauen nicht zugestellt werden konnte, weil angeblich der „Vorwärts“ erst gegen 8 Uhr morgens einzelnen Expeditionen zugestellt worden sei. Demgegenüber stellen wir fest, daß selbstverständlich eine solche Extranummer, deren Herstellung — des Verbots der Sonntagsarbeit wegen — erst nach Mitternacht begonnen werden kann, etwas später fertig wird als die normale Ausgabe, daß aber am Montag der erste Wagen (nach Schneberg) morgens 8 Uhr 15 Minuten von unserer Expedition weggefahren ist, während die beiden letzten Wagen (Parteidistributionen Böhm und Berner) um 5 Uhr 10 bezw. 5 Uhr 15 Minuten von unserem Hofe abgegangen sind.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Mehr Gelegenheit zum Ruderspiel.

Die Vorstadtstraße soll neu gepflastert werden. Schwere Lastwagen poltern vor meiner Tür, entladen geräuschvoll ihre steinerne Bürde. Was da zu Hausen sich türmt, sind schöne, quadratisch behauene Erzeugnisse des Gebirges, an denen unendlich viel Schweißtröpfchen aus der schweren Arbeit schweißiger

Häuste leben. Neue Wagen rasselnd schwerfällig heran. Durtig fliegen die Stühler emporg, und darunter hervor quillt es in goldiger Masse... grobförniger, gelber Kies-sand. Ein paar Stunden später ist das sonst so ruhige Straßenbild völlig verändert. Kräftige Arme haben die Wellenlinien der vom Verkehr hart mitgenommenen Pflastersteine unfaust aus dem Boden gehoben... und in dem großen, gelben Sandhaufen wimmelt es amiesengleich von dem jungen Nachwuchs der Nachbarschaft. Das ist mal ein seltsames, köstliches Vergnügen im ewigen Einerlei der nächsternen Straße. Vom Hofe jagt die Kinder der auf Rietersrieden streng haltende Hauswirt, vor den Läden-türen duldet sie nicht der nervöse Geschäftsmann, auf den breiten Plätzen des Bürgersteiges, wo mit Kreide allerlei schmierige Spielfiguren aufgezichnet sind, gibt es manchen Puff und Stoß von ärgerlichen, hastenden Passanten, selbst das unschuldige Kummelspiel in einem einzigen Loch zwischen den Pflastersteinen ist dem Hauszerberus ein Dorn im Auge, und auf dem Straßendammm nun gar umlauern unsere Kinder stets und ständig die Verkehrsgesahren der Großstadt. So stürzt sich alles, was junge Weine und noch Sinn für kindliches Spiel hat, mit Bonne und Jubel auf den unvermutet hingebauten Sandhaufen. Von dem gelben Sande ist kaum noch etwas zu sehen. Jedes Plätzchen hat die Kinderwelt mit Beschlag belegt. Eng aneinander gedrängt hocken sie auf jenem Naturprodukt, das nach zweifellos richtigem ärztlichem Ausdruck für die gesundheitliche Entwicklung des kindlichen Körpers fast so zuträglich ist wie gute Luft, bauen Sandburgen und formen Sandhaufen. Und daneben flutet der Verkehr vorbei, ohne daß einem einzigen Kinde ein Haar gekrümmt wird. Aus den Fenstern schauen die Väter und die Mütter und freuen sich der wohligen Ruhe, die mit einem Male im sonst so tollen kindlichen Spiel eingetreten ist. Denn jedes einzelne Kind ist hier auf dem Sandhaufen so vertieft in sein harmloses Spiel, daß es an Ungezogenheiten gar nicht denkt. Leider ist die Freude nur von kurzer Dauer. Die Steinfeuerkolonne holt eine Karre nach der anderen fort, aber bis das letzte Häuflein Kies verschwunden ist, hält die beglückte Kinderschar zähe aus.

Erst in neuerer Zeit hat man die Bedeutung von Sandhaufen beim Kinderspiel richtig erkannt. Viel zu spät, doch immer noch zeitig genug, wenn mit der gesundheitlichen und erzieherischen Theorie die Praxis Schritt hält. Auf den meisten öffentlichen Kinderspielplätzen finden wir heute Sandhaufen, leider noch nicht auf allen, eigentlich nur in den großen und größeren Parkanlagen. Und auch da noch könnte ganz gut eine Vermehrung eintreten. Bei den kleineren, im Straßen-bilde verstreuten Sandanlagen fehlen sie wohl überall. Man führt hierfür ästhetische Rücksichten an. Das Auge des Straßenpassanten soll nicht beleidigt werden. Aber das Kindeswohl sollte und doch wohl etwas mehr am Herzen liegen als eine zu weit getriebene Ästhetik. Ohne allzu große Schwierigkeiten ließe sich auch in kleineren Sandanlagen ein Spielplatz mit Sandhaufen schaffen. Wenn dieses praktisch eingezäunt, etwa mit einer niedrigen, festen Hecke umgeben wird, so daß der Sand ziemlich belommen bleibt, kommt auch der Aesthetiker auf seine Rechnung. Sand genug ist ja auf den Schmuckplätzen und Promenadenwegen vorhanden, doch nicht zum Spielen. Die städtischen Aufseher sind hier ihrer Vorschrift gemäß schnell mit scharfen Verböten bei der Hand, wenn Kinder nach Kinderart mal Löcher buddeln. Selbst von den für die Zwecke der Straßenreinigung auf vielen Berliner Plätzen aufgestellten Sandkästen wird die spielende Kinderwelt vertrieben. Besondere Sand-spielplätze, und zwar so viele als möglich in einer Stadt, wo sonst dem Kinderspiel immer enger Grenzen gezogen werden, sind daher ein zwingendes Bedürfnis, für das auch unsere Sanitätshygiene mit allen Kräften praktisch fördernd eintreten sollten.

Selbstverständlich ist vor allem eine Vermehrung der Kinderspielplätze überhaupt. Bisher hat die Stadt Berlin auf diesem Gebiete nicht gerade Hervorragendes geleistet.

An die Adresse der Parkverwaltung

richtet sich ein Schreiben, das uns mit der Bitte um Veröffentlichung zugeht. In diesem Schreiben heißt es: „Hier in Moabit, wo die Bremer und Luisenparkstraße zusammenstoßen, liegt der Unionsplatz. Für Kinder sind zu Spielzwecken Sandkästen aufgestellt. Die Kinder schleppen, wie das nicht anders ist, den Sand umher, um zu spielen. Nun habe ich schon im Vorjahre bemerkt, daß Arbeiter den schon lange gelegenen alten Sand mit Erde vermischt zusammensetzen und wieder in die Kästen schassen, anstatt den fehlenden Sand in den Kästen durch neuen zu ersetzen.“

Am Dienstag komme ich wieder an dem genannten Plage vorbei und bemerke von neuem, wie ein Parkarbeiter mit Karre und Schaufel bemüht ist, den schmutzigen Boden zusammenzuholen und in die Kästen zu transportieren. Nun muß man wissen, daß auf einem solchen Plage auf den Wäulen sich viele Krause aufhalten und daß unter diesen Personen viele Lungentranke sind, die starken Auswurf haben, der sich in den Sand mischt. Dazu kommt, daß auch kleinere Kinder öfter ihre Bedürfnisse hier gleich verrichten.“

Solchergehalt gedüngten Bodens zusammenzusetzen und in die Kästen zu werfen, damit die Kinder wieder damit spielen sollen, ist unseres Erachtens nicht gerade der Gesundheit der Kinder förderlich. Vielleicht bedarf es nur dieses Hinweises, um die Ersetzung des Sandes in den Kästen durch neuen zu veranlassen.

Tabakspinnerei im alten Berlin.

Die Berliner Tabakspinner wurden vor 175 Jahren, am 15. April 1738, zu einer Innung vereint, wobei sie gleichzeitig ein Generalprivilegium erhielten. Das betreffende Dikt stammt von Friedrich dem Großen. Es war darin u. a. verordnet, daß niemand, der noch ein anderes Gewerbe betriebe, sich mit dem Tabakhandel oder der Fabrikation befassen dürfe. Nicht einmal den eigenen und zum eigenen Gebrauch gezogenen Tabak durfte der Landmann selbst spinnen, sondern er war verpflichtet, ihn bei gelernten Weistern spinnen zu lassen. Das Weistertum eines Tabakspinners bestand darin, daß er eine Rolle Tabak spinnen, ein Pfund Kraus-Gut schneiden und zureichten und von dem inländischen Tabak die besten Blätter so bearbeiten mußte, daß sie als bessere Sorte verkauft werden konnten. Trotz dieser Beförderung des heimischen Tabaks von oben herab, gab es viele unpatriotische Raucher, die sich mit dem märkischen Tabak nicht bescheiden mochten. Der König erlaubte daher, um den märkischen Tabak in Aufnahme zu bringen, den Tabakhändlern, als Ersatz der Pakete kein Bild zu gebrauchen und den Tabak unter dem Namen Königsabak zu verkaufen. Auch die Schmutztabakfabrikation kam um diese Zeit in Aufnahme.

In Potsdam errichtete Samuel Schod die erste Fabrik dafür, die sich sehr gut einführte. Im übrigen geht aber die märkische Tabakindustrie auf die französischen Einwanderer zurück, die sich teilweise in der Uckermark ansiedelten und bei Schwedt und Bierroden Tabak bauten. Die erste Tabakspinnerei in Berlin wurde auch schon 1681 durch C. M. Voedel errichtet. Sie befand sich in der Klosterstraße und erforderte jährlich etwa 18000 Taler an Arbeitslohn und für etwa 1000 Taler Papier. Da aber damals die Tabakplantagen in der Mark noch nicht erziehbil genug waren, erlaubte man Voedel noch, seinen Bedarf von auswärtig zu beziehen.

Der Berliner Wollmarkt findet in diesem Jahre in der Rinderhalle des städtischen Zentral-Viehhofes, Eldenaer Straße, am 21., 22. und 23. Juni statt. Die Verkaufsstellen und Lagerplätze werden von der Direktion des Viehhofes angewiesen, die auch den Interessenten über die einschlägigen Verhältnisse Auskunft erteilt.

Die Ferienspielplätze (Kuhenspielfläche) werden in diesem Jahre um einen vermehrt. In der Nähe von Hohenschönhausen wird der fünfte Spielplatz eingerichtet werden.

Ein Mangel an Turnhallen.

Die geplante Einführung einer dritten Turnstunde in den Unterrichtsplan unserer Volksschulen hat sich nicht verwirklichen lassen. Sie scheiterte daran, daß Berlin viel zu wenig Turnhallen hat, und daß infolgedessen die Turnhallen während der Zeit, die für die Schüler in Betracht kommen kann, schon jetzt bei zwei Turnstunden für jede Klasse vollständig besetzt sind. Mehrere Säulen an einem Grundstück haben stets nur einen Turnraum und oft müssen in solchen Turnräumen zwei, manchmal sogar drei Klassen zur selben Zeit zusammentreten. Auch die Lage der Turnstunden am Beginn des Unterrichts, also in der ersten Schulfunde, kann nicht als idealer Zustand betrachtet werden. Eine Vermehrung der Turnräume wäre schon mit Rücksicht auf den jetzigen Zustand erwünscht. Wo es an Platz für eine zweite Halle mangelt, könnte — natürlich nur für den Notfall — ein zweiter Turnraum über den ersten gebaut werden. Mehrere Turnhallen haben sich an anderen Orten bereits gut bewährt.

Explosion. Der im Erdgeschoss des Hauses Holzmarktstraße 86 wohnhafte Händler Theodor Händel versuchte gestern abend Schuß-erlöse herzustellen und lockte zu diesem Zweck in einem Kessel eine Flüssigkeit auf, der er Terpinin beigelegt hatte. Plötzlich explodierte das Gefäß und die lebende Flüssigkeit ergoß sich über H. und seinen 14jährigen Sohn Wilhelm, deren Kleidung außerdem in Brand geriet. Feuerlöscher gleichartig stürzten die beiden auf die Straße hinaus, wo es Passanten gelang, die Flammen zu löschen. Der Händler und sein Sohn hatten am ganzen Körper schwere Brandwunden erlitten; sie wurden nach der Infektion am Grünen Weg gebracht und dann nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen übergeführt. Das durch die Explosion in der Wohnung des H. verursachte Feuer konnte durch die herbeigerufene Feuerwehralbald gelöscht werden.

Unter den Händern eines Schnellzuges zerstört. Einen schrecklichen Tod hat der Streckenwärter Bernhard von Woltersdorf gefunden. W., der auf der Anhalter Bahn tätig war, hatte die Schienenstrecke revidiert und als ihm ein von Berlin abgefahrener Schnellzug entgegenkam, trat er auf das Nebengleis, um den Zug vorüberzulassen. In diesem Augenblick kam aber auch aus der anderen Richtung ein Schnellzug herangebraust und W. wurde von der Lokomotive erfasst und unter die Räder gerissen. Der Kopf wurde dem Unglücklichen vom Kumpf getrennt und der Körper förmlich zerstört. Ein anderer Beamter fand später die Leichenteile des Getöteten und schaffte sie von den Gleisen fort.

Zu falschen Gerüchten gab ein Leichenfund Veranlassung, der am Sonntag im Treptower Städtelanal in der Nähe der Beermann-schen Fabrik gemacht wurde. Man fand dort eine männliche Leiche, die stark verwest und sehr verformt war. Die Gerichte, die aus diesem Grunde von einem Verbrechen wissen wollten, haben sich als ganz grundlos erwiesen. Der Tote ist erkannt worden als der 29 Jahre alte Fabrikarbeiter Max Paikole aus der Brangelstr. 102. Vorkale gab im Dezember vorigen Jahres wegen Jurelles seine Wes-schäftigung in einer Fabrik auf, konnte seitdem keine neue Arbeit mehr finden und war seit 5 Wochen verarmt. Er hat wiederholt Selbstmordgedanken geäußert und ist ohne Zweifel selbst ins Wasser gegangen, um sich das Leben zu nehmen. Die Verfaulungs-röhren von Dampferkrahnen und Bootshafen her.

Allgemeine Städtebau-Ausstellung 1910 in Berlin.

In der Akademie der Künste für die bildenden Künste ist mit dem Aufstellen der großen Modelle für die Städtebau-Ausstellung begonnen worden; wenn morgen in der großen Halle für die jungen Maler und Bildhauer der „Modellmarkt“ abgehalten wird, finden sich die zahlreichen Modellmodelle in Gesellschaft von umfangreichen Architekturmodellen. Eines der größten Modelle der Ausstellung, das gerade mit der Sendung der Stadt Dresden in zwei Modellwagen und 22 Kisten verpackt eingetroffen und aufgestellt worden ist, ist das Modell zur Theaterplatzgestaltung in Dresden nach den Entwürfen von Stadtbaurat Erlwein. Infolge Neubaus der Augustus-brücke und Anlegung einer Niederwerferstraße gelangen die Gebäude des sogenannten Italienischen Dorckens zum Abbruch, wodurch der Theaterplatz mit seinen berühmten Monumentalbauten nach der Erde hin seinen Abschluß verloren hat. Durch den geplanten Erwerb der Italienischen Dorckens im Anschluß an den Altstädter Brückenkopf und in Verbindung mit einer monumentalen Treppe nebst dem König-Georg-Denkmal ostseitig und dem sogenannten Vorkriegsblöcken westseitig soll ein neuer Abschluß des Platzes geschaffen werden und zwar sind die Gebäude niedrig gehalten in Rücksicht auf den Wohlstand der Stadtbevölkerung am Theaterplatz; ihre Einfügung in das monumentale Städtebild ist so versucht worden, daß freie interessante Einblicke zum Theaterplatz und Ausblicke von demselben entstehen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 26. März 1910, nachmittags gegen 8 1/2 Uhr, wurde ein Herr in der Behrenstraße von zwei Mädchen, 11 und 15 Jahre alt, dadurch belästigt, daß sie unter Drohungen von ihm Geld verlangten. Sie sagten zu ihm, wenn er ihnen nichts gebe, würden sie ihn „alle“ werden lassen, wie zwei Tage vorher einen anderen Herrn. Tatsächlich haben die beiden Mädchen am 24. März 1910 einen Herrn belästigt, er habe sie nach dem Tiergarten verschleppen wollen. Zur näheren Aufklärung der Sache wird der zuerst erwähnte Herr gebeten, seinen Namen und seine Adresse der Kriminalpolizei zu Nr. 1206 IV 30. 10 mit-zuteilen oder sich persönlich in den Vormittagsstunden im Polizei-präsidium, Zimmer 409, 8 Treppen, einzufinden.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde am Montag die 4. Kompanie nach der Duesenstr. 31 an der Duesenstraße in Moabit gerufen. Dort stand bei Anbruch des 15. Automobillages der Dach-stuhl des vierstöckigen, von über 60 Parteien bewohnten Hauses schon in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an dem Inhalt der Bodenverfälsche, besonders an altem Haselrat und Brennmaterialien reiche Nahrung gefunden. Wegen der Ver-mehrung wurde eine Magistraleiter aufgerichtet und das Dach an mehreren Stellen eingeschlagen. Brandmeister Hammer ließ gleich-

zellig mit mehreren O-Röhren von Dampfströgen kräftig Wasser geben. Dadurch wurde der Brand lokalisiert und die Nacht des Feuers bald gedrohen. Die Entstehung wird auf Brandstiftung zurückgeführt, wofür die Ermittlungen noch schweben.

In Treptow gefundener Ring. Ein Herrenring ist am Sonntag bei der Demonstrationssammlung in der Nähe der Tribüne 10 gefunden worden. Derselbe ist abzuholen bei Schrader, Wefersstraße 44, Hof IV.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung. Ein von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachter Antrag forderte, daß bei Umschulungen sowie Klassenvertretungen darauf Rücksicht genommen werde, daß die Kinder nach denjenigen Gemeindefschulen überwiesen werden, die in ihrem Wohnbezirk liegen.

Stadtv. Käter (Soz.) wies in seiner Begründung darauf hin, daß viele Klagen von Eltern über plötzliche Umschulungen von Kindern der unteren Klassen vorliegen. Die Kinder werden nach Schulen überwiesen, die von der Wohnung der Eltern weit entfernt liegen. Bei dem großen Straßenverkehr Schönebergs sei es fast ein Wunder, daß nicht mehr Schulkinder bei diesen weiten Schulwegen verunglückt. Wiederholt sei es vorgekommen, daß die Kinder den Weg nicht nach Hause fänden und stundenlang umherirrten. Abhilfe sei bei gutem Willen leicht zu bewerkstelligen.

Nach kurzen Bemerkungen des Magistratsvertreters, der auf einige Schwierigkeiten in dieser Angelegenheit hinwies, wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Eine Vorlage des Magistrats empfahl, für Verbindungslinien Schönebergs nach dem Westen und Südosten elektrische Omnibusse mit Oberleitung, wie sich diese anderwärts schon bewährt haben, in eigener Regie einzurichten. Von unseren Genossen wurde die Annahme der Vorlage dringend empfohlen, indem an die häufigen Konflikte Schönebergs mit der Großen Berliner Straßenbahn erinnert wurde. Schöneberg müsse in der Lage sein, den Privatverkehrsunternehmen mit größerer Selbstständigkeit und Kraft gegenüberzutreten. Auch die Redner der anderen Parteien sprachen sich für die Vorlage aus, die dann einem Ausschuss überwiesen wurde.

Ebenfalls einem Ausschuss überwiesen wurde eine andere Vorlage des Magistrats, in welcher 10 000 M. nachbewilligt verlangt wurden, um die fünf ausgewählten Entwürfe für den Rathausneubau einer Umarbeitung zu unterziehen.

In nichtöffentlicher Sitzung beschäftigte sich die Versammlung mit der Besprechung über die Wahl von zwei unbesoldeten Stadträten.

### Charlottenburg.

Die Kindesleiche im Müllkasten. Auf dem Grundstück Bismarckstraße 81 fand in einem der auf dem Hofe stehenden Müllkästen ein Bewohner beim Entleeren eines Abseimers ein Kind, das die Leiche eines wenige Tage alten Knaben enthielt. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

### Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung wurden die neu respektive wiedergewählten Gemeindevertreter, darunter auch unsere Genossen Richter und Huhn als Reuegenannte, in ihr Amt eingeführt. Der vorhergehenden Sitzung hatte eine Anfrage des Schöneberger Magistrats vorgelegen, ob die Gemeinde Friedenau sich an dem von der Stadt Schöneberg geplanten Motoromnibusunternehmen beteiligen wolle. Zur Beratung dieser Sache war eine Kommission gewählt, welche die folgenden Bedingungen als grundlegend für die Beteiligung vorschlägt: Die zu errichtenden Linien müssen hauptsächlich die Gebiete westlich der Kaiserallee dem Verkehr erschließen. Ferner müssen die Omnibusse, soweit sie Friedenauer Gebiet passieren, vom Friedenauer Elstriedammwerk mit Strom versorgt werden. Dem wurde zugestimmt. Die Sitzungen der Gemeindevertretung wurden festgelegt auf den ersten und dritten Donnerstag im Monat, abends 7 Uhr. Bei der nun erfolgenden Wahl der verschiedenen Kommissionen wurde unser Genosse Huhn in die Baukommission und den Gärtnereiausschuss und der Genosse Richter in die Rechnungsprüfungskommission sowie in die Kommission für das Straßenreinigungswesen gewählt. Für Erweiterung des Rabelsches wurden 14 000 M. bewilligt. Die Vergabe der Erd- und Bauarbeiten für die neue höhere Mädchenschule zeitigte nach lebhafter Diskussion einen bemerkenswerten Beschluß. Im Voranschlag sind diese Arbeiten mit 142 000 M. aufgeführt. Ein öffentliche Ausschreibung ist nicht erfolgt. Wie nun Bürgermeister Walger mitteilte, hat die Firma Carl Burckard, Groß-Lichterfelde, ein Angebot gemacht, welches 30 000 M. hinter dem Voranschlag zurückbleibt. Der Gemeindevorstand schlug deshalb vor, diese Arbeiten freihändig an diese Firma, welche ja auch das Realreformgymnasium gebaut habe, zu vergeben. In der Diskussion trat allgemein die Ansicht zutage, daß ein derartiges Verfahren nicht angängig sei. Besonders unser Genosse Richter und der bürgerliche Hausfink (nebenbei bemerkt, selbst Bauunternehmer) wiesen darauf hin, daß diese Firma an die Arbeiter die erbärmlichsten Löhne zahle und durch die massenhafte Beschäftigung ausländischer Arbeiter in den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bekannt sei. Auch nur so sei es der Firma möglich, ein derartiges niedriges Angebot zu machen. Sie beantragten, der Firma Burckard die Arbeiten nur unter der Bedingung zu geben, daß dieselbe die von den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen abgeschlossenen Tariflöhne bezahle. Genosse Richter führte aus, daß, wenn die Gemeinde Geld übrig habe, eine höhere Mädchenschule zu errichten, sie auch verpflichtet sei, den beim Bau dieser Anstalt Beschäftigten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Pflicht der Bauarbeiterorganisationen wird es nun sein, darüber zu wachen, daß er von der Firma innegehalten wird.

Daß die Dressur von Polizeihunden, die nun auch von Beamten der Nachtwachgesellschaft betrieben wird, nachgerade zu einer Verlästigung, ja sogar zu einer Gefahr für das Publikum ausartet, geht aus folgender, uns zur Veröffentlichung übersandten Zuschrift hervor:

„Ich ging“ so schreibt uns ein Leser unseres Blattes, „mit meiner Frau am Sonnabend über den Südkreuzhof nach dem nahen Dahlem spazieren. Die Freude am Spaziergehen sollte uns auf eigenartige Weise verdoeben werden. An dem unbauten Stück des Südkreuzhofs, nach Rastatter Platz nach dem neuen Botanischen Garten, begegneten wir einem Beamten der Nachtwachgesellschaft für Charlottenburg, der dort seine drei Polizeihunde tummelte. Zwei der Hunde, denen die Maulkörbe abgenommen waren, sprangen uns sofort entgegen und ließen uns nicht weiter gehen. Wir blieben eine Weile stehen und beobachteten das Treiben. Ein älterer Herr, der das Ausschreiben meiner Frau gehört und längere Zeit vor uns dem Treiben der Hunde zugehört hatte, äußerte uns gegenüber, daß solcherlei Hundedressur nicht jedermanns Sache ist und daß es auf keinen Fall zu billigen wäre, daß gerade diese Hunde frei und ohne Maulkörbe herumlaufen. Wir sahen nun, daß wir nicht die einzigen waren, die von den Hunden belästigt wurden und daß keiner der gerade zu jener Zeit zahlreich dort Vorüberkommenden die Freude, die der Hundedressur an seinen Tieren hatte, teilte. Ein Arbeiter kam und wachte an der Begegnung vorbei. Sofort stellten ihn die Hunde unter lautem Gebläse. Lächelnd rief der Beamte seine Hunde zurück, da er ja gerade darin schon einen Erfolg seiner Dressur sah. Trotzdem zeigte sich hierbei, daß er eine Gewalt über seine Tiere nicht hatte, denn erst auf wiederholtes Rufen ließen die Tiere von dem Manne ab. Währenddessen waren wir weitergegangen, sofort sprangen uns die Hunde nach und stellten uns von neuem. Ich forderte den Beamten auf, seine Hunde zurückzurufen und machte ihn darauf aufmerksam, daß meine Frau leidend wäre und durch diese Aufregung dauernden Schaden haben könnte. Dieser Privat-

sicherheitsbeamte war aber der Meinung, die Hunde könnten sich dort tummeln und es wäre lächerlich, wenn sich jeder so haben wollte. Er rief wohl schließlich auf mein energisches Ersuchen die Hunde zurück, doch zeigte es sich wieder, daß er die Hunde nicht in der Gewalt hatte. Als wir schließlich frei und eine Strecke gelaufen waren, klagte meine Frau sofort über Schmerzen, die sie durch die Aufregung bekommen hatte. Ich mußte sie auf einer Bank zurücklassen und besuchte mich, da ich eine neue Erkrankung befürchtete, den Beamten, der inzwischen mit seinem Rade davon gefahren war, einzuholen und festzustellen, was mir denn auch endlich durch einen Polizeibeamten auf dem Wege nach Groß-Lichterfelde gelang. Er legitimierte sich als Inspektor und Filialvorsteher der Nachtwachgesellschaft für Charlottenburg und die Vorort Berlin m. B. S.“

Es ist an der Zeit, daß die Dressur solcher Hunde auf öffentlichen Wegen und Plätzen untersagt wird.

### Zehlendorf (Wannseebahn).

In zwei Sitzungen beschäftigte sich die Gemeindevertretung mit der Durchberatung des Etats. Die Debatte bewegte sich im allgemeinen auf einem sehr niedrigen Niveau. Unwiderrspochen konnte es sogar gesehen, daß Herr Kalermeister Hammer, der Renommierarbeiter der konservativen Landtagsfraktion, die schärfsten Angriffe gegen die Sozialdemokratie richtete, weil wir die Art, wie die Beamtenvereinigungen ihre Wahlmasse betriebe, als zur Korruption führend kennzeichneten. Herr Hammer erwiderte sich, da ihm bekanntlich kein Sozialdemokrat entgegenzutreten konnte, als tapferer Mann. Daß er den Bürgermeister angefleht hat, nur ja zu unteruchen, ob sich gegen die bösen Sozis nicht auf gerichtlichem Wege einschreiten ließe, kennzeichnet diesen Volksvertreter noch besonders. Gewundert hat uns nur, daß er bei dieser Gelegenheit nicht ebenfalls sein sonst doch immer gebrauchtes Wort: „Am Landtage machen wir das so“, vorgebracht hat. Mit seinen Auslassungen uns weiter zu beschäftigen, dazu dünkt uns der Raum des „Vorwärts“ zu schmal. Nur berraten wollen wir Herrn Hammer, daß außer ihm nur noch ein Mitglied in der bisherigen Vertretung ist, dessen Urteil und Meinung uns ganz gleichgültig ist.

Die sehr späte Fertigstellung des Etats motivierte der Bürgermeister damit, daß die Beratungen über die Sanalisation recht langsam vorwärts gingen, die fraglichen Beschlüsse aber für die Aufstellung des Etats durchaus notwendig waren. Während noch der vorjährige Etat mit etwa 2 1/2 Millionen Mark abschloß, weist der diesjährige 4 1/2 Millionen Mark auf. Zur Flüssigmachung dieser Mittel werden die Steuern mit 1 251 200 M. herangezogen. Davon sollen durch indirekte Steuern 241 300 M. gedeckt werden, während die noch verbleibenden 1 009 900 M. aus Einnahmen und Realsteuern resultieren. Die Steigerung der Einkommensteuer ist für das neue Etatsjahr mit 11 Proz. angenommen. Aus der Gemeindegrundsteuer erwartet man ein Anwachsen von 10 Prozent. Die Umsatz- und Wertzuwachssteuer soll, wie im Vorjahre, eine Summe von 110 000 M. resp. 100 000 M. bringen. Um die Summe von 100 000 M. bei der Grundsteuer zu erreichen, schlägt der Gemeindevorstand gegenüber weitergehenden Anträgen eine Differenzierung vor, wonach vom bebauten Grundbesitz 3 Promille und vom unbebauten 3,5 Promille erhoben werden sollen. Außerdem soll die Gewerbesteuer für die dritte Klasse auf 150 Prozent, für die vierte Klasse auf 100 Proz. ermäßigt werden. In der anschließenden Generaldiskussion wurde von Herrn Kähler ganz allgemein eine Einschränkung der Zahl der Beamten, besonders der des Bauamtes, gewünscht. Er wies darauf hin, daß Zehlendorf für die Gemeindebeamten allein 301 000 M., für die Lehrer allein 319 000 M. ausgabe. Eine Anregung, dem neu angestellten Bauamt Krug mehr Hochbauten zuzuwenden, da dieser sich auf diesem Gebiete sehr bewährt habe, wurde zurückgewiesen. Der Bauamt ist nach Meinung der Vertretung nur für die Baupolizei angeht, auch will man nicht die freie Konkurrenz ausgeschaltet wissen. Nachdem der Etat noch einmal einer verstärkten Kommission überwiesen, gelangte er in der letzten Sitzung nach unwesentlichen Abänderungen zur Annahme. Eine ganz bedeutendere Anregung des Herrn Kähler, eine Kommission einzusetzen, die eine Zeilang im Bauamt mitzuarbeiten habe, um zu prüfen, ob wirklich die vielen Beamten wie der Bauamt überhaupt notwendig seien, wurde abgelehnt. Bei dem Kapitel „Presse“ verlangte Herr Hammer, der Bürgermeister möchte in Zukunft dafür sorgen, daß der „Zehlendorfer Anzeiger“ als amtliches Publikationsorgan nicht mehr Aufforderungen zur Wohl von Sozialdemokraten in seinem Inseratenteil aufnehme. Herr Fischer, der Gewaltige dieses Speiehrbeitätigens, wird hoffentlich den Wind verstehen. Er hat es nötig, sich die Kunst der Vertretung nicht noch mehr zu verschärfen. Kam doch auch bei diesem Kapitel zur Sprache, daß die Verichterhaltung im „Zehlendorfer Anzeiger“ die Vorgänge in der Gemeindevertretung nicht richtig wiedergibt. Wir hatten schon bei verschiedenen Gelegenheiten auf diesen Zustand hingewiesen. Scheint es doch mehr und mehr zur Gewohnheit zu werden, Vorgänge und Aussprüche aus dem Bericht fortzulassen, die das Ansehen der Beamtenvereinigungen herabsetzen könnten. Die Grundsteuer wurde auf 2,8 Proz. für bebauten und 3,4 Proz. für unbebauten Grundbesitz festgesetzt. Erwähnt sei noch, daß auch diese Sitzung benutzt wurde, Feuerwerk zu machen. Der Bürgermeister erklärte nämlich auf Wunsch des Herrn Hammer, daß an dem im vergangenen Jahr abgehaltenen Schwimmunterricht 47 Knaben aus der Gemeindefschule teilgenommen haben. Die Kosten hierfür betragen die gewaltige Höhe von 302 M. Wer schimpft nun noch über die Ausgabe von 1700 M. für das Rudern der 28 Gymnasialisten?

### Nowawes.

Eine Erhöhung der Kirchensteuer von 10 auf 12 1/2 Proz. hat die Friedrichs-Kirchengemeinde vorgenommen. Diese Maßnahme wird mit der Vornahme größerer Reparaturen an der Kirche begründet, deren Kosten auf 10 000 M. berechnet sind. Daß diese Summe zur notwendigen gründlichen Renovierung des über 150 Jahre alten Bauwerks ausreichen wird, erscheint recht fraglich, so daß sich die Mitglieder der Kirchengemeinde auf eine weitere Steuererhöhung in den nächsten Jahren gefaßt machen können. Denjenigen, die diese Abgaben nicht leisten wollen, bietet sich ein sehr bequemer Weg, die Lasten loszuwerden, indem sie ihren Austritt aus der Kirche vollziehen. Der Platz um die Kirche, welcher bisher ein recht verwahrlostes Aussehen darbot, wird jetzt auf Kosten der politischen Gemeinde in eine Schulanlage verwandelt. Zu diesem Zweck ist das Gelände in verschiedene Felder eingeteilt, die eine eiserne Entriebigung erhalten haben und mit Fierträuchern und Rasen bepflanzt werden. Die Regulierung des der Kirche gegenüberliegenden Platzes soll im nächsten Jahre erfolgen, und zwar in der Weise, daß die alten Baumstämme erhalten bleiben und die Mitte der Anlage als Kinderspielplatz zu benutzen ist.

Eine bessere Kommunikation zwischen der Rehowstraße und der Eshornhorststraße, in welcher letzterer sich eine Gemeindefschule und das Gymnasium befinden, wird jetzt geschaffen, indem das von der Gemeinde erworbene frühere Leonhardische Gebäude in der Rehowstraße abgedrochen und an dieser Stelle ein Verbindungsweg zwischen den genannten Straßen angelegt wird.

Mit den Vorarbeiten zur Höherlegung des Bahnkörpers ist bereits durch die Entfernung der alten Lindenbäume in der Rehowstraße längs der Bahngleise begonnen worden; dieselbe war notwendig, da auf diesem Gelände, sowie auf einem Teil des Sommerweges in der Lindenstraße die Notgleise gelegt werden müssen.

### Glänzende Wahlrechtsversammlungen

haben, wie uns nachträglich noch berichtet wird, in verschiedenen Vororten stattgefunden.

In Strausberg war die Versammlung von 400 Personen besucht. Das Referat des Genossen Fendel wurde begeistert aufgenommen. Nach Schluß der Versammlung bewegte sich ein Zug unter Hochrufen auf das freie Wahlrecht durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem Schützenhaus zu. Im Hofe des Parteilokals von Magnus trennten sich die Teilnehmer.

In Neu-Zittau referierte Genosse Klar vor gut besuchter Versammlung. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Fiedler und Schulz, die die Versammelten zum Eintritt in die Kampfzeihen der Arbeiter aufforderten.

Die Versammlung für Schenckendorf, Königs-Wupperhausen und Wilsau war von 800 Personen besucht. Das Referat des Genossen Veder-Karlshorst fand begeisterte Zustimmung.

## Soziales.

### Ein eigenartiger „Vertrauensarzt“.

Vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Breslau klagte die Frau Pauline Hahn um weitere Gewährung der Vollrente, die ihr bis auf ein Drittel gekürzt worden war. Die Frau war in einem chemischen Betriebe beschäftigt gewesen und dabei mit dem Kopfe in eine Riemenscheibe geraten. Sie wurde schwer verletzt. Da sie völlig erwerbsunfähig war, gewährte ihr die chemische Berufsgenossenschaft die Vollrente. Nach einiger Zeit mußte sie sich einer Nachuntersuchung unterziehen, auf Grund deren der Nervenarzt Dr. Sachs konstatierte, daß eine wesentliche Besserung eingetreten sei. Die Frau sei gewiß noch krank, wenn sie aber ihr Leiden vergeffen und wieder arbeiten würde, dann würde sich auch ihre Nervosität heben. Infolge dieses Gutachtens setzte die Berufsgenossenschaft die Rente auf ein Drittel herab. Die Frau beantragte nun vor dem Schiedsgericht, ihr die Vollrente wieder zu gewähren. Sie war so elend, daß sie nicht allein gehen, sondern von ihren Angehörigen geführt werden mußte, und betonte vor dem Schiedsgericht, daß sie schon im Interesse des häuslichen Glücks gern arbeiten wolle, aber ihre nervösen Anfälle gestatten ihr das nicht. Der Vertrauensarzt Medizinalrat Dr. Nieger erklärte vor dem Schiedsgericht, daß es mit der Nervosität eine eigene Sache sei, gewöhnlich simulieren die Patienten eine solche oder bilden sich dieselbe nur ein. Er habe eine Dame gekannt, die auch glaubte, nervös zu sein, und als er sich mit ihr eine Zeitlang über gleichgültige Dinge unterhalten habe, hätte sie von ihrer Nervosität nichts mehr gemerkt. Die bedauernde Frau brachte indes das Zeugnis einer Professors Mann bei, der die Krankheit der Frau für schwer hält und daß die Frau völlig erwerbsunfähig sei. Das Schiedsgericht stimmte dieser Auffassung bei und setzte die Vollrente wieder fest.

Dem guten Medizinalrat wäre ein erneutes Studium der Nervenkrankheiten anzuraten.

## Aus der Frauenbewegung.

### Auch die Frauen müssen kämpfen.

Die Massenversammlungen am Sonntag haben mit wünschenswerter Deutlichkeit den Willen des Klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck gebracht. Rühmend hob schon der „Vorwärts“ hervor, daß unter den Demonstranten das weibliche Element zahlreich vertreten war. Wüßten wir nicht, wie rüchändig die Frauen im Verhältnis zu den Männern immer noch sind, würde die starke Beteiligung der Frauen gar keiner Extrawähnung bedürfen. Die Frau — nicht nur die des Proletariats — ist im Staatsleben fast völlig rechtlos; sie steht in mancher Beziehung immer noch mit Kindern und Idioten auf einer Stufe. Solange die Frau nur Hausmütterchen war, hielt sie es — trotz der ungeheuren Arbeitslast, die oft auf ihren Schultern ruhte — für selbstverständlich, daß sie dem Manne in jeder Beziehung nachstehen müsse. Erst die allmähliche Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse versetzte auch die Frau in eine andere Gedankenwelt. Langsam, Schritt für Schritt, befreite sie sich von der durch Generationen übernommenen Ueberzeugung, daß sie zur Abhängigkeit und zum Gehorsam bestimmt sei. Wenn heute noch nicht alle Frauen diesen Gedanken in sich aufgenommen haben, so kann man daran ermesen, wie tief der Sklaveninn bei ihnen Wurzel gefaßt hat. Um so mehr ist es zu begrüßen, wenn die Reihen der proletarischen Kämpferinnen immer größer werden. Die Millionen von Frauen, die zu ihren Pflichten auch Rechte haben wollen, reichen durch ihr Beispiel auch die anderen, die Lauen und Jaghaften mit, überzeugen auch diese, daß die jahrausjahrelange Knechtung ein Ende haben wird, wenn die große Masse der Proletarierinnen, die mit Hand und Hirn für den Erwerb arbeiten, oder die als Kur-Hausfrauen ein jammervolles Dasein führen, bereit sind, mit einzutreten in den Kampf um die Befreiung des Menschengeschlechts.

Die vornehmste Aufgabe, um die sich die Kämpfe nun seit Monaten drehen, ist die, dem entrechteten Volke ein Mitbestimmungsrecht im Staatsleben zu verschaffen. Neben dieser Hauptaufgabe gibt es jedoch manche andere, die sich — oft ungewollt — in diesen Kampf mit hineinziehen. Kaum ist die Arbeiterschaft in den Kohlenrevieren wieder etwas zur Ruhe gekommen, sehen wir das Unternehmertum im gesamten deutschen Baugewerbe auf dem Plane, um einen entscheidenden Schlag gegen die Bauarbeiter-schaft zu führen. Die gewerkschaftlichen Kämpfe drehen sich schon lange nicht mehr allein um ein paar Pfennige Lohn oder um die Regelung der täglichen Arbeitszeit; für das Unternehmertum sind sie längst allgemeine Nachfragen geworden. Wie im politischen Leben, so wollen sie auch hier die Mächtigen, die Herrschenden sein, die der Arbeiterschaft einfach ihren Willen kundtun, nach dem ohne Murren gehandelt werden soll. Wie die Generalversammlungen der verschiedenen Verbände gezeigt haben, herrscht ein Opfer- und Kampfesmut bei den Arbeitern, der uns hoffnungsvoll in die Zukunft schauen läßt. Dabei ist aber wohl ein Mahnwort an die große Zahl der in Betracht kommenden Frauen am Platze. Was hilft den Männern aller Opfermut, wenn zu Hause bei den Frauen das Verständnis dafür fehlt. Es ist für die Frauen leichter, Demonstrationen mitzumachen, in den allgemeinen Ruf nach einem demokratischen Wahlrecht mit einzustimmen, als mit den kämpflichen Reiben des Arbeitelohnes oder der geringen Streikunterstützung zu wirtschaften. Bei einer Lohnbewegung, bei einem Kampfe, wie er augenblicklich den Bauarbeitern bevorsteht, hängt für den Erfolg viel vom Idealismus der Frauen ab. Wenn sie kleinmütig sind, dem Manne den schweren Kampf um die Existenz erschweren, dann sieht es traurig um das Gelingen aus. Wir hegen aber die Überstcht zu den Frauen, daß sie den wirtschaftlichen Kampf nicht weniger als den politischen unterstützen werden. Ihr Mut, ihre Ausdauer soll den Sieg erringen helfen!

## Vermischtes.

Ein fleißiges Jholl wurde jetzt im Bande der Schnapsflasche, des Gebetbuches und des Rosenkranzes vor Gericht entfällt. Ein frommer Maurermeister in Deutsch-Pieskar, Oberösterreich, hatte einen Pfarrer, Kanonikus Zielouowski, gottsjämmerlich verprügelt. Vor Gericht erklärte der Mann, er sei gereizt gewesen, weil — der Pfarrer den Calvarienberg vernachlässigte. Aber das wäre immer noch kein Grund gewesen, das Gesicht des Pfarrers mit Häufen zu bearbeiten, wenn nicht noch etwas hinzugekommen wäre. Es habe ihm, gab der diebere Meister an, am meisten geärgert, daß der Pfarrer den Calvarienberg „entweicht“ habe, und zwar dadurch, daß er in der Nähe der „heiligen“ Wasserquelle einen — Kineumatographen und eine Selterbude errichtet habe. Diesen Eifer des frommen Mannes ließ das Gericht, die Straftammer in Deuten, als Strafmilderungsgrund gelten und setzte die vom Schöffengericht festgelegte Strafe von sechs Monaten Gefängnis auf drei Monate herab. Weib, der verhaufene Pfarrer und der verurteilte Meister, werden sich wahrscheinlich jetzt mit dem Widelwort trösten: Der Gerechte muß viel leiden.

Durch Gas vergiftet. Aus Ködlin wird gemeldet: Der Schneidermeister Prawig wurde heute früh im Bette tot, seine Ehefrau schwer

röchelnd aufgefunden. Witzig Meter vom Hause war das Gasrohr gebrochen und das Gas strömte durch die Kanalisationsröhre in das Haus ein, wodurch der Unglücksfall hervorgerufen wurde. An dem Wiederaufkommen der Frau wird gezweifelt.

Zum Raubmord in Genthin. Einer Meldung aus Magdeburg zufolge, legte der Regierungspräsident 1000 M. Belohnung aus für die Ermittlung des Mörders des Ehepaares Woche in Genthin.

In den Schacht gefürzt. Dortmunder Meldung zufolge öffnete sich gestern früh auf der Zeche Lufos während der Leutesförderung der Verschluss des Förderkorbes. Drei Bergleute wurden bei dem Unglück getötet, einer schwer und einer leicht verletzt. Ein Bergmann war in den Sumpf gefürzt und war sofort tot. Die drei anderen wurden in der Schachtzimmernung gefunden, auch hiervon war einer tot.

Untergegangenes Pilotenschiff. Aus Antwerpen wird gemeldet: Während des gestrigen unruhigen Abends, der den ganzen Tag anhielt und sich am Nachmittag immer mehr verdichtete, sind mehrere Schiffe zu Schaden gekommen. Von einigen, die noch nicht zurückgekehrt sind und von deren Schicksal man bisher noch keine Nachricht erhielt, befürchtet man, daß sie mit Mann und Maus untergegangen sind. Sicher ist, daß ein Pilotenschiff mit neun Mann an Bord gesunken ist. Alle neun Mann der Besatzung sind ungelungen, Rettungsarbeiten sind bei dem dichten Nebel so gut wie unmöglich, da die Rettungsboote sich nicht weit von der Küste entfernen können. Der Sturm überdient die Rettungsarbeiten und der dichte Nebel läßt die Feuer der Küste nicht weit sehen.

Zum Tode verurteilt. Die aus Saarbrücken gemeldet wird, ist der Arbeiter Carlos Gilardi, der in der Nacht zum 25. Mai v. J. den Arbeiter Johann Zell erschossen und beraubt hatte, vom Schwurgericht Saarbrücken wegen Raubmordes zum Tode verurteilt worden.

Zum Luftballon über die Alpen. Aus Innsbruck wird vom gestrigen Tage gemeldet: Der Luftballon „Solzburg“ des Erzherzogs Josef Ferdinand stieg hier heute unter Führung des Hauptmanns Hoffner aus Wien mit einem Herrn und einer Dame als Begleitern auf, um die Alpen zu überqueren.

Beim Flugversuch verunglückt. Aus Roumelen le Grand wird berichtet, daß Graf von Verneul bei einem Flugversuch infolge Unflüssigkeits des Gindeders zu Boden stürzte und schwer verwundet wurde.

Nachkänge zur Brandkatastrophe in Dessförto. Nach dem gestern veröffentlichten amtlichen Bericht über die Brandkatastrophe in Dessförto beläuft sich die Zahl der Toten auf 325. Von den Verletzten werden 81 in Spitälern verpflegt, während sich die übrigen in häuslicher Pflege befinden. Mehrere Verletzte wurden von den Angehörigen aus Furcht vor der Behörde verheimlicht.

### Briefkasten der Redaktion.

Die hiesige Ezechianische Anker-Lindenstraße Nr. 69, vorn vier Treppen - Fahrstuhl - , wohnhaftlich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends hat. Jeder Anrufer ist ein Guckhahn und eine Zahl als Zeichen des Betreffenden. Besondere Antwort wird nicht erteilt. Bitte Fragen tragen man in der Ezechianische vor.

N. 2. Ansehend kommen die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches in Frage, wonach die ehelichen Erbverhältnisse drei Viertel, der überlebende Ehegatte ein Viertel des Nachlasses erben. - N. 3. Nachgebend ist das Ortschaftsamt. Falls die Bestimmungen schon zur Zeit der Besitzübertragung bestanden, ist der Vorbesitzer ersatzpflichtig, vorausgesetzt, daß Sie die Verabredung beweisen können. - Ezechianische G. 30. Ihre Mutter ist an die im Besitzstücken übernommenen Verpflichtungen gebunden. Wir haben wiederholt gewarnt, derartige Besitzstücke, deren Tragweite meistens nicht ersehen wird, zu unterschreiben. - N. 2. a. 1. Rein. 2. Der Schuldiger kann das hinterlegte Geld einlegen. 3. Wir halten von den verzeichneten Sachen das Spiegelschild als der Pfändung unterworfen. - E. K. Ziegel. Für den Fall der Verletzung der Aufsichtspflicht haften Sie. Soweit Ihre Angaben ein Urteil zulassen, scheinen Sie nicht halbiert zu sein. - N. 2. 1. Ja. 2. Ja; es müssen innerhalb zwei Jahren mindestens 20 Warten gefüllt und die Karte spätestens in demselben Zeitraum umgelaufen werden. 3. Innerhalb eines Jahres. - N. 2. Rein.

Witterungsüberblick vom 12. April 1910, morgens 8 Uhr. Table with columns: Stationen, Witterungsüberblick, Wetter, Temp. u. d. d. g. - 4. Stationen, Witterungsüberblick, Wetter, Temp. u. d. d. g. - 4.

Wetterprognose für Mittwoch, den 13. April 1910. Vielwolke mit leichten Regenschauern, lebhaften südwestlichen Winden etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau. Table with columns: Wasserstand, am 11. 4., um 10. 4., am 11. 4., um 10. 4.

# Es rächt sich

wenn Sie gesundheitswidrig leben. Sehr unzutraglich ist der Genuß alkoholhaltiger Getränke während der Arbeit. Ein gesundes Erfrischungsgetränk liefert Ihnen ein Aufguß kochenden Wassers auf einen OXO Bouillon-Würfel der Comp. Liebig. - Preis 5 Pf.

## Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 13. April. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Der Prophet. Neues Schauspielhaus. Die Journalisten. Neues Königl. Oper-Theater. Geschlossen. Deutsches. Jubel. Kammertheater. Anfang 8 Uhr. Gebbel. Resthölchen. Lesing. Das Konzert. Neues Schauspielhaus. Der Herr Verteidiger. Kleines. Lustspiel. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen. Berliner. Tullum. Neues. Die goldene Axtzeit. Wessen. Die geschiedene Frau. Neues Operetten. Der Graf von Zugenburg. Trianon. Theodore u. Cie. Wessen. Das Nachlicht. Thalia. Die Dorfmitte. Schiller u. Wagner-Theater. Goldene Herzen. Sch. Charlottenburg. Goldfische. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Alt-Heidelberg. Gastspiel. Witz Dudenack. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Volkoper. Martha (Anf. 8 1/2 Uhr.) Lullien. Mit mich frei. Marie Breclaja. Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel. Metrop. Gass!! - Die große Reue. Voltes Caprice. Herr Wassertröpfel. Der Lustturner. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Casino. Berlin bei Nacht. Gebr. Herrseld. Reine-Deine Tochter. Die Original-Abriasparkie. Road. Die Wessen nieder. Up. In den Vorkühnen von San Francisco. Spezialitäten. Vöhrgr. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Reich. Stettiner Sänger. Palais. Spezialitäten. Karl Haverland. Spezialitäten. Walthalla. Spezialitäten. Wagnenbogen. Spezialitäten. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Urania. Zunderbrüche 14-17. Abends 8 Uhr: Der Hallesche Komet. Ste. Anst. Anwaltsstr. 57-62.

Theater des Westens. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Sonntag 8 1/2 Uhr: Ein Walzertraum. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Mittwoch, 13. April, abends 8 Uhr: Anf.-Gastsp. d. Neuen Schauspielhauses Alt-Heidelberg mit Karl Heinz Harry Golden. Morgen und folgende Tage: Alt-Heidelberg. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Das Leutnantsmündel. Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Das Nachlicht. (La Gigolo.) Schwant in 3 Akten v. R. Samacols. Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung. Volksooper. SW, Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8. Abends 1/9 Uhr: Martha. (Gastspiel.) Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Gib mich frei. Donnerstag: Was Gott zusammenführt. Freitag Benefiz für Fr. Strömberg: Das Gesch des Feigens. Sonnabend: Klapperschuch der Königin.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.). Mittwoch, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Goldene Herzen. Goldfische. Donnerstag, abends 8 Uhr: Egmont. Freitag, abends 8 Uhr: Goldfische.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Direktor Dr. P. Schwahn: Der Halleysche Komet. Apollo Theater. ab. 8 Uhr: Das vollständig neue Programm. 60 erstklassige Kritiken! 9 Uhr: Moran und Wiser. Sensation. Komplete mit Hüten. 10 Uhr: Dales Juwelen. 20 englische Badfische 20 Jung-England in Berlin. Einzig echter Ensemble dieser Art.

Metropol-Theater. Hallo!!! Die große Revue! In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schulta. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERTGARTEN. Cleo de Merode. Siegwart Gentes in seinem Sketch: „Eine Operaprobe“. Rosina Casselli mit ihrem Minister-Wunderhündchen. Paul Conchas der Armeo-Herkules in seiner Szene: „Im Feldlager“ und das buntwechelnde April-Programm!

Walthalla Variete-Theater. Weinbergsweg 10-20, Rosenth. Tor. - Anfang 8 Uhr. - Das neue Programm. Erna Koschel, die ideale Soubrette und die übrigen Spezialitäten. Tunnel: Die allergrößte Kanone. Theaterbesucher freien Eintritt.

Schiller-Theater (Charlottenburg). Mittwoch, abends 8 Uhr: Goldfische. Lustspiel in 4 Akten von Franz von Schöthan und Gustav Kadelburg. Ende 10 1/2 Uhr. Donnerstag, abends 8 Uhr: Goldfische. Freitag, abends 8 Uhr: Hans Lange.

Herrnfeld Theater. Rommandantenstr. 57. T. u. 4. 5083. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Ladyhyklus 4. Serie. Weine-Deine Tochter. Original-Abriasparkie mit Anton und Donat Herrnsfeld. Sonntag nachm. 4 Uhr: Eine Übergangs-Ghe. Ein Rettungsmittel. In Vorbereitung: Die Revitäten: Wenn zwei dasselbe tun. Eine Konfurrenz-Romdie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld. Das starke Stück. Schwant in 1 Akt von J. Hort.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das April-Programm ein Sensations-Programm. Ayoe die dänische Vortragsdive. Gussy Holl die reizende Parodistin und 14 Variete-Attraktionen.

Passage-Panoptikum. !!! Lebend !!! Prinz Atom der kleinste Mensch der Welt. Buddhas Wundertafel. Weib Kann Schreiebt Alles! Alles ohne Extra-Entree!

Sanssouci, Straße 6. Direktion Wilhelm Reimer. Morgen Donnerstag: Große Elite-Solroe u. a.: Gesang = Vereim Bummelsdorf. Durchschlagender Erfolg! J. Schlus: Tanzkränzen. Sonn. Beg. 5, wochent. 8 U.

Zirkus Colombo. Ringstr. 6/7, am Alexanderplatz. Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung. 14 Attraktions-Nummern. Fontane u. Gerard, renommierte Reittänzer. Neue Welt. Gassenstraße. Mittwoch, den 13. April: Aufschreibevorstellung. Das letzte Wort. Schauspiel in 5 Akten v. F. v. Schöthan. Rollenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Donnerstag, 14. April 1910: Auf allgemeinen Wunsch wiederholt: Heimat. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Palast-Theater. Burgstraße 24, als-avis der Börse. Ringkampf-Konkurrenz um den „Goldpokal von Berlin“ und 6000 M. in bar. Mittwoch, den 13. April singen: Crozier gegen Washington. Otto Meyer gegen Leonhard Reiber. Camillo, Jollen, gen. Jens Peterson. Entscheidungskampf: Bernhard Paxon gegen Joss van Dem. Beginn der Ringkämpfe: 9 1/2 Uhr. Preise: 0.50 B. bis 3 B. Ehren- u. Vorzugskarten an Wochenenden zu halben Kassapreisen gültig.

Königstadt-Kasino. Köpenickerstraße 72. Vollständig neues Programm. Elsa Franche - Collina u. Le Man - Wlr. Frad - Erich Castelli - Wlr. Rojo ufm. Franz Sobanski. Zur rechten Zeit. Goldfische mit Gesang in 1 Akt von E. Jenner.

Casino-Theater. Rotzringstr. 37. Täglich 8 Uhr. Berlin bei Nacht. Voffe in 3 Akten von G. Schöler. Vorkauf. Sonntag 4 U.: Ein deutsches Frauenherz. Folies Caprice. Heute und folgende Tage: Der Luftturner. Neuer bunter Teil. Herr Wasserkropt. Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Zirkus Busch. Heute, Mittwoch, den 13. April, abends 7 1/2 Uhr. Gr. Gala-Vorstellung. Dompieur Henricksens 10 Tiger 10 (völlig unvorraichte konkurrenzlose Dressur). Die ger. Max Griz-Grigory-Truppe. Gsch. Filla in ihren Produktionen d. hohen Schulte. Herr E. Schumann, Neudress. Zwergelown Francoia, Kunstr. 9 1/2 Uhr ca. Ende 10 1/2 Uhr: Die russ. Sensations-Pantomime Marja!

W. Noacks Theater. Dammstr. 16, am Rosenhäger Tor. Täglich: Die Waffen nieder. Soziales Drama in 4 Akten v. Bertha v. Suttner, Hans Engler. Friedensnobelpreisträger. Morgen Benefiz Gpinner: Robert und Bertram. Karl Haverland. Anfang Theater. präz. 8 U. 77/79 Rommandantenstrasse 77/79. Das wunderbare April-Prgr. Liliputaner-Truppe. vrolongiert.

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Theodore & Cie. Frankes Festsäle. Badstraße 19. Heute sowie jeden Mittwoch: Paul & Springers. Kabarett- und Possen-Gesellschaft. Anfang 8 1/2 Uhr. Nachdem: Tanz.

Moabiter Gesellschaftshaus. Wicelstr. 24. Jeden Donnerstag: Kabarett-Abend, veranstaltet v. d. Eichlerschen Sängergesellschaft. Nach der Vorstellung: Tanzkränzen.

Burgtheater-Kinematograph vorm. Greterjan, Inhab.: Rud. Herz, Schönhäuser Wker 129. Tel. 3, 9333. Lebende Photographien. Bogenl. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr. Sonn. 30, 40 Pf. Anf. 4 Uhr. Vorzugskarten nur Bogenl. 3 gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. Etwa wechselndes Programm. Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

